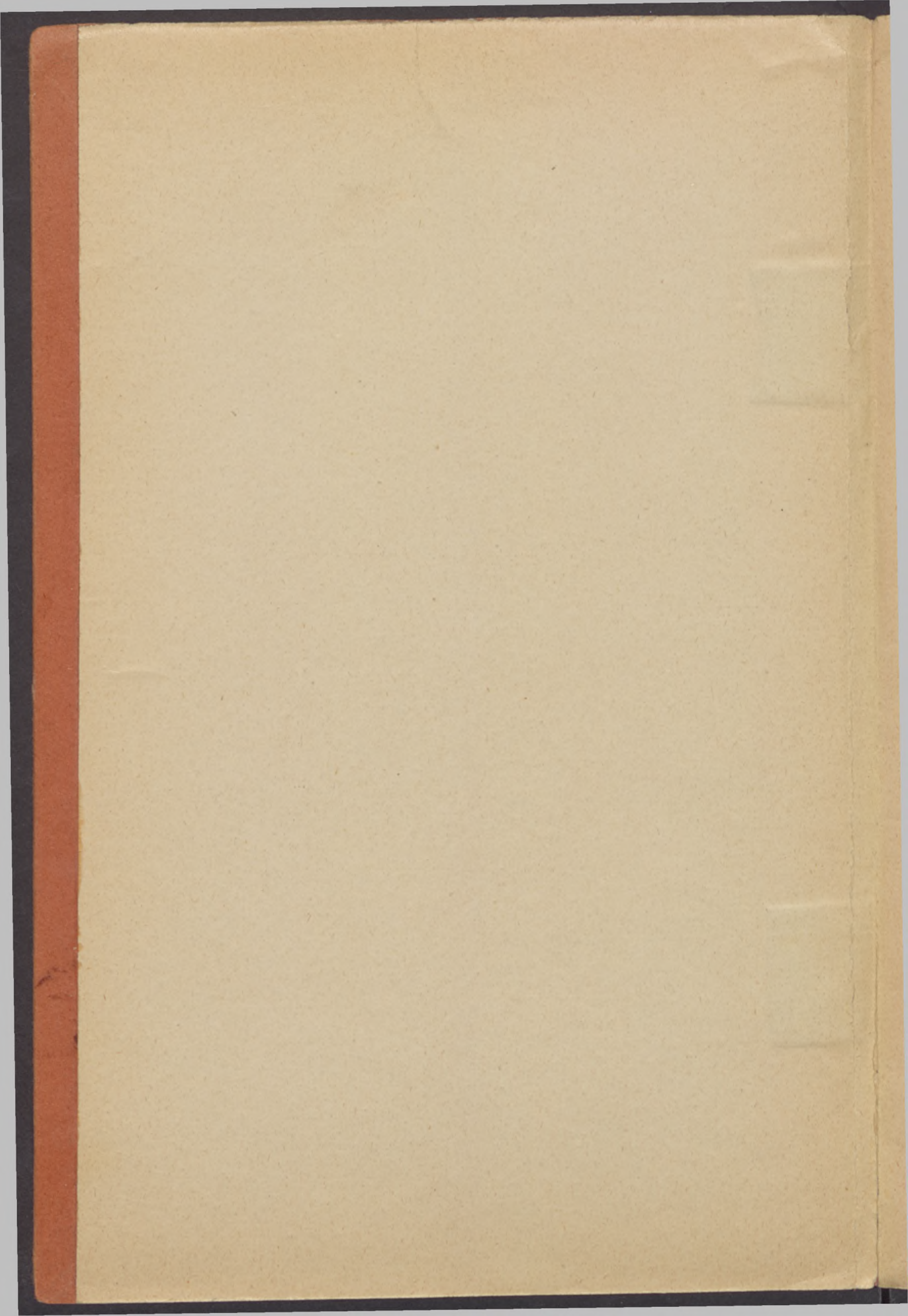
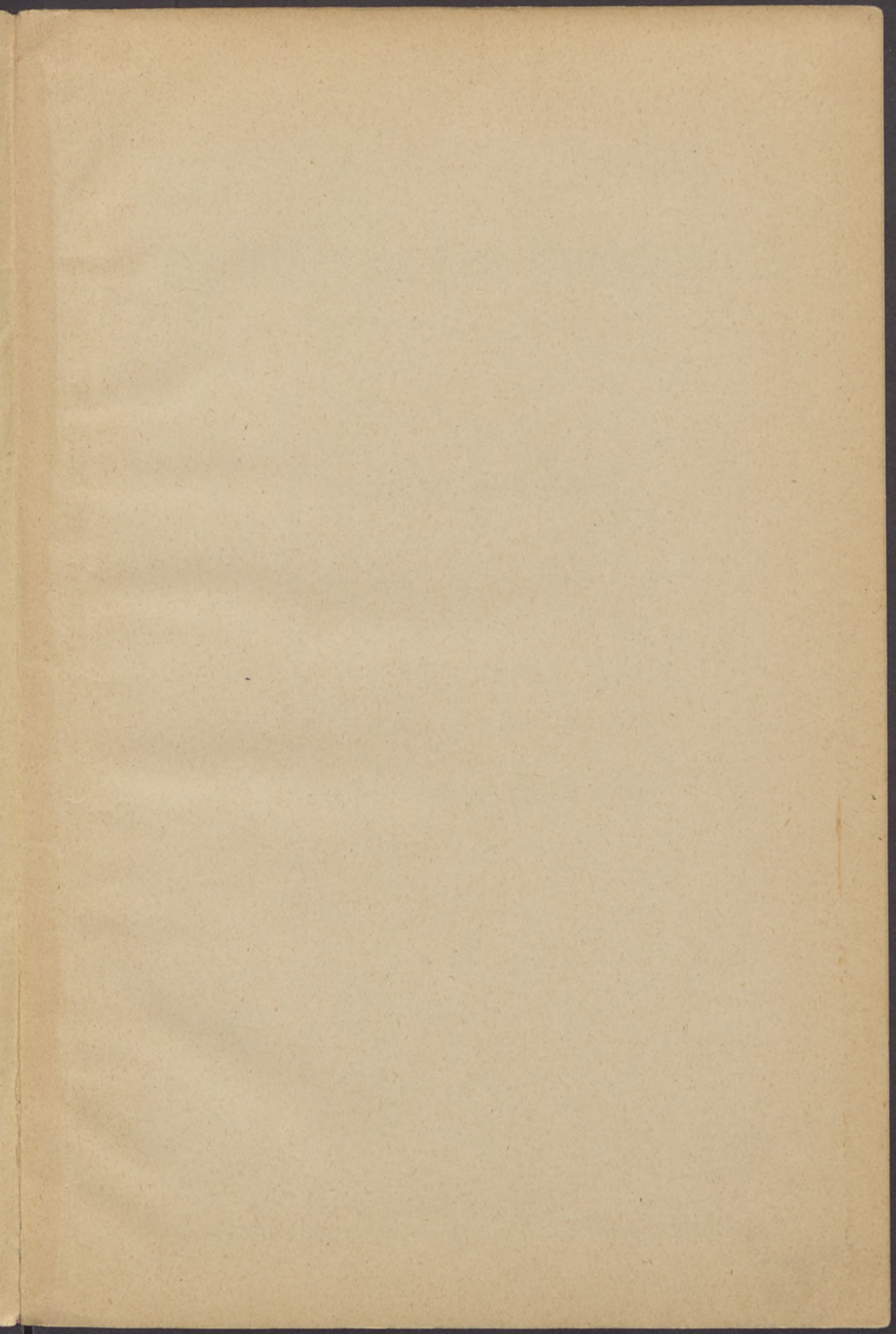
Die Diktatur des Proletariats

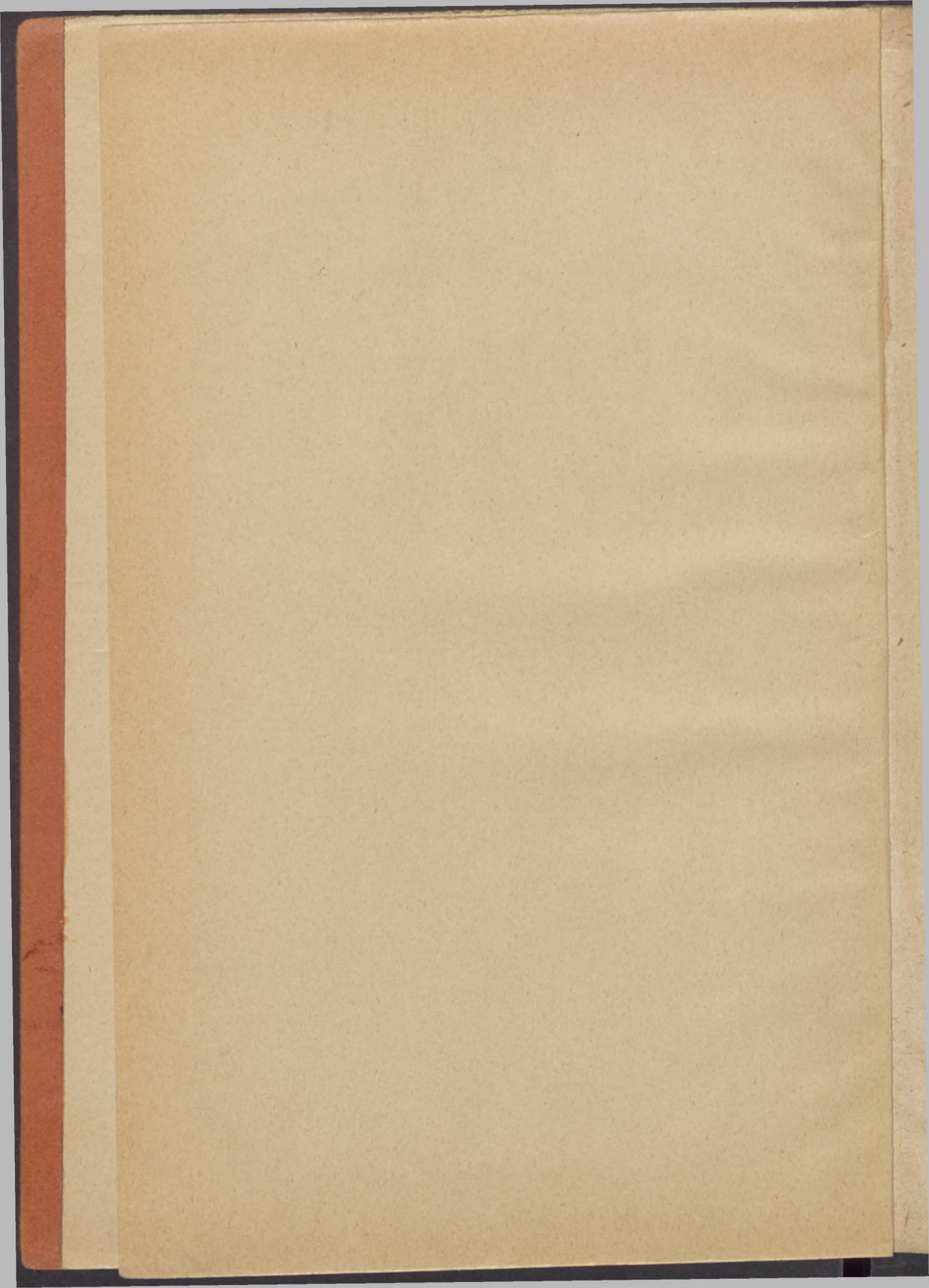
Von
Karl Kautsky

Vierte unveränderte Auflage
Preis 2 Kronen (Mark 1'50)

Wien 1919
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.







Die Diktatur des Proletariats

Von

Karl Kautsky

Preis 2 Kronen (Mark 1·50)

Wien 1919
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.

Inhaltsverzeichnis.





1. Das Problem.

Die jetzige russische Revolution hat zum erstenmal in der Weltgeschichte eine sozialistische Partei zur Beherrscherin eines großen Reiches gemacht. Ein weit gewaltigeres Ereignis als die Besitznahme der Herrschaft über die Stadt Paris durch das Proletariat im März 1871. Jedoch in einem wichtigen Punkte stand die Pariser Kommune über die Sowjetrepublik. Jene war das Werk des gesamten Proletariats. Alle sozialistischen Richtungen nahmen an ihr Teil, keine schloß sich von ihr aus oder wurde von ihr ausgeschlossen.

Dagegen ist die sozialistische Partei, die heute Rußland regiert, an die Macht gekommen im Kampf gegen andere sozialistische Parteien. Sie übt ihre Macht unter Ausschließung anderer sozialistischer Parteien aus ihren regierenden Körperschaften.

Der Gegensatz der beiden sozialistischen Richtungen beruht nicht auf kleinen persönlichen Eifersüchteleien, er ist der Gegensatz zweier grundverschiedener Methoden: der demokratischen und der diktatorischen. Beide Richtungen wollen dasselbe: das Proletariat und damit die Menschheit durch den Sozialismus befreien. Aber den Weg, den die einen gehen, halten die anderen für einen Irrweg, der ins Verderben führt.

Es ist unmöglich, einem so riesenhaften Ereignis wie dem proletarischen Ringen in Rußland teilnahmslos gegenüberzustehen. Jeder von uns fühlt sich gedrängt, Partei zu nehmen, leidenschaftlich Partei zu nehmen. Um so mehr gedrängt, da jene Probleme, die heute unsere russischen Genossen beschäftigen, morgen auch für Westeuropa praktische Bedeutung gewinnen können, ja da sie heute schon die Art unserer Propaganda und Taktik entscheidend beeinflussen.

Unsere Parteipflicht jedoch ist es, uns nicht eher in dem russischen Bruderzwist für die eine oder andere Seite zu entscheiden, ehe wir nicht die Argumente beider gründlich geprüft haben.

Daran wollen uns manche Genossen hindern. Sie erklären es für unsere Pflicht, uns unbesehen für jene Richtung des russischen Sozialismus auszusprechen, die am Ruder ist. Jede andere Haltung gefährde die Revolution und den Sozialismus selbst. Das heißt aber

nichts anderes, als bereits für bewiesen annehmen, was doch gerade zu untersuchen ist: daß die eine Richtung den richtigen Weg eingeschlagen habe und wir sie ermuntern müssen, ihn fortzusetzen.

Freilich stellen wir uns mit der Forderung freiester Diskussion schon auf den Boden der Demokratie. Die Diktatur heischt nicht Widerlegung der gegnerischen Ansicht, sondern die gewaltsame Unterdrückung ihrer Aeußerung. So stehen sich die beiden Methoden der Demokratie und der Diktatur schon unversöhnlich gegenüber, ehe die Diskussion begonnen hat. Die eine fordert, die andere verbietet sie.

Einstweilen herrscht jedoch in unserer Partei noch nicht die Diktatur; es wird noch frei bei uns diskutiert. Und wir betrachten es nicht nur als unser Recht, sondern als unsere Pflicht, unsere Meinungen frei zu äußern, weil nur nach Anhören aller Argumente eine sachgemäße, fruchtbare Entscheidung möglich ist. Eines Mannes Rede ist bekanntlich keines Mannes Rede. Man muß sie billig hören beede.

Wir wollen daher im folgenden untersuchen, welche Bedeutung die Demokratie für das Proletariat besitzt, was wir unter der Diktatur des Proletariats zu verstehen haben und welche Bedingungen die Diktatur als Regierungsform für den Befreiungskampf des Proletariats schafft.

2. Die Demokratie und die Eroberung der politischen Macht.

Man unterscheidet mitunter zwischen der Demokratie und dem Sozialismus, also der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und der Produktion in der Weise, daß man sagt, diese sei unser Endziel, der Zweck unserer Bewegung, die Demokratie bloßes Mittel zu diesem Zweck, das unter Umständen untauglich, ja sogar hinderlich sein könne.

Genau genommen ist jedoch nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung „jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse". (Erfurter Programm.)

Wir suchen dieses Ziel zu erreichen durch Unterstützung des proletarischen Klassenkampfes, weil das Proletariat als unterste Klasse sich nicht befreien kann, ohne alle Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung aufzuheben, und weil das industrielle Proletariat diejenige unter den ausgebeuteten und unterdrückten Schichten ist, die an Kraft, Kampffähigkeit und Kampfeslust immer mehr wächst und deren schließlicher Sieg unvermeidlich ist. Darum muß heute jeder wahrhafte Gegner von Ausbeutung und Unterdrückung den proletarischen Klassenkampf mitkämpfen, welcher Klasse immer er entstammen möge.

Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampfe deshalb als Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen. Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei, wie noch Proudhon annahm, dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben, ja wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endzieles.

Demokratie und Sozialismus unterscheiden sich also nicht darin, daß die eine Mittel ist und der andere Zweck. Beide sind Mittel für den gleichen Zweck.

Der Unterschied zwischen beiden liegt wo anders. Sozialismus als Mittel zur Befreiung des Proletariats ohne Demokratie ist undenkbar. Allerdings ist gesellschaftliche Produktion auch auf anderer als demokratischer Grundlage nötig. Bei unentwickeltem Verhältnis konnte eine kommunistische Wirtschaft geradezu eine Basis des Despotismus werden. Das konstatierte Engels schon 1875 mit Bezug auf den Dorfkommunismus, wie er sich in Rußland und Indien bis in unsere Tage erhalten hat. (Soziales aus Rußland, „Volksstaat", 1875.)

Die niederländische Kolonialpolitik basierte in Java eine Zeitlang unter dem sogenannten „Kultursystem" die Organisation der landwirtschaftlichen Produktion für die das Volk ausbeutende Regierung auf den Bodenkommunismus.

Das großartigste Beispiel einer nichtdemokratischen Organisation gesellschaftlicher Arbeit aber hat im 18. Jahrhundert der Jesuitenstaat von Paraguay gegeben. Die Jesuiten als überlegene Klasse organisierten dort mit diktatorischer Gewalt die Arbeit der indianischen Urbevölkerung in einer tatsächlich bewunderungswürdigen Weise, ohne Anwendung von Gewalt, ja unter Gewinnung der Anhänglichkeit ihrer Untertanen.

Für moderne Menschen jedoch wäre ein derartiges partriarchalisches Regime unerträglich. Es ist nur möglich unter Umständen, wo die Herrscher an Wissen hoch über den Beherrschten stehen, und diese absolut nicht in der Lage sind, sich zu gleicher Höhe zu erheben. Eine Schicht oder Klasse, die einen Befreiungskampf führt, kann sich ein derartiges System der Bevormundung nicht als Ziel setzen, sie muß es entschieden ablehnen.

Für uns also ist Sozialismus ohne Demokratie undenkbar. Wir verstehen unter dem modernen Sozialismus nicht bloß gesellschaftliche Organisierung der Produktion, sondern auch demokratische Organisierung der Gesellschaft. Der Sozialismus ist demnach für uns untrennbar verbunden mit der Demokratie. Kein Sozialismus ohne Demokratie.

Jedoch ist der Satz nicht ohneweiters umzukehren. Demokratie ist sehr wohl möglich ohne Sozialismus. Selbst die reine Demokratie ist denkbar ohne Sozialismus, zum Beispiel in kleinbäuerlichen Gemeinwesen, in denen völlige Gleichheit der ökonomischen Bedingungen für jedermann auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln besteht.

Auf jeden Fall kann man sagen, daß Demokratie möglich ist ohne Sozialismus und vor ihm. Und diese vorsozialistische Demokratie haben offenbar jene im Auge, die meinen, die Demokratie verhalte sich zum Sozialismus wie das Mittel zum Zweck, wobei sie sich jedoch meist beeilen hinzuzufügen, daß sie eigentlich kein Mittel zum Zweck sei. Diesem Nachsatz muß auf das entschiedenste widersprochen werden. Er würde, wenn er allgemeine Annahme fände, unsere Bewegung auf die verhängnisvollsten Bahnen lenken.

Warum soll die Demokratie ein untaugliches Mittel für die Erreichung des Sozialismus sein?

Es handelt sich um die Eroberung der politischen Macht. Man erklärt, wenn in einem bisher bürgerlich regierten demokratischen Lande die Möglichkeit ersteht, daß die Sozialdemokraten bei den Parlamentswahlen die Mehrheit bekommen, würden die herrschenden Klassen alle ihnen zu Gebote stehenden Gewaltmittel aufwenden, um eine Herrschaft der Demokratie zu verhindern. Darum könne das Proletariat nicht durch die Demokratie, sondern nur durch die Revolution die politische Macht erobern.

Kein Zweifel, wo das Proletariat in einem demokratischen Staat an Macht zunimmt, muß man mit Versuchen der herrschenden Klassen rechnen, durch Gewaltmittel die Ausnutzung der Demokratie durch die aufstrebende Klasse zu vereiteln. Aber damit ist doch nicht die Wertlosigkeit der Demokratie für das Proletariat erwiesen. Wenn die herrschenden Klassen unter den hier erörterten Voraussetzungen zur Gewalt greifen, so geschieht es doch gerade deswegen, weil sie die Folgen der Demokratie fürchten. Und ihre Gewalttaten wären nichts anderes als ein Umsturz der Demokratie.

Also nicht die Wertlosigkeit der Demokratie für das Proletariat ergibt sich aus den erwarteten Versuchen der herrschenden Klassen, die Demokratie abzuschaffen, sondern vielmehr die Notwendigkeit für das Proletariat, die Demokratie mit Nägeln und Zähnen aufs äußerste zu verteidigen. Freilich, wenn man dem Proletariat einredet, die Demokratie sei doch im Grunde eine wertlose Dekoration, dann wird es die nötige Kraft zu ihrer Verteidigung nicht aufbringen. Doch hängt die Masse des Proletariats überall zu sehr an ihren demokratischen Rechten, als daß zu erwarten ist, sie würde sie willenlos fahren lassen. Im Gegenteil ist vielmehr zu erwarten, sie werde ihre Rechte mit einem solchen Nachdruck verteidigen, daß, wenn die Gegenseite das Volksrecht durch Gewalttat zu vernichten sucht, deren entschlossene Abwehr zu einem politischen Umsturz wird. Das ist um so eher zu erwarten, je höher das Proletariat die Demokratie schätzt, je leidenschaftlicher es an ihr hängt.

Anderseits darf man aber auch nicht glauben, daß der hier gezeichnete Gang der Ereignisse überall unvermeidlich sei. So kleinmütig brauchen wir doch nicht zu sein. Je demokratischer der Staat, desto abhängiger sind die Machtmittel der Staatsgewalt, auch die militärischen, von der Volksstimmung (Miliz). Diese Machtmittel können da, auch in der Demokratie, ein Mittel zur gewaltsamen Niederhaltung proletarischer Bewegungen werden, wenn das Proletariat noch numerisch schwach ist, zum Beispiel in einem Agrarstaat, oder wo es politisch schwach ist, weil unorganisiert und geistig unselbständig. Erstarkt aber das Proletariat in einem demokratischen Staat soweit, daß es zahlreich und kraftvoll genug wird, die politische Macht durch Anwendung der gegebenen Freiheiten zu erobern, dann wird es der „kapitalistischen Diktatur" recht schwer fallen, die nötigen Machtmittel aufzubieten, um die Demokratie gewaltsam aufzuheben.

Marx hielt es in der Tat für möglich, ja für wahrscheinlich, daß in England wie in Amerika das Proletariat auf friedlichem Wege die politische Macht erobere. Nach dem Schluß des Haager Kongresses der Internationale von 1872 hielt Marx in einer Volksversammlung in Amsterdam eine Rede, in der er unter anderem ausführte:

„Der Arbeiter muß eines Tages die politische Gewalt in der Hand haben, um die neue Organisation der Arbeit zu begründen. Er muß die alte Politik umstürzen, welche die alten Institutionen aufrechterhält, wenn er nicht, wie die alten Christen, die solches vernachlässigt und verachtet hatten, auf das »Reich von dieser Welt« verzichten soll.

Aber wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziele zu gelangen, überall dieselben seien.

„Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und das Herkommen der verschiedenen Gegenden berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt wie Amerika, England und, wenn ich Eure Einrichtungen besser kännte, würde ich vielleicht hinzufügen Holland, wo die Arbeiter auf friedlichem Weg zu ihrem Ziele gelangen können. Doch nicht in allen Ländern ist dies der Fall.“

Ob sich die Marxsche Erwartung erfüllt, bleibt abzuwarten.

Sicher gibt es in den genannten Staaten Schichten der besitzenden Klassen, deren Neigung zu Gewalttätigkeiten gegenüber dem Proletariat wächst. Daneben aber auch andere Schichten, deren Respekt vor der wachsenden Macht des Proletariats und deren Wunsch, es durch Konzessionen bei guter Laune zu erhalten, zunimmt. Trotzdem der Kriegszustand überall für die Zeit seiner Dauer die politische Bewegungsfreiheit der Volksmassen stark einengt, hat er doch dem englischen Proletariat eine bedeutende Erweiterung des Wahlrechtes gebracht. Es läßt sich heute noch gar nicht absehen, wie die Demokratie in den verschiedenen Staaten die Formen der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat beeinflussen und inwieweit sie bewirken wird, daß dabei von hüben und drüben gewalttätige Methoden vermieden und bloß friedliche angewendet werden. Auf keinen Fall wird das Bestehen der Demokratie dabei belanglos sein. In einer demokratischen Republik, in der die Volksrechte seit Jahrzehnten, vielleicht Jahrhunderten festgewurzelt sind, Rechte, die das Volk durch Revolutionen eroberte und behauptete oder erweiterte, wobei es auch die herrschenden Klassen zum Respekt vor der Volksmasse erzog, in einem solchen Gemeinwesen werden die Formen des Ueberganges sicher andere sein als in einem Staat, in dem eine Militärdespotie bisher unumschränkt über die stärksten Machtmittel gegenüber der Volksmasse verfügte und gewöhnt ist, sie dadurch im Zaume zu halten.

Doch mit dem Einfluß der Demokratie auf die Formen des Ueberganges zum proletarischen Regime ist ihre Bedeutung für uns in der vorsozialistischen Zeit nicht erschöpft. Am wichtigsten wird sie für uns in diesem Zeitraum durch ihren Einfluß auf die Reifung des Proletariats.

3. Demokratie und Reife des Proletariats.

Der Sozialismus erheischt besondere historische Bedingungen, die ihn möglich und notwendig machen. Das ist wohl allgemein anerkannt. Jedoch besteht keineswegs Einigkeit unter uns in Bezug auf die Frage, welches die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit ein moderner Sozialismus möglich werde, wann ein Land reif sei für den Sozialismus. Diese Uneinigkeit in einer so wichtigen Frage ist nicht erhebend, immerhin hat die Notwendigkeit, uns jetzt mit dem Problem zu beschäftigen, etwas Erfreuliches. Denn diese Notwendigkeit rührt daher, daß der Sozialismus für die meisten von uns aufgehört hat, etwas zu sein, was sie erst nach Jahrhunderten erwarten,

wie uns noch bei Kriegsbeginn so mancher Umlerner versicherte. Der Sozialismus ist als praktische Frage auf die Tagesordnung der Gegenwart gesetzt.

Welches sind nun die Vorbedingungen der Durchführung des Sozialismus?

Jedes bewußte menschliche Handeln setzt einen Willen voraus. Der Wille zum Sozialismus ist die erste Bedingung seiner Durchführung. Dieser Wille wird geschaffen durch den Großbetrieb. Wo der Kleinbetrieb in der Gesellschaft überwiegt, da besteht die Masse der Bevölkerung aus den Besitzern der Betriebe. Die Zahl der Besitzlosen ist gering. Wer besitzlos ist, der sieht sein Ideal in der Erlangung eines kleinen Besitzes. Dieser Wunsch kann unter Umständen revolutionäre Formen annehmen, aber die soziale Revolution wird da keine sozialistische sein; sie will bloß die vorhandenen Güter neu verteilen in einer Weise, daß ein jeder ein Besitzender wird. Der Kleinbetrieb erzeugt stets den Willen zur Erhaltung oder Gewinnung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, mit denen man arbeitet, nicht den Willen zum gesellschaftlichen Eigentum, zum Sozialismus.

Dieser Wille ersteht in den Massen erst dort, wo der Großbetrieb schon sehr entwickelt ist und wo seine Ueberlegenheit über den Kleinbetrieb außer Frage steht, wo die Auflösung des Großbetriebes ein Rückschritt, ja unmöglich wäre, wo die Arbeiter der Großbetriebe zum Eigentum an den Produktionsmitteln nur in gesellschaftlicher Form gelangen können, wo die Kleinbetriebe, soweit sie sich erhalten, immer mehr verkümmern, so daß deren Besitzer aus ihnen keinen Wohlstand mehr ziehen. So erwächst der Wille zum Sozialismus.

Gleichzeitig ersteht aber mit dem Großbetrieb auch die materielle Möglichkeit seiner Durchführung. Je größer die Zahl der Betriebe im Land und je größer die Unabhängigkeit der einzelnen voneinander, desto schwerer ist es, sie gesellschaftlich zu organisieren. Die Schwierigkeit schwindet in dem Maße, in dem die Zahl der Betriebe sich mindert und die Beziehungen zwischen ihnen immer regelmäßiger und fester werden. Endlich muß aber neben dem Willen und der materiellen Grundlage, gewissermaßen dem Rohstoff des Sozialismus, auch noch die Kraft vorhanden sein, die ihn verwirklicht. Diejenigen, die den Sozialismus wollen, müssen stark werden, stärker als diejenigen, die ihn nicht wollen.

Auch dieser Faktor wird durch die Entwicklung des Großbetriebes geschaffen. Dieser heißt Vermehrung der Zahl der Proletarier, derjenigen, die ein Interesse am Sozialismus haben, Verminderung der Zahl der Kapitalisten. Das heißt relative Verminderung im Verhältnis zur Zahl der Proletarier. Im Verhältnis zu den nichtproletarischen Zwischenschichten, Kleinbauern und Kleinbürgern mag die Zahl der Kapitalisten eine Zeitlang wachsen. Aber am raschesten im Staate wächst das Proletariat.

Alle diese Faktoren entspringen direkt aus der ökonomischen Entwicklung. Sie kommen nicht von selbst, ohne menschliches Zutun, aber sie kommen von selbst, ohne proletarisches Zutun, einzig durch das Wirken der Kapitalisten, die ein Interesse am Wachsen ihrer Großbetriebe haben. Diese Entwicklung ist in erster Linie eine städtische und industrielle. Die agrarische bietet nur einen schwachen Nachhall von ihr. Von den Städten, von der Industrie, nicht aber von der Landwirtschaft wird der Sozialismus ausgehen. Damit

er aber verwirklicht wird, ist noch ein vierter Faktor notwendig neben den schon erwähnten: das Proletariat muß nicht nur ein Interesse am Sozialismus haben ,es muß nicht bloß seine materiellen Bedingungen vorfinden und die Kraft haben, sich ihrer zu bemächtigen, es muß auch die Fähigkeit haben, sie festzuhalten und richtig anzuwenden. Nur dann ist der Sozialismus als dauernde Produktionsweise zu verwirklichen.

Zu der Reife der Verhältnisse, der nötigen Höhe der industriellen Entwicklung muß also auch die Reife des Proletariats hinzutreten, soll der Sozialismus möglich werden. Dieser Faktor wird aber nicht durch die industrielle Entwicklung, durch das Wirken des kapitalistischen Strebens nach Profit, ohne Zutun des Proletariats geschaffen. Er muß von diesem im Gegensatz zum Kapital errungen werden.

Unter der Herrschaft des Kleinbetriebes verfallen die Besitzlosen in zwei Schichten: für die einen, Handwerksgesellen oder jüngeren Bauernsöhne ist die Besitzlosigkeit nur ein Uebergangsstadium. Sie erwarten, eines Tages Besitzende zu werden, haben ein Interesse am Privateigentum. Was sonst noch an Besitzlosen vorhanden ist, bildet das Lumpenproletariat, eine für die Gesellschaft überflüssige, ja lästige Schicht von Schmarotzern ohne Bildung, ohne Selbstbewußtsein, ohne Zusammenhalt. Sie sind wohl gewillt, wo sie können, Besitzende zu expropriieren, aber weder gewillt, noch imstande, eine neue Wirtschaftsform aufzubauen.

Die kapitalistische Produktionsweise bemächtigt sich dieser Besitzlosen, deren Scharen in den Anfängen des Kapitalismus massenhaft anschwellen. Aus überflüssigen, ja schädlichen Schmarotzern verwandelt er sie in die unentbehrlichsten ökonomischen Grundlagen der Produktion und damit der Gesellschaft. Er vergrößert damit ebenso wie durch die Vermehrung ihrer Zahl ihre Kraft, aber er beläßt sie in ihrer Unwissenheit, Roheit, Unfähigkeit. Er sucht sogar die gesamte arbeitende Klasse auf ihr Niveau herabzudrücken. Ja durch Ueberarbeit, Eintönigkeit und Geistlosigkeit der Arbeit, Arbeit von Frauen und Kindern drückt er die arbeitenden Klassen oft noch unter das geistige Niveau des früheren Lumpenproletariers herab. Die Verelendung des Proletariats nimmt da in erschreckendem Maße zu.

Aus ihr erwuchs der erste Anstoß zum Sozialismus als Streben dem zunehmenden Massenelend ein Ende zu bereiten. Dieses Elend schien aber auch das Proletariat für immer unfähig zu machen, sich selbst zu befreien. Bürgerliches Mitleid sollte es retten, sollte ihm der Sozialismus bringen.

Bald zeigte sich, daß von diesem Mitleid nichts zu erwarten sei Eine ausreichende Kraft, den Sozialismus durchzuführen, konnte man nur von jenen erwarten, die ein Interesse an ihm hatten, den Proletariern. Aber waren die nicht hoffnungslos verkommen? Immerhin nicht alle. Noch gab es einzelne Schichten, die sich Kraft und Mut zum Kampf gegen das Elend bewahrt hatten. Diese kleine Schar sollte leisten, was die Utopisten nicht vermocht, sollte durch einen Handstreich die Staatsmacht erobern und durch sie dem Proletariat den Sozialismus bringen. Dies die Auffassung Blanquis und Weitlings. Die Proletarier, die zu unwissend und verkommen waren, sich selbst zu organisieren und zu verwalten, sollten durch eine aus ihrer Elite gebildete Regierung organisiert und verwaltet werden, von oben herab,

etwa wie die Jesuiten in Paraguay die Indianer organisiert und verwaltet hatten.

Weitling erwartete die Diktatur eines einzelnen, der an der Spitze einer siegreichen Revolutionsarmee den Sozialismus durchführen werde. Er nannte ihn einen Messias:

> Einen neuen Messias sehe ich mit dem Schwerte kommen, um die Lehre des ersten zu verwirklichen.
>
> Er wird durch seinen Mut an die Spitze der revolutionären Armee gestellt werden, wird mit ihr den morschen Bau der alten gesellschaftlichen Ordnung zertrümmern, die Tränenquellen in das Meer der Vergessenheit leiten und die Erde in ein Paradies verwandeln." (Aus: „Garantien der Harmonie und Freiheit." 3. Auflage, 1849, S. 312.)

Eine großartige, begeisternde Erwartung. Sie beruht aber einzig auf der Zuversicht, die revolutionäre Armee werde den richtigen Mann schon finden. Wenn man aber diesen Messiasglauben nicht hegte, wenn man zu der Ueberzeugung gelangte, daß nur das Proletariat sich selbst befreien könne, daß der Sozialismus verurteilt sei, eine Utopie zu bleiben, so lange das Proletariat nicht die Fähigkeiten der Selbstverwaltung in allen Organisationen, deren es sich bemächtigt, also auch im Staat erlangt hat — wurde da nicht die Aussichtslosigkeit des Sozialismus proklamiert, angesichts der Verelendung des Proletariats durch den Kapitalismus? So schien es. Doch Praxis und Theorie zeigten bald einen Ausweg. In England wurde zuerst das industrielle Proletariat eine Massenerscheinung, dort fand es aber auch einige Ansätze demokratischer Rechte, einige Möglichkeiten der Organisation und der Propaganda, und die Bourgeoisie rief es in ihren Kämpfen mit dem Adel ums Wahlrecht selbst auf, sich zu rühren.

In den Gewerkschaften und den Chartisten erstanden die Anfänge der Arbeiterbewegung, des Widerstandes des Proletariats gegen die Verelendung und die Rechtlosigkeit, begannen seine Streiks, seine großen Kämpfe ums Wahlrecht und den Normalarbeitstag.

Marx und Engels erkannten frühzeitig die Bedeutung dieser Bewegung. Nicht die „Verelendungstheorie" kennzeichnet Marx und Engels. Die hatten sie mit allen Sozialisten gemein. Sie erhoben sich über diese, indem sie nicht nur die kapitalistische Tendenz der Verelendung erkannten, sondern auch die proletarische Gegentendenz, und in dieser, im K l a s s e n k a m p f, den großen Faktor erkannten, der das Proletariat erheben und mit den Fähigkeiten ausrüsten solle, deren es bedarf, soll es nicht nur gelegentlich einmal die politische Macht an sich reißen, was ein Zufallserfolg sein kann, sondern auch imstande sein, die Macht zu behaupten und zu benutzen. Der proletarische Klassenkampf, als Kampf von Massen, setzt aber die Demokratie voraus. Wenn auch nicht gerade die „unbedingte" und „reine Demokratie", so doch soviel von Demokratie als notwendig ist, Massen zu organisieren und regelmäßig aufzuklären. Das kann niemals ausreichend auf geheimem Wege geschehen. Einzelne Flugblätter können eine ausgedehnte Tagespresse nicht ersetzen. Geheim lassen sich Massen nicht organisieren, und vor allem, kann eine geheime Organisation nicht eine demokratische sein. Sie führt stets zur Diktatur eines einzelnen oder einer kleinen Zahl leitender Köpfe. Die gewöhnlichen Mitglieder können da nur ausführende Werkzeuge sein. Ein der-

artiger Zustand wird bei völligem Fehlen der Demokratie für unterdrückte Schichten notwendig gemacht, jedoch die Selbstverwaltung und Selbständigkeit der Massen wird dabei nicht gefördert, wohl aber das Messiasbewußtsein der Leiter, ihre diktatorischen Gewohnheiten.

Derselbe Weitling, der so sehr die Messiasrolle hervorhob, er sprach höchst wegwerfend von der Demokratie:

„Die Kommunisten sind noch ziemlich unentschieden über die Wahl ihrer Regierungsform. Ein großer Teil derselben in Frankreich neigt sich der Diktatur hin, weil sie wohl wissen, daß die Volksherrschaft, so wie sie die Republikaner oder vielmehr die Politiker verstehen, nicht geeignet ist, für die Uebergangsperiode aus einer alten zu einer neuen, vollkommenen Organisation. Cabet hat trotzdem das Prinzip der Volksherrschaft den Republikanern abgeborgt, weiß jedoch sehr klug demselben während der Uebergangsperiode eine fast unmerkliche Diktatur anzuhängen. Owen endlich, der Chef der englischen Kommunisten, will, daß jedes Mannesalter sein bestimmtes Amt zu verrichten habe, und also die höchsten Leiter der Verwaltung auch zugleich die ältesten Mitglieder derselben sind. Alle Sozialisten — mit Ausnahme der Fourieristen, denen jede Regierungsform gleich ist — sind darüber einverstanden, daß die Regierungsform, welche man Volksherrschaft nennt, ein sehr untauglicher, ja selbst gefährlicher Notanker für das junge, erst zu verwirklichende Prinzip der Gemeinschaft sei.“ (Garantien 2c. S. 147.)

Weitling geht noch weiter. Er will von Demokratie auch in der sozialistischen Gesellschaft nichts wissen:

„Wenn der Begriff »Volksherrschaft« passend sein soll, so müssen auch a l l e herrschen; dies kann aber niemals der Fall sein, darum ist es auch keine Herrschaft des Volkes, sondern die zufällige Herrschaft e i n i g e r im Volke.“ (S. 148.)

Weitling will, daß das größte Genie regiere. Dieses soll durch Lösung von Preisaufgaben vor wissenschaftlichen Versammlungen erkannt werden. Ich habe Weitling ausführlicher zitiert, damit man sieht, daß die Verachtung der Demokratie, die uns jetzt als neueste Weisheit präsentiert wird, recht alten Datums ist und einem ganz primitiven Zustand der Arbeiterbewegung entspringt. Zu derselben Zeit, zu der Weitling das allgemeine Wahlrecht und die Preßfreiheit verächtlich abwies, kämpften die Arbeiter Englands um diese Rechte, und Marx und Engels stellten sich auf ihre Seite.

Seitdem hat die Arbeiterklasse ganz Europas in zahlreichen, oft blutigen Kämpfen ein Stück Demokratie nach dem anderen erobert. Und im Ringen um Gewinnung, Behauptung, Erweiterung der Demokratie sowie in steter Ausnützung jedes bißchens Demokratie zur Organisation, zur Propaganda, zur Erzwingung sozialer Reformen hat das Proletariat von Jahr zu Jahr an Reife gewonnen, ist es aus der tiefststehenden zur höchststehenden Schicht der Volksmassen geworden.

Hat es dadurch schon die Reife erlangt, die der Sozialismus erheischt? Und sind auch dessen sonstige Bedingungen schon gegeben? Diese Frage wird heute sehr umstritten, von den einen ebenso entschieden bejaht, wie von den anderen verneint. Beides erscheint mir etwas voreilig. Die Reife zum Sozialismus ist nicht etwas, was sich statistisch feststellen und berechnen läßt, ehe wir so weit sind, praktisch

die Probe aufs Exempel zu machen. Auf jeden Fall tut man unrecht, bei der Erörterung der Frage die materiellen Vorbedingungen des Sozialismus zu sehr in den Vordergrund zu schieben, wie das so häufig geschieht. Gewiß, ohne eine gewisse Höhe des Großbetriebs ist kein Sozialismus möglich, aber wenn man behauptet, der Sozialismus werde erst dann durchführbar, wenn der Kapitalismus nicht mehr imstande sei, sich weiter zu entwickeln, so fehlt jeder Beweis dafür, warum dem so sein muß. Richtig ist nur, daß der Sozialismus um so leichter durchführbar wird, je mehr der Großbetrieb entwickelt ist, also je weniger Betriebe gesellschaftlich zu organisieren sind. Doch gilt das nur für das Problem vom Standpunkt eines bestimmten Staates aus gesehen. Der Vereinfachung des Problems in diesem Rahmen wirkt jedoch entgegen, daß mit dem Wachstum des Großbetriebs das Wachstum seines Marktes, die Zunahme der internationalen Arbeitsteilung und des internationalen Verkehrs und damit stete Erweiterung und Komplizierung des Problems der gesellschaftlichen Organisierung der Produktion Hand in Hand geht. Es liegt indes kein Grund vor, anzunehmen, daß in den modernen Industriestaaten mit ihrem Bankwesen und ihren Unternehmerorganisationen eine Organisierung des größten Teils der Produktion von Gesellschaftswegen durch Staat, Gemeinde, Konsumgenossenschaften nicht heute schon möglich sein sollte.

Entscheidend ist nicht mehr der materielle, sondern der persönliche Faktor: Ist das Proletariat stark und intelligent genug, diese gesellschaftliche Regelung selbst in die Hand zu nehmen? Das heißt, besitzt es die Kraft und die Fähigkeit, die Demokratie aus der Politik in die Oekonomie zu übertragen? Das läßt sich mit Bestimmtheit nicht voraussagen, das ist auch ein Faktor, der in verschiedenen Staaten sehr verschieden entwickelt ist und der im gleichen Lande zu verschiedenen Zeiten sehr schwanken kann. Denn ausreichende Kraft und Fähigkeit sind relative Begriffe. Dasselbe Ausmaß von Kraft kann heute unzureichend sein, wenn die Gegner stark sind, und morgen völlig ausreichen, wenn diese einen moralischen oder ökonomischen oder militärischen Zusammenbruch erleiden.

Und ebenso kann dasselbe Ausmaß von Fähigkeiten heute versagen, wenn man in einer höchstverwickelten Situation ans Ruder kommt, und es kann morgen allen Anforderungen gewachsen sein, wenn inzwischen klarere, einfachere oder materiell besser fundierte Verhältnisse eingetreten sind. Nur die Praxis kann in jedem Fall zeigen, ob das Proletariat schon wirklich reif ist zum Sozialismus. Mit Bestimmheit läßt sich nur folgendes sagen: Das Proletariat nimmt unaufhörlich zu an Zahl, Kraft und Intelligenz, es nähert sich immer mehr dem Zeitpunkt seiner Reife. Wohl läßt sich nicht von vornherein ermessen, wann dieser Zeitpunkt erreicht ist. Es läßt sich nicht bestimmt sagen, er sei schon da, wenn das Proletariat die Mehrheit im Volke bildet und dieses in seiner Mehrheit den Willen zum Sozialismus bekundet. Dagegen kann man allerdings mit Bestimmtheit annehmen, ein Volk sei zum Sozialismus noch nicht reif, solange die Mehrheit der Volksmasse dem Sozialismus feindlich gegenübersteht, von ihm nichts wissen will.

So ist es auch hier wieder die Demokratie, die nicht nur die Reife des Proletariats am ehesten herbeiführt, sondern auch am ehesten erkennen läßt, wann sie eingetreten ist.

4. Die Wirkungen der Demokratie.

Der moderne Staat ist ein stramm zentralisierter Organismus, eine Organisation, die die größte Macht innerhalb der modernen Gesellschaft bildet und das Schicksal jedes einzelnen in der eingreifendsten Weise beeinflußt, was am riesenhaftesten zutage tritt im Falle eines Krieges. Da bekommt jeder zu fühlen, wie sehr seine Existenz von der Politik der Staatsgewalt bestimmt wird.

Was ehedem für den einzelnen die Gentilgenossenschaft, dann die Gemeinde gewesen, das wird nun der Staat. Waren aber jene Gemeinschaften in ihrer Anlage demokratisch organisiert, so erhebt sich dagegen die moderne Staatsgewalt, Bürokratie und Armee, über der Bevölkerung, ja sie gewinnt solche Kraft, daß sie zeitweise sogar über die gesellschaftlich und ökonomisch herrschenden Klassen politisch hinauswächst und eine absolute Regierung bildet.

Doch dieser Zustand dauert nirgends an. Die absolute Herrschaft der Bürokratie führt zu ihrer Verknöcherung und zum Versinken in endlosen zeitraubenden Formalismus. Und das gerade in der Zeit, in der der industrielle Kapitalismus erwächst, die revolutionärste Produktionsweise, die es gibt, die alle ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen einem steten Wechsel unterwirft, dem Geschäftsleben ein rasches Tempo verleiht und rascheste Entschlüsse heischt.

Dabei führt die absolute Herrschaft der Bürokratie zur Willkür und Bestechlichkeit; ein System gesellschaftlicher Produktion wie das kapitalistische, in dem jeder Produzent von zahlreichen anderen abhängig ist, bedarf aber zu seinem Gedeihen der Sicherheit und der Gesetzlichkeit der gesellschaftlichen Beziehungen.

Der absolute Staat geriet daher in immer größeren Widerspruch mit den Produktionsbedingungen, wurde eine Fessel für sie. Es wurde dringend notwendig, die Organe der Staatsgewalt der öffentlichen Kritik zu unterwerfen, neben die staatliche Organisation freie Organisationen der Staatsbürger zu setzen, die Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen herzustellen, dem bürokratischen Apparat die Macht der Gesetzgebung zu nehmen und ihn der Kontrolle einer von der Bevölkerung freigewählten zentralen Versammlung, eines Parlaments zu unterwerfen.

Die Kontrolle der Regierung ist die wichtigste Aufgabe des Parlaments, darin ist es durch keine andere Institution ersetzbar. Es ist denkbar, wenn auch praktisch kaum möglich, der Bürokratie die Gesetzgebung in der Weise aus der Hand zu nehmen, daß die Gesetze durch Kommissionen von Fachleuten ausgearbeitet und dann dem Volke zur Entscheidung vorgelegt werden. Aber auch die eingefleischtesten Verfechter der direkten Gesetzgebung durchs Volk sprechen nicht von einer direkten Kontrolle der Regierung durch das Volk. Die Tätigkeit der den Staatsorganismus leitenden zentralen Körperschaft kann nur durch eine andere zentrale Organisation überwacht werden, nicht durch eine unorganisierte formlose Masse wie das Volk.

Die hier dargelegten Bestrebungen zur Ueberwindung der absoluten Macht der Staatsgewalt sind allen Klassen eines modernen Staates eigen, mit Ausnahme derjenigen, die an dieser Macht teilhaben. Also allen, mit Ausnahme der Bürokraten, Offiziere, des Hofadels und der Hofkirche, sowie der großen Bankiers, die mit dem Staate lukrative Geldgeschäfte machen. Vor dem vereinten Drängen der anderen Klassen, darunter auch des Landadels, der niederen Geist-

lichkeit, der industriellen Kapitalisten, mußte das absolute Regime weichen. Es mußte mehr oder weniger Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit und ein Parlament gewähren. Diese Entwicklung hat sich in allen Staaten Europas siegreich durchgesetzt.

Aber dabei wollte jede Klasse der neuen Staatsform eine Gestaltung geben, die ihren besonderen Interessen am meisten zustatten kam. Dieses Streben trat besonders zutage in den Kämpfen um die Gestaltung des Parlaments, das heißt in den Kämpfen ums Wahlrecht.

Die Parole der unteren Klassen, des „Volkes", wurde das allgemeine Wahlrecht. Nicht nur die Lohnarbeiter, sondern auch die Kleinbauern und Kleinbürger haben ein Interesse an diesem Wahlrecht. Diese Klassen zusammen bilden überall unter allen Umständen die große Mehrheit der Bevölkerung. Ob die Proletarier in ihr überwiegen, hängt von der Höhe der ökonomischen Entwicklung ab. Keineswegs aber hängt es von dieser ab, ob in der Bevölkerung die arbeitenden Klassen überhaupt überwiegen. Die Ausbeuter bildeten stets nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung.

Dem Ansturm dieser Massen kann sich auf die Dauer kein modernes Staatswesen entziehen, dazu kommt, daß jedes andere Wahlrecht als das allgemeine, in der heutigen Gesellschaft zu Absurditäten führt. In der kapitalistischen Gesellschaft mit ihrem steten Wechsel der Verhältnisse können die Klassen nicht zu festgefügten Ständen erstarren. Alle sozialen Verhältnisse sind in stetem Fluß. Ein ständisches Wahlrecht wird schon dadurch ausgeschlossen. Eine Klasse aber, die nicht als Stand organisiert wird, bildet eine formlose, fließende Masse, die genau abzugrenzen ganz unmöglich ist. Eine Klasse ist eine ökonomische Kategorie, keine juristische, die Klassenzugehörigkeit selbst eine stets wechselnde. Gar mancher Kleinhandwerker, der bei vorherrschendem Kleinbetrieb sich als Besitzender fühlen wird, empfindet bei vorherrschendem Großbetrieb als Proletarier, wird zu einem wirklichen Proletarier, wenn ihn auch die Statistik zu den besitzenden und selbständigen Unternehmern zählen mag. Es gibt auch kein Zensuswahlrecht, das den Besitzenden ein dauerndes Monopol auf das Parlament verleihen würde. Jede Periode der Geldentwertung kann es über den Haufen werfen. Ein Bildungszensus endlich wird immer mehr gegenstandslos durch die Fortschritte der Volksbildung.

So wirken die verschiedensten Faktoren zusammen, um das allgemeine, gleiche Wahlrecht als das einzige rationelle in der heutigen Gesellschaft erscheinen und es immer mehr vordringen zu lassen.

Vor allem ist es das einzig rationelle vom Standpunkt des Proletariats als unterster Klasse der Bevölkerung, dessen wirksamste Waffe seine Zahl ist, das sich erst dann befreien kann, wenn es auch zur zahlreichsten Klasse der Bevölkerung geworden ist, wenn die kapitalistische Gesellschaft soweit entwickelt ist, daß nicht mehr Bauern und Kleinbürger in den arbeitenden Klassen überwiegen.

Aber das Proletariat hat auch ein Interesse daran, daß das Wahlrecht nicht nur ein allgemeines und gleiches, sondern ein unterschiedsloses ist, daß nicht etwa Frauen und Männer oder Lohnarbeiter und Besitzende in verschiedenen Kurien wählen. Jede derartige Teilung bringt nicht bloß die Gefahr mit sich, daß einzelne Schichten, die ihrer ganzen sozialen Lage nach zum Proletariat gehören, aber formell

keine Lohnarbeiter sind, von ihm abgetrennt werden, sie erzeugt auch die noch viel größere Gefahr, den Sinn des Proletariats zu verengern. Seine große historische Aufgabe entspringt daraus, daß das gesellschaftliche Gesamtinteresse zusammenfällt mit seinem dauernden Klasseninteresse, was nicht immer gleichbedeutend ist mit seinen augenblicklichen Sonderinteressen.

Es gehört zur Reife des Proletariats, das sein Klassenbewußtsein auf die höchste Stufe erhoben ist durch sein Verständnis der großen gesellschaftlichen Zusammenhänge und Ziele, ein Verständnis, das nur der wissenschaftliche Sozialismus zu völliger Klarheit erhebt, das aber nicht nur durch seine Theorie, sondern auch durch seine Praxis gefördert und verbreitet wird, wenn der Proletarier in die Politik mit dem Hinblick auf die Gesamtheit eingreift und nicht bloß im Hinblick auf seine besonderen Interessen. Jede Beschränkung auf die beruflichen Interessen verengert den Sinn; dies bildet eine der Schattenseiten des Nurgewerkerschaftertums, hier liegt die Ueberlegenheit der sozialdemokratischen Parteiorganisation. Hier liegt auch die Ueberlegenheit eines unterschiedslosen gegenüber einem Wahlrecht, das die Wähler nach Kategorien einteilt.

In den Kämpfen um die hier erwähnten politischen Rechte ersteht die moderne Demokratie, reift das Proletariat. Damit ersteht aber auch ein neuer Faktor: der Schutz der Minoritäten, der Opposition im Staate. Die Demokratie bedeutet Herrschaft der Majorität. Sie bedeutet aber nicht minder Schutz der Minderheit.

Die absolute Herrschaft der Bürokratie richtet sich auf ewige Dauer ein. Die gewaltsame Unterdrückung jeder Opposition ist ihr Lebensprinzip. Fast überall konnte sie nur dadurch beseitigt werden, daß ihre Gewalt gewaltsam gebrochen wurde.

Anders steht es in der Demokratie. Sie bedeutet, wie schon gesagt, Herrschaft der Majorität. Aber Majoritäten wechseln. In der Demokratie kann sich kein Regime auf ständige Dauer einrichten.

Schon die Machtverhältnisse der Klassen sind nicht etwas Beständiges, am allerwenigsten im kapitalistischen Zeitalter. Aber noch rascher als die Macht der Klassen wechselt die Macht der Parteien. Und diese sind es, die in der Demokratie um die Herrschaft ringen.

Auch hier darf man nicht vergessen, was so oft geschieht, daß die Vereinfachungen der Abstraktion der Theorie wohl unentbehrlich sind, die Wirklichkeit klar erkennen zu lassen, daß sie aber nur „in letzter Linie" gelten und zwischen ihnen und der Wirklichkeit viele Zwischenglieder bestehen.

Eine Klasse kann herrschen, aber nicht regieren, denn eine Klasse ist eine formlose Masse, regieren kann jedoch nur eine Organisation. Die politischen Parteien sind es, die in der Demokratie regieren. Eine Partei ist aber nicht gleichbedeutend mit einer Klasse, obwohl jede in erster Linie ein Klasseninteresse vertritt. Ein und dasselbe Klasseninteresse kann man in sehr verschiedener Weise vertreten durch verschiedene taktische Methoden. Je nach deren Verschiedenheit spalten sich die Vertreter desselben Klasseninteresses in verschiedene Parteien. Vor allem werden dabei entscheiden die Fragen nach der Stellung zu anderen Klassen und Parteien. Nur selten verfügt eine Klasse über soviel Kraft, daß sie allein den Staat beherrschen kann. Kommt eine Klasse ans Ruder und vermag sie sich

aus eigener Kraft nicht zu behaupten, dann sucht sie daher einen Verbündeten. Sind für sie verschiedene Verbündete möglich, so werden in den Vertretern des herrschenden Klasseninteresses verschiedene Meinungen und Parteiungen entstehen.

So vertraten in England während des 18. Jahrhunderts Whigs und Tories das gleiche Grundbesitzerinteresse. Doch jene suchten es zu fördern durch Vereinigung mit den städtischen Bourgeois auf Kosten der Krone und ihrer Machtmittel, diese dagegen glaubten das Königtum sei der stärkste Hort ihrer Interessen. Ebenso vertreten heute in England und auch anderswo Konservative und Liberale das gleiche kapitalistische Interesse. Doch die einen glauben, es werde am besten gewahrt im Bunde mit dem Grundbesitz durch gewaltsame Niederhaltung der Arbeiterklasse. Die anderen fürchten von dieser Politik schlimme Konsequenzen und suchen die Arbeiterklasse durch kleine Konzessionen, vor allem auf Kosten des Grundbesitzes, ruhig zu erhalten.

Aehnlich wie mit den ökonomisch und sozial herrschenden Klassen und ihren Parteien geht es mit den aufstrebenden Klassen und ihren Parteien.

Partei und Klasse brauchen also nicht zusammenfallen. Eine Klasse kann sich in verschiedene Parteien spalten, eine Partei aus Angehörigen verschiedener Klassen bestehen. Eine Klasse kann herrschend bleiben und doch ein Wechsel der regierenden Partei eintreten, wenn die Mehrheit der herrschenden Klasse meint, die Methode der bisher regierenden Partei sei unzulänglich und die ihrer Konkurrentin zweckmäßiger.

Viel rascher als die Herrschaft der Klassen wechselt daher in einer Demokratie die Regierung der Parteien.

Keine ist unter diesen Umständen sicher, am Ruder zu bleiben, jede muß mit der Möglichkeit rechnen, zur Minorität zu werden, aber keine ist von vornherein durch die Natur des Staates — wenn er eine wirkliche Demokratie ist — verurteilt, es dauernd zu bleiben.

Aus diesen Verhältnissen erwächst in einer Demokratie ein Schutz der Minoritäten, der um so wirksamer wird und dem Wunsch jeder Partei, sich mit allen Mitteln an der Macht zu erhalten, um so erfolgreicher widersteht, je tiefer gewurzelt die Demokratie ist, je länger sie dauert und die politischen Sitten beeinflußt.

Welche Bedeutung der Schutz der Minoritäten für die Anfänge der sozialistischen Parteien hat, die überall als sehr kleine Minoritäten beginnen, und wie sehr er den Reifungsprozeß des Proletariats beeinflußt, ist klar. In seinen eigenen Reihen wird der Schutz der Minoritäten sehr wichtig. Jede neue Lehre, sei sie theoretischer, sei sie taktischer Natur, wird bei ihrem Aufkommen nur von Minderheiten vertreten. Unterdrückt man diese gewaltsam, statt mit ihnen zu diskutieren, so erspart sich die Mehrheit viel Mühe und Unbequemlichkeit. Sie kann auch unter Umständen manche überflüssige Arbeit dadurch sparen, denn nicht jede Lehre bedeutet deswegen, weil sie neu ist und nur von der Minderheit vertreten wird, auch schon einen Fortschritt. Das meiste von dem, was als neuer Gedanke auftritt, ist schon lange vorher geäußert und durch Diskussion oder Praxis als unhaltbar erkannt worden. Nur die Unwissenheit bringt den alten Kram immer wieder von neuem vor. Wieder andere Gedanken sind originell, aber dabei völlig verkehrt. Doch so wenige auch von neuen

Gedanken und Ideen einen wirklichen Fortschritt darstellen mögen, so ist doch jede Weiterentwicklung nur durch neue Ideen möglich, die zunächst nur als Ideen von Minderheiten auftreten. Jede Unterdrückung aller Ideen der Minderheiten in der Partei bedeutet daher eine Schädigung des proletarischen Klassenkampfes und eine Hemmung des Reifungsprozesses der Arbeiterklasse. Die Welt stellt uns immer wieder vor neue noch unbekannte Probleme, die mit den herkömmlichen Mitteln nicht zu lösen sind.

So mühsam es auch sein mag, aus dem Wust vorgeschlagener Neuerungen das wirklich Wertvolle herauszulesen, es ist eine unerläßliche Arbeit, soll unsere Bewegung nicht versteinern und immer mehr zur Höhe ihrer Aufgaben emporwachsen. Und was für die Partei gilt, gilt nicht minder für den Staat. Schutz der Minoritäten ist eine unerläßliche Bedingung der demokratischen Entwicklung, nicht minder wichtig, wie die Herrschaft der Majorität.

Noch ein Kennzeichen der Demokratie kommt hier in Betracht: die Form, die sie den politischen Kämpfen gibt. Ich habe darüber schon 1893 gehandelt in der „Neuen Zeit" in einem Artikel über „einen sozialdemokratischen Katechismus", ich habe meine Ausführungen dann wiederholt 1909 in meinem „Weg zur Macht!" Einiges daraus sei hier wiederholt:

„Die Koalitionsfreiheit, die Preßfreiheit und das allgemeine Wahlrecht (unter Umständen auch die allgemeine Wehrpflicht) stellen nicht bloß Waffen dar, die das Proletariat der modernen Staaten vor den Klassen voraus hat, welche die revolutionären Kämpfe der Bourgeoisie ausfochten; diese Einrichtungen verbreiten auch über die Machtverhältnisse der einzelnen Parteien und Klassen und über den Geist, der sie beseelt, ein Licht, welches zur Zeit des Absolutismus fehlte. Damals tappten die herrschenden Klassen ebenso wie die revolutionären im dunkeln herum. Da jede Aeußerung einer Opposition unmöglich gemacht war, konnten weder die Regierungen noch die Revolutionäre ihre Kräfte kennen. Jede der beiden Parteien war ebenso der Gefahr ausgesetzt, sich zu überschätzen, solange sie sich nicht im Kampfe mit dem Gegner gemessen hatte, wie sich zu unterschätzen, sobald sie eine einzige Niederlage erlitten hatte, und dann die Flinte ins Korn zu werfen. Dies ist wohl einer der wichtigsten Gründe, warum in die Zeit der revolutionären Bourgeoisie so viel Putsche fallen, die mit einem Schlag niedergeworfen, so viele Regierungen, die mit einem Schlag gestürzt wurden, daher die Aufeinanderfolge von Revolution und Konter-Revolution.

Ganz anders heute, wenigstens in Ländern mit einigermaßen demokratischen Institutionen. Man hat diese Institutionen das Sicherheitsventil der Gesellschaft genannt. Wenn man damit sagen will, daß das Proletariat in einer Demokratie aufhört, revolutionär zu sein, daß es sich damit zufrieden gibt, seiner Entrüstung und seinen Leiden öffentlich Ausdruck zu geben, und daß es auf die politische und soziale Revolution verzichtet, dann ist diese Benennung falsch. Die Demokratie kann die Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft nicht beseitigen, und deren notwendiges Endergebnis, den Umsturz dieser Gesellschaft, nicht aufhalten. Aber eins kann sie: sie kann nicht die Revolution, aber sie kann manchen verfrühten, aussichtslosen Revolutionsversuch verhüten und manche revolutionäre Erhebung überflüssig machen. Sie verschafft Klarheit über die Kräfteverhältnisse der verschiedenen Parteien und Klassen; sie beseitigt nicht deren Gegensätze und verschiebt nicht deren Endziele, aber sie wirkt dahin, die aufstrebenden Klassen zu hindern, daß sie sich jeweilen an die Lösung von Aufgaben machen, denen sie noch nicht gewachsen sind, und sie wirkt



auch dahin, die herrschenden Klassen davon abzuhalten, Konzessionen zu verweigern, zu deren Verweigerung sie nicht mehr die Kraft haben. Die Richtung der Entwicklung wird dadurch nicht geändert, aber ihr Gang wird steter, ruhiger. Das Vordringen des Proletariats in den Staaten mit einigermaßen demokratischen Institutionen wird nicht durch so auffallende Siege bezeichnet, wie das der Bourgeoisie in ihrer revolutionären Zeit, aber auch nicht durch so große Niederlagen. Seit dem Erwachen der modernen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in den Sechzigerjahren hat das europäische Proletariat nur eine große Niederlage erlebt, in der Pariser Kommune 1871. Damals litt Frankreich noch an den Folgen des Kaiserreiches, das dem Volke wahrhaft demokratische Institutionen vorenthalten hatte, das französische Proletariat war erst zum geringsten Teil zum Selbstbewußtsein gelangt, und der Aufstand war ihm aufgezwungen worden.

Die demokratisch-proletarische Methode des Kampfes mag langweiliger erscheinen als die der Revolutionszeit der Bourgeoisie; sie ist sicher weniger dramatisch und effektvoll, aber sie erfordert auch weitweniger Opfer. Das mag einem schöngeistigen Litratentum sehr gleichgültig sein, das in Sozialismus macht, um einen interessanten Sport und interessante Stoffe zu finden, nicht aber jenen, die den Kampf wirklich zu führen haben.

Diese sogenannte friedliche Methode des Klassenkampfes, die sich auf die unmilitärischen Mittel, Parlamentarismus, Streiks, Demonstrationen, Presse und ähnliche Pressionsmittel beschränkt, hat in jedem Lande um so mehr Aussicht, beibehalten zu werden, je wirksamer dort die demokratischen Institutionen sind, je größer die politische und ökonomische Einsicht und die Selbstbeherrschung der Bevölkerung."

Aus diesen Gründen erwartete ich, daß die soziale Revolution des Proletariats ganz andere Formen annehmen werde, als die der Bourgeoisie, daß die proletarische Revolution im Gegensatz zur bürgerlichen mit den „friedlichen" Mitteln ökonomischer, gesetzgebender und moralischer Art und nicht mit den Mitteln physischer Gewalt überall dort ausgefochten würde, wo die Demokratie sich eingewurzelt hat. („Weg zur Macht", S. 53.)

Und das ist heute noch meine Meinung.

Natürlich hat jede Einrichtung nicht bloß Lichtseiten, auch an der Demokratie kann man Schattenseiten entdecken.

Wo das Proletariat rechtlos ist, vermag es wohl keine Massenorganisationen zu entwickeln, in normalen Zeiten nicht Massenkämpfe zu führen; da vermag nur eine Elite todesmutiger Kämpfer in dauernde Opposition gegen das herrschende Regime zu treten. Aber diese Elite wird tagtäglich auf die Notwendigkeit hingewiesen, ja förmlich auf sie draufgestoßen, dem gesamten System ein gründliches Ende zu bereiten. Unbeirrt durch kleine Ansprüche des politischen Alltags wird der Geist ausschließlich auf die größten Probleme hingelenkt und gelehrt, stets die gesamten sozialen und politischen Zusammenhänge in Betracht zu ziehen.

Nur eine kleine Schicht des Proletariats tritt da in den Kampf, aber sie ist erfüllt von höchstem theoretischen Interesse und von jener Begeisterung, die nur hohe Ziele erwecken.

Ganz anders wirkt die Demokratie auf den Proletarier, dem ja in der heutigen Produktionsweise nur wenige Stunden im Tage zu freier Verwendung zu Gebote stehen. Die Demokratie entwickelt Massenorganisationen mit massenhafter Verwaltungsarbeit; sie ruft die Staatsbürger auf zur Diskutierung und Erledigung zahlreicher Fragen des Alltags, oft der kleinlichsten Art. Immer mehr wird die

ganze freie Zeit des Proletariers von der „Kleinarbeit" in Anspruch genommen, beschäftigen ihn immer mehr kleine Augenblickserfolge. Im engen Kreise aber verengert sich der Sinn. Verständnislosigkeit für die Theorie, ja schließlich deren Mißachtung, Opportunismus an Stelle großer Grundsätze nehmen da immer mehr überhand. Konnten daher Marx und Engels den theoretischen Sinn der deutschen Arbeiter gegenüber denen Westeuropas und Amerikas preisen, so würden sie heute die gleiche Ueberlegenheit an theoretischem Interesse bei den russischen Arbeitern gegenüber den deutschen finden.

Und dennoch kämpfen überall die klassenbewußten Proletarier und ihre Vertreter für die Erringung der Demokratie, haben viele von ihnen ihr Herzblut dafür geopfert.

Sie wissen eben, ohne die Demokratie geht es nicht. Die erhebenden Wirkungen des Kampfes gegen den Despotismus bleiben auf eine Elite beschränkt, ergreifen nicht die ganze Masse. Auf der anderen Seite aber darf man die verphilisternden Wirkungen der Demokratie auf den Proletarier nicht übertreiben. Einmal sind sie eine Folge des Mangels an freier Zeit, unter dem das Proletariat leidet, nicht der Demokratie an sich. Es wäre ja sonderbar, wenn der Besitz der Freiheit den Menschen notwendig kleinlicher und beschränkter machen müßte als die Unfreiheit. Je mehr die Demokratie dahin wirkt, daß die Arbeitszeit verkürzt wird, desto größer der Betrag an freier Zeit, über die der Arbeiter verfügt, desto mehr vermag er von ihr neben der unerläßlichen Kleinarbeit der Beschäftigung mit größeren umfassenderen Problemen zu widmen.

Und die Anregung dazu bleibt nicht aus. Denn was immer die Demokratie leisten kann, die Gegensätze, die aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringen, vermag sie allein nicht zu bewältigen, solange sie diese Produktionsweise nicht überwindet. Im Gegenteil, die Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft wachsen, erzeugen immer wieder große Konflikte, stellen die Proletarier immer wieder vor große Probleme, die ihren Geist über den Alltag erheben. In der Demokratie bleibt diese Erhebung aber dann nicht mehr die bloße Erhebung einer Elite, sondern sie wird zu einer Erhebung der Volksmasse selbst, die sich gleichzeitig in alltäglicher Praxis zur Selbstverwaltung geschult hat.

In der Demokratie denkt und spricht das Proletariat nicht ununterbrochen bloß von der Revolution, wie unter dem Despotismus. Es kann Jahre, ja ganze Jahrzehnte lang in bloßer Kleinarbeit aufgehen, doch schließlich müssen überall immer wieder Situationen auftreten, die revolutionäres Denken und Streben in ihm entzünden.

Wo das aber in einer Demokratie Aktionen hervorruft, da ist die Wahrscheinlichkeit weit größer als in einer Despotie, daß es nicht vorzeitig geschieht, nicht im vergeblichen Ansturm, und daß der Sieg, wenn er einmal errungen wird, nicht wieder verlorengeht, sondern erfolgreich behauptet wird. Und das ist schließlich wichtiger als die bloße nerverkitzelnde Sensation eines neuen Revolutionsdramas.

5. Die Diktatur.

Die Demokratie bildet die unerläßliche Grundlage für den Aufbau einer sozialistischen Produktionsweise. Und nur unter den Wirkungen der Demokratie erlangt das Proletariat jene Reife, derer

es bedarf, um den Sozialismus durchführen zu können. Die Demokratie endlich bietet den sichersten Gradmesser für seine Reife. Zwischen beiden Stadien, der Vorbereitung für den Sozialismus und dem durchgeführten Sozialismus, die beide der Demokratie bedürfen, steht jedoch ein drittes Stadium, steht das des Ueberganges, nachdem das Proletariat die politische Macht erobert, den Sozialismus aber ökonomisch noch nicht durchgeführt hat. In diesem Zwischenstadium soll die Demokratie nicht nur nicht notwendig, sondern schädlich sein.

Diese Auffassung ist nicht neu. Wir haben sie schon als die Weitlings kennengelernt. Aber sie stützt sich auf ein Wort von Karl Marx. In seinem Brief zur Kritik des Gothaer Parteiprogramms, die er im Mai 1875 schrieb, (abgedruckt in der „Neuen Zeit", IX. I., S. 502 ff.) heißt es (S. 573):

> „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die *revolutionäre Diktatur des Proletariats.*"

Marx hat es leider unterlassen, näher anzuführen, wie er sich diese Diktatur vorstellt. Buchstäblich genommen bedeutet das Wort die Aufhebung der Demokratie. Aber freilich buchstäblich genommen bedeutet es auch die Alleinherrschaft eines einzelnen, der an keinerlei Gesetze gebunden ist. Eine Alleinherrschaft, die sich von einem Despotismus dadurch unterscheidet, daß sie nicht als ständige Staatseinrichtung, sondern als eine vorübergehende Notstandsmaßregel gedacht ist.

Der Ausdruck „Diktatur des Proletariats", also Diktatur nicht eines einzelnen, sondern einer Klasse, schließt bereits aus, daß Marx hiebei an eine Diktatur im buchstäblichen Sinne des Ausdrucks gedacht hat.

Er sprach hier nicht von einer *Regierungsform*, sondern einem *Zustande*, der notwendigerweise überall eintreten müsse, wo das Proletariat die politische Macht erobert hat. Daß er hier keine Regierungsform im Auge hatte, wird schon dadurch bezeugt, daß er der Ansicht war, in England und Amerika könne sich der Uebergang friedlich, also auf demokratischem Wege vollziehen.

Wohl sichert die Demokratie noch nicht den friedlichen Uebergang. Sicher aber ist dieser ohne Demokratie nicht möglich.

Doch um zu erfahren, was Marx über die Diktatur des Proletariats dachte, dazu brauchen wir gar kein Rätselraten. Wenn Marx 1875 nicht mehr ausführte, was er unter der Diktatur des Proletariats verstehe, so geschah es wohl deshalb, weil er sich wenige Jahre vorher in seiner Schrift über den „Bürgerkrieg in Frankreich" (1871) darüber geäußert hatte. Dort erklärte er:

> „Die Kommune war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte."

Also die Pariser Kommune war, wie das Engels in seiner Einleitung zur dritten Auflage der Marxschen Schrift ausdrücklich feststellt, „die Diktatur des Proletariats".

Sie war aber gleichzeitig nicht die Aufhebung der Demokratie, sondern beruhte auf ihrer weitestgehenden Anwendung auf der Grund-

lage des allgemeinen Stimmrechts. Die Regierungsgewalt sollte dem allgemeinen Stimmrecht unterworfen werden.

„Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten .... Das allgemeine Stimmrecht sollte dem in Kommunen konstituierten Volke dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter 2c. auszusuchen u. s. w." (S. 46, 47.)

Immer wieder spricht hier Marx vom allgemeinen Stimmrecht des gesamten Volkes, nicht vom Wahlrecht einer besonderen privilegierten Klasse. Die Diktatur des Proletariats war ihm ein Zustand, der bei überwiegendem Proletariat aus der reinen Demokratie notwendig hervorgeht.

Auf Marx dürfen sich also diejenigen nicht berufen, die für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie eintreten. Natürlich ist damit noch nicht bewiesen, daß sie unrecht haben. Nur müssen sie sich nach anderen Beweisgründen umsehen.

Bei Untersuchung der Frage muß man sich hüten, die Diktatur als Zustand mit der Diktatur als Regierungsform zu verwechseln. Nur das Anstreben der letzteren ist eine strittige Frage in unseren Reihen. Die Diktatur als Regierungsform ist gleichbedeutend mit der Entrechtung der Opposition. Ihr wird das Wahlrecht genommen, die Preß- und Vereinsfreiheit. Die Frage ist die, ob das siegreiche Proletariat dieser Maßregeln bedarf, ob mit ihrer Hilfe am besten oder gar nur durch sie der Sozialismus erreichbar ist.

Da ist zunächst zu bemerken, daß wir, wenn wir von der Diktatur als Regierungsform sprechen, nicht von der Diktatur einer Klasse sprechen können. Denn eine Klasse kann, wie wir schon bemerkten, nur herrschen, nicht regieren. Will man unter der Diktatur also nicht einen bloßen Zustand der Herrschaft verstehen, sondern eine bestimmte Regierungsform, dann darf man nur von der Diktatur entweder eines einzelnen oder einer Organisation sprechen, also nicht vom Proletariat, sondern von einer proletarischen Partei. Da kompliziert sich aber sofort das Problem, sobald das Proletariat selbst in verschiedene Parteien zerfällt. Die Diktatur einer dieser Parteien ist dann keineswegs mehr die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur eines Teils des Proletariats über einen anderen Teil. Die Situation kompliziert sich noch mehr, wenn die sozialistischen Parteien gespalten sind, wegen ihrer Spaltung gegenüber nichtproletarischen Schichten, wenn etwa die eine Partei ans Ruder kommt durch ein Bündnis zwischen städtischen Proletariern und Bauern. Dann wird die Diktatur des Proletariats nicht bloß zu einer Diktatur von Proletariern über Proletarier, sondern auch von Proletariern und Bauern über Proletarier Die Diktatur des Preletariats nimmt da recht sonderbare Formen an.

Aus welchen Gründen soll nun die Herrschaft des Proletariats eine Form annehmen und annehmen müssen, die unvereinbar ist mit der Demokratie? Wer sich auf das Marx'sche Wort von der Diktatur des Proletariats beruft, darf nicht vergessen, daß dabei nicht von einem Zustand die Rede ist, der unter besonderen Umständen eintreten kann, sondern von einem, der unter allen Umständen eintreten muß.

Nun darf man wohl annehmen, daß das Proletariat in der Regel nur dort zur Herrschaft kommen wird, wo es die Mehrheit der

Bevölkerung darstellt oder doch wenigstens hinter sich hat. Die Waffe des Proletariats in seinen politischen Kämpfen ist neben seiner ökonomischen Unentbehrlichkeit seine Massenhaftigkeit. Nur dort, wo es die Massen, die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, darf es erwarten, über die Machtmittel der herrschenden Klassen zu obsiegen. Das nahmen auch Marx und Engels an. Darum erklärten sie im Kommunistischen Manifest:

„Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten, aber im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl."

Das traf auch zu für die Pariser Kommune. Die erste Sache des neuen revolutionären Regimes war die Befragung des allgemeinen Stimmrechtes. Die Wahl, in größter Freiheit vorgenommen, ergab fast in allen Bezirken von Paris starke Majoritäten für die Kommune. Es wurden 65 Revolutionäre gewählt, gegen 21 Oppositionelle, davon 15 direkte Reaktionäre und 6 radikale Republikaner gambettistischer Art. Unter den 65 Revolutionären waren alle damaligen Richtungen des französischen Sozialismus vertreten. So sehr sie sich bekämpften, sie übten keine Diktatur gegeneinander aus.

Ein Regime, das so sehr in den Massen wurzelt, hat nicht die mindeste Veranlassung, die Demokratie anzutasten. Es wird sich nicht immer von Gewalttätigkeiten freihalten können, in Fällen, wenn Gewaltat geübt wird, um die Demokratie zu unterdrücken. Der Gewalt kann man nur mit Gewalt begegnen.

Aber ein Regime, das die Massen hinter sich weiß, wird die Gewalt nur anwenden, um die Demokratie zu *schützen*, und nicht, um sie *aufzuheben*. Es würde geradezu Selbstmord üben, wollte es seine sicherste Grundlage beseitigen, das allgemeine Stimmrecht, eine starke Quelle gewaltiger moralischer Autorität.

Die Diktatur als Aufhebung der Demokratie konnte also nur in Ausnahmefällen in Frage kommen, wenn ein außerordentliches Zusammentreffen günstiger Umstände es einer proletarischen Partei gestattet, die politische Macht an sich zu reißen, obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung nicht für sich oder gar entschieden gegen sich hat.

In einem Volke, das seit Jahrzehnten politisch geschult ist und in dem Parteien feste Gestalt angenommen haben, ist ein derartiger Zufallssieg schwer möglich. Er allein deutet schon auf recht rückständige Verhältnisse hin. Wenn sich in einem solchen Falle das allgemeine Stimmrecht gegen die sozialistische Regierung ausspricht: soll diese nun das tun, was wir bisher von jeder Regierung verlangt haben, sich dem Ausspruch des Volkes beugen, mit dem festen Willen, auf der Grundlage der Demokratie den Kampf um die Staatsmacht weiterzuführen, oder soll sie, um sich zu behaupten, die Demokratie umstoßen?

Wodurch kann eine Diktatur sich gegen den Willen der Volksmehrheit am Ruder erhalten?

Zwei Wege kommen für sie in Betracht: der des *Jesuitismus* oder der des *Bonapartismus*.

Wir haben schon auf den Jesuitenstaat in Paraguay hingewiesen. Das Mittel, wodurch die Jesuiten dort ihre Diktatur behaupteten, war ihre kolossale geistige Ueberlegenheit über die von ihnen organisierten Ureinwohner, die ohne sie völlig hilflos waren.

Kann in einem europäischen Staat eine sozialistische Partei eine derartige Ueberlegenheit erlangen? Das ist völlig ausgeschlossen. Wohl wächst das Proletariat geistig in seinem Klassenkampf über die anderen arbeitenden Klassen, Kleinbürger und Kleinbauern empor, aber nicht ohne daß auch diese gleichzeitig an politischem Interesse und Verständnis zunehmen. Der Abstand zwischen diesen verschiedenen Klassen wird nie ein überwältigender.

Neben den Klassen der Handarbeit wächst aber auch eine Schicht von Intellektuellen, die immer zahlreicher wird, immer unentbehrlicher für den Produktionsprozeß, deren Beruf in der Erwerbung von Wissen, in der Uebung und Entwicklung von Intelligenz besteht.

Diese Schicht nimmt eine Mittelstellung zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse ein, sie ist nicht direkt am Kapitalismus interessiert, steht jedoch dem Proletariat mißtrauisch gegenüber, so lange sie es nicht für reif hält, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Selbst solche Mitglieder der gebildeten Klassen, die für die Befreiung des Proletariats aufs wärmste eintreten, wie zum Beispiel die utopischen Sozialisten, verhalten sich in den Anfängen des Klassenkampfes ablehnend zur Arbeiterbewegung. Das ändert sich erst, wenn das Proletariat in seinem Kampfe wachsende Reife bekundet. Das Zutrauen, das die für den Sozialismus eintretenden Intellektuellen zum Proletariat gewinnen, ist nicht zu verwechseln mit dem Zutrauen, das seit dem 4. August 1914 die Liberalen und Zentrumsleute, ja die Regierungen selbst in Deutschland zu den Regierungssozialisten gewonnen haben. Das Vertrauen ersterer Art entspringt der Ueberzeugung, daß das Proletariat die Kraft und Fähigkeit erlangt habe, sich selbst zu befreien. Das Vertrauen der zweiten Art kam auf mit der Ueberzeugung, die betreffenden Sozialisten nähmen den Befreiungskampf des Proletariats nicht mehr ernst.

Ganz ohne oder gar gegen die Intellektuellen ist eine sozialistische Produktion nicht einzurichten. Unter Verhältnissen, in denen die Mehrheit der Bevölkerung einer proletarischen Partei mißtrauisch oder ablehnend gegenübersteht, wird das gleiche erst recht von der Masse der Intellektuellen gelten. Da wird die siegreiche proletarische Partei dem Rest der Bevölkerung nicht nur nicht intellektuell weit überlegen sein, sie wird darin sogar hinter ihren Gegnern zurückstehen, auch wenn in sozialen Dingen im allgemeinen ihr theoretischer Standpunkt ein höherer sein sollte.

Der Weg von Paraguay ist also in Europa nicht gangbar. So bleibt nur der andere Weg übrig, den Napoleon I. am 18. Brumaire 1799 und sein Neffe, der dritte Napoleon am 2. Dezember 1852 einschlugen: der des Regierens mit Hilfe der Ueberlegenheit einer zentralisierten Organisation über die unorganisierte Volksmasse und der Ueberlegenheit militärischer Gewalt, die daher rührt, daß der bewaffneten Macht der Regierung entweder nur eine waffenlose oder eine des Kampfes der Waffen müde Volksmasse gegenübersteht.

Kann auf dieser Grundlage eine sozialistische Produktionsweise aufgebaut werden? Diese Produktionsweise bedeutet die Organisierung der Produktion durch die Gesellschaft. Sie erheischt die ökonomische Selbstverwaltung durch die ganze Volksmasse. Staatliche Organisierung der Produktion durch eine Bürokratie oder durch die Diktatur einer einzelnen Volksschicht bedeutet nicht Sozialismus. Er bedarf organisatorischer Schulung breiter Volksmassen, setzt zahlreiche freie

Organisationen ökonomischer wie politischer Art voraus und bedarf vollster Organisationsfreiheit. Die sozialistische Organisation der Arbeit soll keine Kasernenorganisation sein.

Die Diktatur einer Minderheit, die dem Volke vollste Organisationsfreiheit gewähren wollte, würde damit ihre eigene Macht untergraben. Suchte sie sich dagegen zu behaupten durch Unterbindung dieser Freiheit, dann hemmte sie die Entwicklung zum Sozialismus, statt sie zu fördern.

Ihre kraftvollste Stütze findet die Diktatur einer Minderheit stets in einer ergebenen Armee. Aber je mehr sie die Gewalt der Waffen an Stelle der Majorität setzt, desto mehr drängt sie auch jede Opposition dahin, ihr Heil im Appell an die Bajonette und Fäuste zu suchen, statt im Apell an die Wahlstimmen, der ihr versagt ist; dann wird der **Bürgerkrieg** die Form der Austragung politischer und sozialer Gegensätze. Wo nicht vollständige politische und soziale Apathie oder Mutlosigkeit herrscht, wird die Diktatur einer Minderheit stets von gewaltsamen Putschen oder einem ständigen Guerillakrieg bedroht, die leicht zu langwierigen bewaffneten Erhebungen größerer Massen anwachsen, deren Bekämpfung alle militärischen Kräfte der Diktatur in Anspruch nimmt. Diese kommt dann aus dem Bürgerkrieg nicht mehr heraus, ist in steter Gefahr, durch ihn gestürzt zu werden.

Für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft gibt es aber kein größeres Hindernis wie den inneren Krieg. In dem heutigen Stadium weitgehender geographischer Arbeitsteilung ist der industrielle Großbetrieb überall auf das stärkste abhängig von der Sicherheit des Verkehrs sowie von der Sicherheit der Verträge. Schon ein äußerer Krieg würde den sozialistischen Aufbau aufs äußerste stören, selbst dann, wenn der Feind nicht ins Land eindränge. Mit Recht haben die russischen Sozialisten aller Richtungen in der jetzigen russischen Revolution die Notwendigkeit des Friedens für den gesellschaftlichen Wiederaufbau betont. Noch weit verderblicher für die gesellschaftliche Wirtschaft als ein äußerer Krieg wird ein Bürgerkrieg, der sich notwendigerweise im Innern des Landes abspielt und der es ebenso verwüstet und lahmlegt wie eine feindliche Invasion, der dabei jedoch viel grausamer ist.

Im Kampf der Staaten gegeneinander handelt es sich in der Regel nur um einen Gewinn oder eine Einbuße von Macht der einen oder der anderen Regierung, nicht gleich um deren ganze Existenz. Nach dem Krieg aber wollen und sollen die verschiedenen kriegführenden Regierungen und Völker in Frieden, wenn auch nicht immer in Freundschaft leben.

Ganz anders stehen die Parteien im Bürgerkrieg zueinander. Die führen nicht den Krieg, um der Gegenseite einige Konzessionen zu entreißen, und dann mit ihr in Frieden zu leben. Und im Bürgerkrieg geht es auch nicht so zu wie in der Demokratie, in der die Minderheiten geschützt sind, so daß jede Partei, die in die Minderheit gerät und auf die Regierung verzichten muß, damit keineswegs auf ihre politische Tätigkeit verzichtet oder diese auch nur einzuschränken braucht; und in der jeder Partei, die in die Minderheit gerät, stets das Recht bleibt, nach der Mehrheit zu trachten und sich dadurch der Regierung zu bemächtigen.

Im Bürgerkrieg kämpft jede Partei um ihre Existenz, droht dem Unterliegenden völlige Vernichtung. Dieses Bewußtsein macht Bürgerkriege leicht so grausam. Namentlich eine Minderheit, die sich nur durch militärische Macht am Ruder erhält, neigt dazu, ihre Gegner in blutigster Weise niederzuhalten und sie in wilder Schlächterei zu dezimieren, wenn sie in einem Aufstande bedroht wurde und es ihr gelang, ihn niederzuschlagen. Die Pariser Junitage von 1848 und die blutige Maiwoche von 1871 haben das mit furchtbarer Deutlichkeit gezeigt.

Ein System chronischen Bürgerkrieges ebenso wie seine Alternative unter der Diktatur, die völlige Apathie und Mutlosigkeit der Massen macht den Aufbau eines sozialistischen Produktionssystems so gut wie unmöglich. Und da sollte die Diktatur einer Minderheit, die den Bürgerkrieg oder die Apathie naturnotwendig erzeugt, das souveräne Mittel sein, den Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu bewirken!

Mancher verwechselt den Bürgerkrieg mit der sozialen Revolution, hält ihn für deren Form und ist geneigt, die im Bürgerkrieg unvermeidlichen Gewalttätigkeiten damit zu entschuldigen, daß ohne solche eine Revolution nicht möglich sei. Es sei immer so gewesen in jeder Revolution und werde immer so sein.

Indes gerade wir Sozialdemokraten sind nicht der Meinung, daß das, was immer so gewesen ist, nun auch immer so sein müsse. Unsere Bilder von der Revolution haben wir uns geformt nach den Beispielen der bisherigen *bürgerlichen* Revolutionen. Die *proletarische* Revolution wird sich unter ganz anderen Bedingungen vollziehen als jene.

Die bürgerlichen Revolutionen brachen aus in Staaten, in denen ein Despotismus, gestützt auf ein vom Volke getrenntes Heer, alle freien Regungen unterdrückte, wo es keine Freiheit der Presse, der Versammlungen, der Vereine, kein allgemeines Wahlrecht gab, wahrhafte Volksvertretungen nicht bestanden. Da nahm der Kampf gegen die Regierung notwendig die Form des Bürgerkrieges an. Das heutige Proletariat wird, wenigstens in Westeuropa zur politischen Macht kommen, in Staaten, in denen seit Jahrzehnten die Demokratie, wenn auch nicht die „reine", so doch ein gewisses Ausmaß von Demokratie tiefe Wurzeln gefaßt hat, auch das Militär nicht mehr so ganz wie ehedem vom Volke losgelöst ist. Es bleibt abzuwarten, wie sich unter diesen Bedingungen die Eroberung der politischen Macht des Proletariats vollzieht, das dort die Mehrheit des Volkes darstellt. Auf keinen Fall brauchen wir anzunehmen, daß sich in Westeuropa die Vorgänge der großen französischen Revolution wiederholen werden. Wenn das heutige Rußland soviel Aehnlichkeit mit dem Frankreich von 1793 aufweist, so beweist das nur, wie nahe es dem Stadium der bürgerlichen Revolution steht.

Man muß unterscheiden zwischen der *sozialen Revolution*, der *politischen Revolution* und dem *Bürgerkrieg*.

Die *soziale Revolution* ist eine tiefgehende Umwandlung des ganzen gesellschaftlichen Gebäudes, herbeigeführt durch die Begründung einer neuen Produktionsweise. Das ist ein langwieriger Prozeß, der jahrzehntelang andauern kann und für dessen Abschluß feste Grenzen nicht zu ziehen sind. Er wird um so mehr gelingen, je

friedlicher die Formen, in denen er sich vollzieht. Innerer wie äußerer Krieg sind seine Todfeinde. Eingeleitet wird eine soziale Revolution in der Regel durch eine p o l i t i s c h e Revolution, durch eine plötzliche Verschiebung der Machtverhältnisse der Klassen im Staate, wodurch eine bisher von der politischen Macht ausgeschlossene Klasse sich des Regierungsapparates bemächtigt. Die politische Revolution ist ein plötzlicher Akt, der sich sehr rasch vollziehen und zu seinem Abschluß gelangen kann. Seine Formen hängen von der Form des Staates ab, in dem er sich vollzieht. Je mehr die Demokratie herrscht, nicht bloß formal, sondern tatsächlich in der Kraft der arbeitenden Massen verankert, um so größer die Wahrscheinlichkeit, daß die politische Revolution eine friedliche sein wird. Je mehr sich dagegen das bisher herrschende System nicht auf die Mehrheit der Bevölkerung stützt, sondern eine Minderheit darstellt, die sich nur durch militärische Machtmittel am Ruder hält, um so größer die Wahrscheinlichkeit, daß die politische Revolution die Form eines Bürgerkrieges annimmt.

Doch auch in letzterem Falle haben die Verfechter der sozialen Revolution ein dringendes Interesse daran, daß der Bürgerkrieg nur eine vorübergehende, rasch sich abspielende Episode bleibt, daß er nur dazu dient, die Demokratie herbeizuführen und zu befestigen, und daß ihrem Wirken die soziale Revolution übergeben wird, das heißt, daß diese augenblicklich nicht weitergeht, als die Mehrheit der Volksmasse zu gehen geneigt ist, weil darüber hinaus die soziale Revolution, so wünschenswert die sofortige Realisierung ihrer Endziele für weitersehende Geister wäre, nicht die nötigen Bedingungen fände, Dauerndes zu schaffen.

Aber hat nicht die Schreckensherrschaft der Proletarier und Kleinbürger von Paris, also die Diktatur einer Minderheit, in der großen französischen Revolution ungeheure Wirkungen von höchster historischer Bedeutung hervorgerufen?

Sicher. Doch welcher Art waren sie? Jene Diktatur war ein Kind des Krieges, den die verbündeten Monarchen Europas gegen das revolutionäre Frankreich führten. Diesen Ansturm siegreich abgeschlagen zu haben, das war die historische Leistung der Schreckensherrschaft. Sie bewies damit wieder einmal deutlich die alte Wahrheit, daß die Diktatur besser imstande ist, Krieg zu führen als die Demokratie. Sie bewies aber keineswegs, daß die Diktatur die Methode des Proletariats ist, soziale Umgestaltungen in seinem Sinne durchzuführen und die politische Macht zu behaupten.

An Energie läßt sich die Schreckensherrschaft von 1793 nicht überbieten. Trotzdem gelang es den Pariser Proletariern nicht, sich dadurch an der Macht zu halten. Die Diktatur wurde eine Methode, durch die sich die verschiedenen Fraktionen der proletarischen und kleinbürgerlichen Politik untereinander bekämpften, und schließlich wurde sie die Methode, jeder proletarischen und kleinbürgerlichen Politik ein Ende zu machen.

Die Diktatur der unteren Schichten ebnet den Weg für die Diktatur des Säbels.

Wollte man nach dem Beispiel der bürgerlichen Revolutionen sagen, die Revolution sei gleichbedeutend mit Bürgerkrieg und Diktatur, dann müßte man auch die Konsequenz ziehen und sagen: die Revolution ende notwendigerweise in der Herrschaft eines Cromwell oder Napoleon.

Das ist aber keineswegs der notwendige Ausgang einer proletarischen Revolution, dort, wo das Proletariat die Mehrheit der Nation bildet und diese demokratisch organisiert ist. Und nur dort sind die Bedingungen sozialistischer Produktion gegeben.

Wir können unter der Diktatur des Proletariats nichts anderes verstehen, als seine Herrschaft auf der Grundlage der Demokratie.

6. Konstituante und Sowjet.

Der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur hat eine hoch aktuelle Bedeutung jetzt gewonnen in der russischen Revolution.

Die Sozialisten Rußlands traten in sie gespalten ein. Sie zerfielen in Sozialrevolutionäre und Marxisten. Die Sozialrevolutionäre waren in erster Linie Vertreter der Bauernschaft, die in Rußland im Gegensatz zum ganzen übrigen Europa noch ein revolutionärer Faktor war und daher mit dem sozialistischen Proletariat Hand in Hand gehen konnte. Ihnen gegenüber standen die Marxisten, die Vertreter des industriellen Proletariats. Sie verfielen wieder in zwei Richtungen, die Menschewiki, die annahmen, auf der gegebenen ökonomischen Grundlage Rußlands könne die Revolution nur eine bürgerliche sein, wenn sie nicht zusammenfalle mit einer europäischen sozialistischen Revolution, und die Bolschewiki, die stets an die Allmacht des Willens und der Gewalt glaubten und nun, ohne Rücksicht auf Rußlands Rückständigkeit, die Revolution sofort zu einer sozialistischen gestalten wollten.

Im Laufe der Revolution vertieften sich die Gegensätze. Die Menschewiki hielten es für ihre Aufgabe, bis eine konstituierende Nationalversammlung eine definitive Regierung gebildet habe, an einer provisorischen Koalitionsregierung teilzunehmen. Die Bolschewiki wollten noch vor dem Zusammentritt der Konstituante diese provisorische Regierung stürzen und durch ihre Parteiregierung ersetzen. Dazu kam ein tiefer Gegensatz in der Friedensfrage. Die Menschewiki wollten ebensosehr den sofortigen Frieden wie die Bolschewiki, sie wollten ihn beide auf der Basis von Zimmerwald — keine Annexionen und Kontributionen. Beide Richtungen waren in Zimmerwald gewesen und die Menschewiki hatten dort zur Mehrheit gehört. Aber die Menschewiki wollten den allgemeinen Frieden und sie wollten, daß alle Kriegführenden die Parole annehmen: Keine Annexionen und Kontributionen. Solange dies nicht erreicht sei, solle die russische Armee Gewehr bei Fuß schlagfertig bleiben. Die Bolschewiki dagegen forderten den sofortigen Frieden um jeden Preis, sie waren bereit, wenn es sein müsse, ihn als Sonderfrieden zu schließen, und sie suchten ihn zu erzwingen, indem sie die ohnehin schon große Desorganisation der Armee nach Kräften förderten.

Sie wurden unterstützt durch die allgemeine Kriegsmüdigkeit großer Massen im Heere wie im Volke, sowie durch die anscheinende Tatlosigkeit der provisorischen Regierung, die wohl an politischen und sozialen Reformen weit mehr leistete als irgendeine bürgerliche Regierung im gleichen Zeitraum, aber doch nicht soviel, als von einer revolutionären Regierung erwartet wurde. Die Wahl der Konstituante konnte nicht so rasch vollzogen werden, als gewünscht wurde. Zunächst war der alte Beamtenapparat zu erneuern, demokratische Stadt- und Landschaftsvertretungen mußten geschaffen werden. Auch begegnete

die Aufstellung der Wählerlisten in dem riesigen Reiche, dessen letzte Volkszählung 1897 stattgefunden hatte, ungeheuren Schwierigkeiten. So verschob sich die Erwählung der Konstituante immer wieder.

Vor allem aber wollte der Frieden nicht kommen. Welche Faktoren immer daran schuld sein mochten, die Staatsmänner der Entente verstanden es nicht, wie notwendig es damals für sie selbst war, ihre Bereitschaft für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu bekunden. Sie verfolgten eine Politik, durch die dem russischen Volke die Entente als das Hindernis des Friedens erschien und mit der Entente die mit ihr im Einvernehmen stehende provisorische Regierung. Das war ein Grund, warum ein Teil der Menschewiki, die Internationalisten, die Loslösung von der Entente forderte und der provisorischen Regierung oppositionell entgegentrat. Doch gingen sie nie so weit, wie die Bolschewiki. Diese letzteren gewannen unter solchen Umständen an Boden auf Kosten der Menschewiki und der provisorischen Regierung, und es gelang ihnen, diese im November des vorigen Jahres zu stürzen. Ihre propagandistische Kraft erwies sich als so groß, daß sie imstande waren, einen Teil der Sozialrevolutionäre auf ihre Seite zu ziehen. Die linken Sozialrevolutionäre gingen hinfort mit den Bolschewiki, in deren Regierung sie eintraten, die rechten sowie das Zentrum blieben auf seiten der Menschewiki.

Ihre Kraft zogen die Bolschewiki aus den großen Erwartungen, die sie rege machten. Sollten sie ihre Kraft bewahren, mußten sie diesen Erwartungen gerecht werden. War das möglich?

Die bolschewistische Revolution war aufgebaut auf der Voraussetzung, daß sie den Ausgangspunkt bilde zu einer allgemeinen europäischen Revolution; daß die kühne Initiative Rußlands die Proletarier ganz Europas aufrufe, sich zu erheben.

Unter diesen Voraussetzungen war es natürlich gleichgültig, welche Formen der russische Separatfriede annahm, welche Verstümmelungen und Lasten er dem russischen Volke auferlegte, welche Auslegung der Selbstbestimmung der Völker er brachte. Dann war es auch gleichgültig, ob Rußland wehrfähig war oder nicht. Die europäische Revolution bildete nach dieser Auffassung die beste Wehr der russischen Revolution, sie mußte allen Völkern auf bisher russischem Gebiet volle und wahre Selbstbestimmung bringen.

Eine Revolution in Europa, die dort den Sozialismus brachte und befestigte, mußte aber auch das Mittel werden, die Hindernisse zu beseitigen, die in Rußland der Durchführung sozialistischer Produktion durch die ökonomische Rückständigkeit des Landes bereitet wurden.

Das war alles sehr logisch gedacht und wohl begründet, sobald man die Voraussetzung zugab: daß die russische Revolution unfehlbar die europäische entfesseln müsse. Was aber dann, wenn es nicht dazu kam?

Die Voraussetzung ist bisher nicht eingetroffen. Und nun werden die Proletarier Europas angeklagt, daß sie die russische Revolution im Stiche gelassen und verraten hätten. Es ist eine Anklage gegen Unbekannte, denn wen will man verantwortlich machen für die Haltung des europäischen Proletariats?

Es ist ein alter marxistischer Grundsatz, daß Revolutionen sich nicht machen lassen können, daß sie aus den Verhältnissen entspringen. Die Verhältnisse Westeuropas sind aber so verschieden von denen

Rußlands, daß eine Revolution dort nicht auch schon notwendigerweise eine hier hervorrufen muß.

Als 1848 in Frankreich die Revolution ausbrach, sprang sie sofort auf das östlich davon gelegene Europa über. Sie machte jedoch halt an der russischen Grenze. Und umgekehrt, als 1905 in Rußland die Revolution ihre Fesseln brach, bewirkte das westlich davon einige stärkere Wahlrechtsbewegungen, jedoch nichts, was man als Revolution hätte bezeichnen können.

Doch dürfte man es den Bolschewiki nicht allzusehr verübeln, wenn sie eine europäische Revolution erwarteten. Auch andere Sozialisten taten desgleichen und sicher gehen wir Zuständen entgegen, die eine große Verschärfung der Klassenkämpfe bringen und eine Reihe von Ueberraschungen herbeiführen können. Und wenn die Bolschewiki bisher mit ihrer Erwartung der Revolution irrten, sind nicht auch ein Bebel, ein Engels, ein Marx manchmal einem gleichen Irrtum unterlegen? Das ist nicht zu leugnen. Aber diese haben nie eine Revolution für einen bestimmten Termin in Aussicht gestellt und nie ihre Taktik darauf eingerichtet, daß die Existenz der Partei, daß der Fortgang des proletarischen Klassenkampfes abhängig gemacht wurde vom Eintreten der Revolution, daß das Proletariat vor das Dilemma gestellt wurde: Revolution oder Bankrott.

Wie alle Politiker haben auch sie mitunter in ihren Erwartungen geirrt. Aber nie hat ein derartiger Irrtum es vermocht, sie auf eine falsche Bahn, in eine Sackgasse zu locken.

Unsere bolschewistischen Genossen hatten alles auf die eine Karte der allgemeinen europäischen Revolution gesetzt. Als diese Karte nicht herauskam, waren sie in eine Bahn gedrängt, die ihnen unlösbare Aufgaben stellte. Sie sollten Rußland verteidigen ohne Armee gegen mächtige und rücksichtslose Feinde. Sie sollten ein Regime des Wohlstandes für alle begründen in einem Zustand allgemeiner Auflösung und Verarmung. Je weniger die materiellen und intellektuellen Bedingungen vorhanden waren für alles, was sie anstrebten, desto mehr mußten sie sich gedrängt fühlen, das Fehlende zu ersetzen durch den Zwang nackter Gewalt, durch die Diktatur. Sie mußten das um so mehr, je mehr in den Volksmassen die Opposition gegen sie wuchs. So wurde es unvermeidlich, daß sie die Diktatur an Stelle der Demokratie setzten.

Wenn die Bolschewiki sich getäuscht hatten in ihrer Erwartung, sie brauchten bloß an die Regierung zu kommen, um die europäische Revolution zu entfesseln, so nicht minder in der Erwartung, sie brauchten bloß das Staatsruder zu ergreifen und die Mehrheit der Bevölkerung würde sich jubelnd um sie scharen. Wohl hatten sie als Opposition unter den durch die Lage Rußlands gegebenen Bedingungen eine große propagandistische Kraft entwickelt, wie wir schon bemerkten. Zu Beginn der Revolution noch ein kleines Häuflein, waren sie schließlich so stark geworden, daß sie die Staatsmacht an sich rissen. Aber hatten sie die Masse der Bevölkerung hinter sich?

Das sollte die Konstituante zeigen, die auch die Bolschewiki, wie die anderen Revolutionäre verlangt, ja eine Zeitlang ungestüm gefordert hatten; die Konstituante, die nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht zu erwählen war.

Unmittelbar nach der Eroberung der Regierung durch die Bolschewiki wurde das neue Regime bestätigt durch den zweiten all-

russischen Kongreß der Sowjets. Allerdings unter dem Widerspruch einer starken Minderheit ,die den Kongreß protestierend verließ. Aber auch die Mehrheit lehnte noch nicht den Gedanken der Konstituante ab. Der die Sowjetregierung bestätigende Beschluß begann mit den Worten: „Zur Regierung des Landes ist bis zur Einberufung der konstituierenden Versammlung eine provisorische Arbeiter- und Bauernregierung zu bilden, die der »Rat der Volkskommissäre« genannt wird".

Hier wurde also noch die konstituierende Versammlung als über dem Rat der Volkskommissäre stehende Instanz anerkannt.

Am 3. November wurde von der Regierung die Stadtduma von Petrograd aufgelöst mit der Begründung, sie stehe im Widerspruch zu den Anschauungen der Bevölkerung, die sich in der Revolution vom 7. November und „bei den Wahlen zur Konstituante" offenbarten. Die Neuwahlen wurden auf Grund des bestehenden allgemeinen Stimmrechts ausgeschrieben. Bald jedoch fand man ein Haar in den Wahlen zur Konstituante. Am 7. Dezember veröffentlichte das allrussische Exekutivkomitee der Sowjets einen Beschluß, in dem es sagte:

> „Wie auch immer die Wahleinrichtung einer aus gewählten Vertretern bestehenden Körperschaft geartet sein mag, als wahrhaft demokratisch und als tatsächlich den Willen des Volkes darstellend kann diese nur angesehen werden, wenn das Einspruchsrecht der Wähler gegen ihre Abgeordneten anerkannt und angewendet wird. Dieser Grundsatz der wahrhaften Demokratie gilt, wie für alle Repräsentativkörperschaften, so auch für die konstituierende Versammlung .... Der Kongreß der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, der auf paritätischer Grundlage einberufen ist, hat das Recht für alle städtischen, landschaftlichen und sonstigen Vertretungskörper, die konstituierende Versammlung nicht ausgeschlossen, eine Neuwahl anzuberaumen. Auf Verlangen von mehr als der Hälfte der Wähler des betreffenden Wahlbezirkes müssen die Räte eine Neuwahl anberaumen."

Die Forderung, daß die Mehrheit der Wähler jederzeit einen Abgeordneten abberufen kann, der mit ihren Anschauungen nicht mehr im Einklang steht, entspricht vollkommen den Grundsätzen der Demokratie.. Dagegen ist es von diesem Standpunkt aus nicht zu erklären, wieso die Sowjets dazu kommen sollen, Neuwahlen anzuordnen. Indes weiter ging man der konstituierenden Versammlung gegenüber damals noch nicht. Man tastete weder die Einrichtung der Versammlung selbst, noch das Wahlrecht dazu an.

Doch trat es immer deutlicher hervor, daß die Wahlen den Bolschewiki nicht die Mehrheit gegeben hatten. Daher veröffentlichte die „Prawda" vom 26. Dezember 1917 eine Reihe von Thesen über die Konstituante, die Lenin entworfen und das Zentralkomitee angenommen hatte. Besonders wichtig unter ihnen sind zwei. Die eine erklärte, die Wahlen hätten kurz nach dem Sieg der Bolschewiki stattgefunden, ehe noch die Sozialrevolutionäre sich spalteten. Die linken und die rechten Sozialrevolutionäre hätten daher eine gemeinsame Kandidatenliste gehabt. Also ergäben die Wahlen kein klares Bild von der wirklichen Stimmung der Massen.

Wer dieser Ansicht war, für den ergab sich angesichts des oben zitierten Erlasses vom 7. Dezember die Konsequenz: Anberaumung von Neuwahlen zur Konstituante in den Wahlkreisen, in denen Sozial-

revolutionäre gewählt waren. Zu welchem Zweck hätte man sonst jenen Beschluß gefaßt? Doch am 26. Dezember war er schon vergessen. Und plötzlich ertönt jetzt ein ganz anderes Lied in dem andern der beiden Leninschen Sätze, die uns hier beschäftigen. Nachdem er uns gezeigt, daß die eben gewählte Konstituante nichts tauge, weil sie die wahre Stimmung der gesamten Volksmasse nicht zum Ausdruck bringe, erklärt er, daß überhaupt jede nach allgemeinem Stimmrecht, also von den Massen gewählte Konstituante nichts tauge:

> „Die Republik der Sowjets stellt nicht nur eine höhere Form der demokratischen Einrichtungen dar (im Vergleich mit der bürgerlichen Republik und der Konstituante als ihrer Krönung), sie ist auch die einzige Form, die den schmerzlosesten Uebergang zum Sozialismus ermöglicht."

Nur schade, daß man zu dieser Erkenntnis erst kam, nachdem man in der Konstituante in der Minderheit geblieben war. Ehedem hatte sie niemand stürmischer verlangt als Lenin.

Der Konflikt mit der Konstituante wurde nun unvermeidlich. Er endete mit einem Sieg der Sowjets, deren Diktatur als dauernde Regierungsform Rußlands proklamiert wurde.

7. Die Sowjetrepublik.

Die Sowjetorganisation ist ein Produkt der russischen Revolution von 1905. Das Proletariat trat damals in Massenaktionen ein, für die es einer Massenorganisation bedurfte. Die geheimen Organisationen der Sozialdemokraten wie der Sozialrevolutionäre hatten nur Hunderte von Mitgliedern umfaßt, die einige Tausende von Arbeitern beeinflußten. Politische und gewerkschaftliche Massenorganisationen hatten sich unter dem zaristischen Absolutismus nicht bilden können. Die einzigen Massenorganisationen von Arbeitern, die die Revolution vorfand, waren die vom Kapital selbst geschaffenen: die einzelnen Betriebe. Sie wurden jetzt die Organisationen des proletarischen Massenkampfes. Jeder Betrieb verwandelte sich nun aus einer Stätte materieller Produktion in eine Stätte politischer Propaganda und Aktion. Die Arbeiter eines jeden Betriebes traten zusammen und wählten Delegierte, die sich zu einem Delegiertenrat, einem Sowjet, vereinigten. Es waren die Menschewiki, die den Anstoß zu dieser so bedeutungsvollen Bewegung gaben. So wurde eine Form proletarischer Organisation geschaffen, die umfassendste von allen, weil sie alle Lohnarbeiter in sich begriff. Sie hat machtvolle Aktionen ermöglicht und im Bewußtsein der Arbeiter tiefen Eindruck gemacht. Als die zweite russische Revolution im März 1917 ausbrach, erstand auch sofort wieder die Sowjetorganisation. Und diesmal, der seit der ersten Revolution gewachsenen Reife des Proletariats entsprechend, auf höherer Grundlage. Die Sowjets von 1905 waren lokale Körperschaften geblieben, auf einzelne Städte beschränkt. Die von 1917 waren nicht nur weit zahlreicher, sie traten auch in enge Verbindung miteinander, die einzelnen Sowjets vereinigten sich zu größeren Verbänden, die wieder sich zusammenfanden zu einer das ganze Reich umfassenden Organisation, deren Organ zeitweise allrussische Sowjetkongresse wurden, sowie ein dauerndes zentrales Exekutivkomitee.

Heute schon kann die Sowjetorganisation auf eine große und ruhmvolle Geschichte zurückblicken. Und eine noch gewaltigere steht

ihr bevor, und zwar nicht in Rußland allein. Ueberall stellt es sich heraus, daß gegenüber den riesenhaften Kräften, über die das Finanzkapital ökonomisch und politisch verfügt, die bisherigen Methoden ökonomischen und politischen Kampfes des Proletariats versagen. Sie sind nicht aufzugeben, sie bleiben unerläßlich für normale Zeiten, werden aber zeitweise vor Aufgaben gestellt, denen sie nicht genügen können, wo nur eine Zusammenfassung aller politischen und ökonomischen Machtmittel der Arbeiterklasse Erfolg verspricht.

Die russische Revolution von 1905 hatte in der deutschen Sozialdemokratie die Idee des Massenstreiks zum Durchbruch gebracht. Der Parteitag von 1905 erkannte ihn an. Der von 1906 suchte dann Empfindlichkeiten und Befürchtungen der Gewerkschaftsbeamten aus dem Wege zu räumen. Er beschloß über den Massenstreik:

> „Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen."

Nach allen Erfahrungen mit dem Massenstreik wissen wir heute, daß dieser Beschluß gründlich verfehlt war. Einmal deshalb, weil ein Massenstreik um so mehr Erfolg verspricht, je mehr er unerwartet aus einer bestimmten Situation mit spontaner Plötzlichkeit hervorbricht. Seine Anordnung durch Partei- und Gewerkschaftsbehörden nach vorhergehender Verständigung macht umständliche Vorbereitungen nötig, die jeden Erfolg vereiteln können.

Dazu kommt noch, daß die gewerkschaftliche Bürokratie immer mehr allen großen spontanen Aktionen widerstrebt. Die Gewerkschaften bleiben unbedingt notwendig. Das Proletariat ist um so stärker, je größer die Mitgliederzahlen und die Geldmittel seiner Gewerkschaften. Ausgedehnte, dauernde Organisationen mit vielen Mitteln sind aber nicht möglich, ohne eine dauernde geschulte Verwaltung, also eine Bürokratie. Die Gewerkschaftsbürokratie ist ebenso unentbehrlich wie die Gewerkschaften selbst. Sie hat ihre Schattenseiten ebenso wie der Parlamentarismus oder die Demokratie, bleibt aber ebenso unerläßlich wie diese für die Befreiung des Proletariats.

Damit ist jedoch nicht gesagt, daß alle ihre Ansprüche anzuerkennen sind. Sie soll auf das beschränkt werden, was ihre erste Aufgabe und wobei sie nicht zu ersetzen ist, auf die Verwaltung der gewerkschaftlichen Fonds, auf die Arbeit für Ausdehnung der Organisation, auf die Beratung der Arbeiter bei ihren Kämpfen. Aber sie taugt nicht für die Leitung jener gewaltigen Massenkämpfe, die immer mehr die Signatur der Zeit werden. Gewerkschafter wie Parlamentarier können hier vermöge ihrer Erfahrungen und ihres Wissens erfolgreich wirken, die eigentliche Leitung wird immer mehr den Betriebsvertretungen, den Arbeiterräten zufallen. In verschiedenen Ländern außerhalb Rußlands, so in England, haben solche Einrichtungen (shops assistants oder shops stewards) neben den Gewerkschaften schon eine große Rolle in Massenkämpfen gespielt.

Die Sowjetorganisation ist also eine der wichtigsten Erscheinungen unserer Zeit. Sie verspricht in den großen Entscheidungskämpfen zwischen Kapital und Arbeit, denen wir entgegengehen, von ausschlaggebender Bedeutung zu werden.

Dürfen wir aber von den Sowjets noch mehr verlangen? Die Bolschewiki, die mit den linken Sozialrevolutionären in den russischen Arbeiterräten nach der Novemberrevolution von 1917 die Mehrheit erlangten, gingen nach der Sprengung der Konstituante daran, aus dem Sowjet, der bis dahin die Kampforganisation einer Klasse gewesen war, die Staatsorganisation zu machen. Sie hoben die Demokratie auf, die das russische Volk in der Märzrevolution erobert hatte. Dementsprechend hörten die Bolschewiki auf, sich Sozialdemokraten zu nennen. Sie bezeichnen sich als Kommunisten.

Freilich wollen sie nicht ganz auf die Demokratie verzichten. Lenin bezeichnet in seiner Rede vom 28. April die Sowjetorganisation als einen „höheren Typus von Demokratie", einen völligen Bruch mit ihrer „bürgerlichen Verzerrung". Für die Proletarier und armen Bauern wurde jetzt die volle Freiheit hergestellt.

Aber unter der Demokratie versteht man bisher die Gleichheit der politischen Rechte aller Staatsbürger. Die vom Gesetz privilegierten Schichten hatten immer die Freiheit der Bewegung. Aber das bezeichnet man nicht als Demokratie.

Die Sowjetrepublik soll die Organisation der Diktatur des Proletariats sein, die einzige, wie Lenin sich ausdrückt, „die den schmerzlosesten Uebergang zum Sozialismus ermöglicht". Dieser soll damit einsetzen, daß die ganze in den Sowjets nicht vertretene Bevölkerung politisch rechtlos gemacht wird.

Wir haben schon ausgeführt, was über die Idee der Diktatur des Proletariats zu sagen ist. Nun noch einige Bemerkungen über deren Gestaltung in den Sowjets.

Warum sollen diese den Uebergang zum Sozialismus schmerzloser gestalten, als er bei allgemeinem Stimmrecht möglich wäre? Offenbar deshalb, weil die Kapitalisten auf diese Weise aus der Gesetzgebung ausgeschlossen sind.

Nun ist nur zweierlei möglich. Entweder sind die Kapitalisten und ihr Anhang bloß ein bedeutungsloses Häuflein. Wie könnten sie dann bei allgemeinem Wahlrecht den Uebergang zum Sozialismus hemmen? Im Gegenteil, wenn sie bei allgemeinem Wahlrecht als bedeutungslose Minderheit erscheinen, werden sie sich eher in ihr Schicksal ergeben, als wenn das Wahlrecht so gestaltet ist, daß kein Mensch mit Bestimmtheit sagen kann, welche Partei eigentlich die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat. In Wahrheit kann man aber die Kapitalisten allein gar nicht entrechten. Wer ist ein Kapitalist im juristischem Sinne? Ein Besitzender?

Selbst in einem ökonomisch so weit vorgeschrittenen Lande wie Deutschland, dessen Proletariat so zahlreich ist, würde die Errichtung einer Sowjetrepublik große Massen politisch entrechten. Im Jahre 1907 betrug im Deutschen Reiche die Zahl der Berufszugehörigen (Erwerbstätige und ihre Familien) der drei großen Gruppen Landwirtschaft, Industrie und Handel, in der Gruppe der Angestellten und Lohnarbeiter etwas über 35 Millionen, die der Selbständigen 17 Millionen. Eine Partei könnte also sehr wohl die Mehrheit der Lohnarbeiter hinter sich haben und doch die Minderheit der Bevölkerung bilden. Anderseits brauchten die Arbeiter, wenn sie geschlossen zusammenstimmten, auch bei allgemeinem Stimmrecht ihre Gegner nicht zu fürchten. Das allgemeine Stimmrecht, das sie zum Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner nötigt, wird sie aber auch eher zusammen-

schließen als die Beschränkung des politischen Kampfes auf den Sowjet, aus dem die Klassengegner ausgeschlossen sind und in dem der politische Kampf einer sozialistischen Partei ausschließlich die Form der Befehdung anderer sozialistischer Parteien annimmt. An Stelle des Klassenbewußtseins wird da der Sektenfanatismus förmlich großgezogen.

Nun aber die andere Alternative. Die Kapitalisten und ihr Anhang sind nicht eine Minderheit, sondern eine große Masse, die wohl imstande wäre, in einem auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählten Parlament eine ernsthafte Opposition zu machen. Was wird dadurch gebessert, daß man diese Opposition im gesetzgebenden Körper zum Schweigen bringt?

Die Kapitalisten selbst bilden überall nur eine dünne Schicht. Aber ihr Anhang den Sozialisten gegenüber kann sehr groß sein. Man darf sich nicht vorstellen, daß nur gekaufte oder persönlich interessierte Leute für den Kapitalismus eintreten. Außerhalb des Sozialismus ist der Kapitalismus heute die einzig mögliche Produktionsform auf höherer Stufenleiter. Wer den Sozialismus nicht für möglich hält, der muß, wenn er modern denkt, für den Kapitalismus sein, auch wenn er gar nicht an ihm interessiert ist. Aber auch von den rückständigen, dem Kapital feindlichen Schichten stehen viele auf dem Boden des Privateigentums an den Produktionsmitteln und damit auf dem Boden, auf dem der Kapitalismus erwächst. In einem rückständigen Lande kann daher die Zahl der den Kapitalismus direkt oder indirekt schützenden Schichten der Bevölkerung sehr stark sein. Deren Opposition wird nicht verringert dadurch, daß man ihnen das Stimmrecht nimmt. Sie werden um so energischer allen Maßnahmen des neuen tyrannischen Regimes entgegenwirken.. Bei allgemeinem Stimmrecht in voller Demokratie sind alle Klassen und Interessen ihrer Stärke nach in der gesetzgebenden Versammlung vertreten. Jede Klasse und Partei kann an jedem Gesetzentwurf freieste Kritik üben, alle seine Schwächen aufzeigen, aber auch die Größe der Gegnerschaft zu erkennen geben, die er in der Bevölkerung findet. Im Sowjet ist alle gegnerische Kritik ausgeschlossen, treten die Schwächen eines Gesetzes nicht so leicht zutage. Und über den Widerstand, der sich in der Bevölkerung dagegen erheben wird, erfährt man erst recht nichts. Erst hinterdrein, wenn das Gesetz erlassen ist, melden sich Kritik und Widerstände. Statt bei der B e r a t u n g treten die Schwächen des Gesetzes bei der D u r ch f ü h r u n g zutage. So hat sich auch die Sowjetregierung schon bei sehr wichtigen Gesetzen gedrängt gesehen, sie durch Nachträge oder durch laxe Praxis zu durchlöchern, bei der Hintertür Elemente wieder herein zu lassen, die man eben feierlich bei der Vordertür herausgeworfen. Daß ein berufliches Stimmrecht im Gegensatz zum allgemeinen die Tendenz hat, den Gesichtskreis der Beteiligten zu verengern, darauf haben wir schon hingewiesen. Daß durch alles das der Uebergang zum Sozialismus schmerzloser gestaltet wird als durch das allgemeine Wahlrecht und die freie Diskussion aller nach ihren Stärkeverhältnissen vertretenen Parteien, darf wohl bezweifelt werden.

Nicht minder zweifelhaft aber als die Schmerzlosigkeit wird unter der Sowjetverfassung die Diktatur des Proletariats. D i k t a t u r — sicher. Aber ob gerade Diktatur des P r o l e t a r i a t s?

Die Sowjets konnten bei der ökonomischen Struktur Rußlands ihre herrschende Stellung nur dadurch erlangen, daß sie sich 1917 nicht

wie 1905 bloß auf das städtische, industrielle Proletariat beschränkten. Diesmal organisierten sich auch die Soldaten und Bauern in Sowjets. Mit der Auflösung der Armee haben die Soldaten ihre zahlenmäßige Bedeutung verloren. Das kleine Heer, das die Volkskommissäre anwarben, wurde für sie wichtig weniger durch seine Stimmzettel als durch seine Bajonette. Allerdings spielten die Stimmzettel der roten Armee keine unbedeutende Rolle. In verschiedenen Sowjets, zum Beispiel bei den letzten Neuwahlen in Petersburg, wurde ihnen ein beträchtlicher Teil der Mandate reserviert. Um so wichtiger aber wurden die Stimmen der Bauern, die die große Mehrheit der Bevölkerung Rußlands ausmachen. Sie bilden unter der Sowjetverfassung die Mehrheit der zur Teilnahme an der Gesetzgebung und Regierung berechtigten Bevölkerung. Was uns als Diktatur des Proletariats hingestellt wird, würde sich, wenn es konsequent durchgeführt würde und eine Klasse überhaupt direkt die Diktatur auszuüben vermöchte, was nur einer Partei möglich ist, zu einer Diktatur der Bauernschaft gestalten. Es scheint also, als sei die schmerzloseste Durchführung des Sozialismus dann gesichert, wenn sie in die Hände der Bauern gelegt wird. Bilden aber die Bauern die Mehrheit in der Sowjetorganisation, so umfaßt diese anderseits nicht das gesamte Proletariat.

Anfänglich war die Auffassung darüber, wer sich in Sowjets organisieren und welche Sowjets sich der allgemeinen Organisation anschließen dürften, nicht ganz klar. Vielfach herrschte die Anschauung, jede berufliche Organisation könne einen Sowjet bilden und sei als solcher anzusehen. Noch am 28. Mai brachte die „Leipziger Volkszeitung" einen Artikel, der offenbar aus bolschewistischen Kreisen stammte, betitelt „Die Sowjetrepublik". Dort hieß es:

> „Die Sowjetvertretung hat die überlegene Eigenschaft einer jeden demokratischen Vertretung, sie räumt allen Bürgern vollständig gleiche Rechte ein, alle Klassen des betreffenden Landes genießen vollkommene Möglichkeit, in den Sowjets eine Vertretung zu erhalten, die genau ihrer Kraft und ihrem sozialen spezifischen Gewicht entspricht. Hiefür müssen sie sich selbstverständlich zuvor organisieren, allerdings nicht nach dem Schema des bisherigen Demokratismus in Parteien, sondern den neuen demokratischen Formen entsprechend, in besonderen Klassen- oder Gewerkschaftsorganisationen."

Legien und Konsorten können sehr zufrieden sein mit dieser Herabsetzung der sozialdemokratischen Partei unter die gewerkschaftliche Organisation. Aber auch die Reaktionäre, die das allgemeine, gleiche Wahlrecht durch ein ständisches ersetzen wollen, finden hier eine Blüte, aus der sie Honig saugen können. Der Verfechter der proletarischen Diktatur fährt fort:

> „Die Bourgeoisie als solche hat bisher keine Vertretung in den Sowjets nicht aus dem Grunde, weil sie nicht zugelassen wird, sondern weil sie ihrerseits die Sowjetmacht boykottiert und anderseits nicht geneigt ist, sich nach dem proletarischen Schema zu organisieren."

Ist sie wirklich nicht dazu geneigt? Hat unser bolschewistischer Freund nie etwas von einer Unternehmerorganisation gehört? Und erscheint ihm der vereinzelte Kapitalist bei allgemeinem Stimmrecht wirklich gefährlicher als die Unternehmerorganisation im Sowjetverband? Doch wir werden sofort darüber belehrt, worin die Ueberlegenheit der Sowjetorganisation über das allgemeine Wahlrecht besteht:

„Es kann selbstverständlich angenommen werden, daß irgendwelche Kampforganisationen der Bourgeoisie zu den Sowjets nicht zugelassen würden.“

Mit anderen Worten, die Sowjetorganisation hat vor dem allgemeinen Stimmrecht den Vorteil größerer Willkür voraus. Sie kann alle Organisationen aus ihrer Mitte ausschließen, die sie als gegnerische betrachtet. Sie „räumt allen Bürgern vollständig gleiche Rechte ein“, aber „selbstverständlich“ dürfen sie diese nur im Sinne der Sowjetregierung ausüben. Inzwischen hat man aber gefunden, daß es so nicht geht. Der letzte allrussische Kongreß der Sowjets, der am 12. Juli geschlossen wurde, hat eine Verfassung der russischen Sowjetrepublik ausgearbeitet. Diese setzt fest, daß nicht alle Angehörigen des russischen Reiches, sondern nur bestimmte Kategorien das Recht haben, Deputierte zu den Sowjets zu wählen.

Nur jene dürfen wählen, „die die Mittel zu ihrem Unterhalt durch produktive oder gemeinnützige Arbeit erwerben“. Was aber ist „produktive und gemeinnützige Arbeit“? Das ist ein richtiger Kautschukbegriff. Nicht minder kautschukartig ist die Bestimmung über diejenigen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Dazu gehören jene, „die Lohnarbeiter zum Zweck des Gewinnes beschäftigen“. Ein Heimarbeiter oder Kleinmeister mit einem Gesellen mag ganz proletarisch leben und fühlen, er hat kein Wahlrecht. Noch mehr Proletarier dürften durch die Bestimmung rechtlos werden, die Privathändlern und Zwischenhändlern das Wahlrecht nimmt. Der Arbeiter, der arbeitslos wird und um sein Leben zu fristen, einen Grünkramladen aufmacht oder Zeitungen feilbietet, er verliert sein Wahlrecht.

Eine weitere Bestimmung schließt von diesem Recht jeden aus, der „arbeitsloses Einkommen hat, zum Beispiel Prozente von Kapital, Gewinne von Unternehmungen, Einnahmen von Vermögen“. Wie groß das „arbeitslose Einkommen“ sein muß, das den Verlust des Wahlrechtes nach sich zieht, wird nicht gesagt. Gehört dazu schon der Besitz eines Sparkassenbuches? Gar mancher Arbeiter, namentlich in kleineren Städten, besitzt ein Häuschen. Um sich über Wasser zu halten, nimmt er Untermieter auf. Gerät er dadurch in die Kategorie der Leute mit arbeitslosem Einkommen? Jüngst streikte in Petersburg die Obuchowsche Fabrik, „diese Hochburg der Revolution“, wie Trotzky sie noch 1909 nannte. („Rußland in der Revolution“, S. 83.) Ich fragte einen bolschewistischen Genossen, wie er diese Aktion des Protestes gegen die Sowjetregierung erkläre.

„Das ist sehr einfach“, meinte er, „die Arbeiter dort sind alle Kapitalisten, jeder besitzt ein Häuschen.“

Man sieht, wie wenig dazu gehört, um nach dem Wahlregiment der Sowjetrepublik zum Kapitalisten gestempelt zu werden und das Wahlrecht zu verlieren.

Das Kautschukartige der Begriffsbestimmungen des Wahlrechtes, die der weitesten Willkür die Tore öffnen, liegt nicht am Gesetzgeber, sondern am Gegenstand. Es wird nie gelingen, den Begriff des Proletariers juristisch eindeutig und präzis zu fassen.

Eine Bestimmung über Einsetzung einer bestimmten Stelle, die die Wahlberechtigung eines jeden prüft, Wählerlisten auflegt, sowie über das Wahlverfahren, ob es ein geheimes ist oder vielleicht öffentlich durch Händeaufheben erfolgt, habe ich nicht gefunden. Der § 70 bestimmt: „Die genaue Wahlordnung ..... wird von den l o k a l e n

Sowjets entsprechend den Instruktionen des allrussischen Zentralkomitees bestimmt."

Lenin führte in einer Rede vom 28. April über den sozialistischen Charakter der Sowjets unter anderem folgendes aus: 1. Wähler sind nur die arbeitenden und ausgebeuteten Massen; die Bourgeoisie ist ausgeschlossen. 2. Jedwede bürokratische Formalität und Beschränkung der Wahlen fällt fort. Die Massen selbst bestimmen die Ordnung und die Termine der Wahlen."

Es scheint also, als könne jede Wahlversammlung das Wahlverfahren nach ihrem Belieben einrichten. Die Willkür und die Möglichkeit, sich unbequemer oppositioneller Elemente innerhalb des Proletariats selbst zu entledigen, würde dadurch aufs höchste gesteigert.

Daß die Wahl zu den überlokalen Sowjets eine indirekte ist, was ebenfalls die Wahlbeeinflussung zuungunsten einer Opposition erleichtert, sei nur nebenbei bemerkt.

Indes ließ sich bisher doch nicht verhindern, daß auch die Opposition in den Sowjets zu Worte kam.

Der „schmerzlose Uebergang" zum Sozialismus erheischt aber offenbar das Verstummen einer jeden Opposition und Kritik. So wurde denn am 14. Juni d. J. vom allrussischen Zentralexekutivkomitee der Beschluß gefaßt:

„Die Vertreter der sozialrevolutionären Partei (des rechten Flügels und des Zentrums) und der Menschewiki werden ausgeschlossen, zugleich wird allen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputierten vorgeschlagen, die Vertreter dieser Fraktion aus ihrer Mitte zu entfernen."

Diese Maßregel richtet sich nicht etwa gegen bestimmte Personen, die bestimmte strafbare Handlungen begangen haben. Wem solche gegen das herrschende Regime vorgeworfen werden, der wird ja ohneweiters verhaftet, den braucht man nicht auszuschließen. Von einer Immunität der Abgeordneten zum Sowjet ist in der Verfassung der Sowjetrepublik keine Rede. Nicht bestimmte P e r s o n e n, sondern bestimmte P a r t e i e n werden hier von den Sowjets ausgeschlossen. Das bedeutet aber praktisch nichts anderes, als daß alle Proletarier, die auf dem Boden jener Parteien stehen, ihr Stimmrecht verlieren. Ihre Stimmen zählen nicht mehr. Eine bestimmte Grenze dafür gibt es nicht. Der § 23 der Verfassung der Sowjetrepublik bestimmt: „Im Interesse der Arbeiterklasse als Ganzes entzieht die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik einzelnen Personen und ganzen Gruppen Rechte, die sie zum Schaden der sozialistischen Revolution mißbrauchen."

Damit ist die ganze Opposition für vogelfrei erklärt. Denn jede Regierung, auch die revolutionäre, findet, daß die Opposition ihre Rechte mißbraucht. Doch auch das genügte noch nicht, den schmerzlosen Uebergang zum Sozialismus zu sichern. Kaum waren die Bolschewiki die Opposition der Menschewiki und des Zentrums sowie des rechten Flügels der Sozialrevolutionäre innerhalb der Sowjets losgeworden, da entbrannte der große Kampf zwischen ihnen und den linken Sozialrevolutionären, mit denen zusammen sie die Regierung gebildet hatten. Nun wurden auch diese zum großen Teil aus den Sowjets hinausgedrängt.

So verengt sich innerhalb des Proletariats selbst der Kreis derjenigen immer mehr, die an den politischen Rechten teilnehmen, auf

die das bolschewistische Regime sich stützt. Ausgehend von dem Anspruch, die Diktatur des Proletariats darzustellen, war es von vornherein die Diktatur einer Partei innerhalb des Proletariats. Doch mochte es eine Zeitlang die Diktatur der Mehrheit des Proletariats über die Minderheit darstellen. Heute ist selbst das zweifelhaft geworden.

Dabei hat jedoch ein jedes Regime, auch das diktatorischeste, das Bedürfnis, als der Ausdruck der Bedürfnisse der Mehrheit, und zwar nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Volkes zu erscheinen. Auch die Bolschewiki können sich dem nicht entziehen.

Der Pariser „Populaire" vom 6. Juli berichtet über eine Besprechung, die Longuet mit dem Londoner Botschafter der Sowjetrepublik, Litwinoff, hatte. Longuet bemerkte unter anderem:

> „Sie wissen, Bürger Litwinoff, daß selbst jene Genossen des Westens, die für Ihre Bewegung die stärksten Sympathien hegen, durch die Auflösung der Konstituante verletzt wurden. Ich habe Ihnen das für meinen Teil schon im Jänner gesagt, als ich Sie das letztemal sah. Glauben Sie nicht, daß Sie, um den Angriffen zu begegnen, die man gegen Sie unternimmt, auf jeden Fall Neuwahlen (zur Konstituante) herbeiführen sollten?"

Darauf erwiderte Litwinoff:

> „Das ist augenblicklich unmöglich angesichts der gegebenen Situation. Die in der Form der Sowjets ausgedrückte Demokratie — ein genauer Ausdruck des Willens der Massen — ist die einzige Form der Repräsentation, die augenblicklich Rußland entspricht. Uebrigens würden diejenigen, die Protest gegen die letzten Sowjetwahlen eingelegt haben, die für sie vernichtend waren, auch die Wahlen für eine neue Konstituante anfechten, *bei denen wir sicher die Mehrheit hätten*."

Wenn Genosse Litwinoff und seine Freunde dessen so sicher sind, warum lassen sie es nicht darauf ankommen, daß die Wahlen beanstandet werden?

Wenn diese sich in voller Freiheit vollziehen und eine bolschewistische Mehrheit ergeben, wird die bestehende Regierung eine weit stärkere moralische Basis gewinnen im Inland wie im Ausland, wie sie als Sowjetregierung bei den heutigen Wahl- und Regierungsmethoden je gewinnen kann. Vor allem der sozialistischen Kritik wäre jeder Einwand entzogen, die gesamte Internationale des kämpfenden Proletariats würde sich einmütig und mit voller Macht hinter sie stellen.

Warum auf diesen enormen Gewinn verzichten, wenn man der Mehrheit so sicher ist? Weil das allgemeine Wahlrecht augenblicklich für Rußland nicht paßt und nur die Sowjetorganisation seinen Bedürfnissen entspricht? Aber womit wird diese Behauptung bewiesen? Verständlich wird sie allerdings dann, wenn man sich dessen erinnert, daß jede Regierung es liebt, sich mit dem Land zu identifizieren und zu erklären, das, was für sie nicht paßt, passe auch für das Land nicht.

Eines allerdings ist zuzugeben. Die heutige Situation ist der Vornahme von Wahlen zu einer Konstituante nicht günstig. Zu der Zeit, als die Wahlen zur ersten Konstituante vorbereitet und vollzogen wurden, herrschte noch einigermaßen Ruhe im Innern. Heute wird ganz Rußland von Bürgerkriegen zerrissen. Soll aber dies Er-

gebnis von neun Monaten Sowjetrepublik den Beweis liefern, daß die Sowjetorganisation die für Rußland passendste und diejenige ist, die den Uebergang zum Sozialismus am schmerzlosesten herbeiführt?

8. Der Anschauungsunterricht.

Den hier erörterten Schädlichkeiten der diktatorischen Methode sollen nun auch Vorzüge gegenüberstehen: Sie liefere einen glänzenden Anschauungsunterricht, und selbst, wenn sie sich nicht behaupte, vermöge sie vieles im Sinne des Proletariats durchzusetzen, was sich nicht mehr rückgängig machen ließe.

Betrachten wir zunächst den Anschauungsunterricht. Dieses Argument entspringt offenbar folgender Erwägung: In der Demokratie, in der die Mehrheit des Volkes herrscht, kann der Sozialismus erst zur Durchführung gelangen, wenn die Mehrheit für ihn gewonnen ist. Ein langer und mühseliger Weg. Weit schneller kommen wir zum Ziel, wenn eine energische, zielbewußte Minderheit sich der Staatsgewalt bemächtigt und sie zur Durchführung sozialistischer Maßnahmen benützt. Ihre Erfolge würden sofort überzeugend wirken und die Mehrheit, die bisher widerstrebte, rasch zum Sozialismus bekehren.

Das klingt sehr bestechend und klang schon so im Munde des alten Weitling. Es hat nur den einen Fehler, daß es gerade das voraussetzt, was bewiesen werden soll. Die Gegner der diktatorischen Methode bestreiten eben, daß eine sozialistische Produktion von einer Minderheit ohne Mitwirkung der großen Volksmasse durchzuführen sei. Mißlingt aber der Versuch, so bietet er freilich auch einen Anschauungsunterricht, jedoch einen in entgegengesetzter Richtung, nicht einen anziehenden, sondern einen abschreckenden.

Leute, die sich durch einen solchen Unterricht bestimmen lassen und nicht durch ihr Erforschen und Prüfen der sozialen Zusammenhänge, die gedankenlosen Anbeter des bloßen Erfolges, werden bei einem Scheitern des Versuches nicht untersuchen, aus welchen Ursachen er nicht gelang. Sie werden nicht in der Ungunst oder der Unreife der Verhältnisse den Grund suchen, sondern im Sozialismus selbst, und werden schließen, er tauge überhaupt nichts.

Man sieht, der Anschauungsunterricht hat eine sehr brenzliche Seite.

Wie haben wir ihn uns vorzustellen?

Den Inhalt des Sozialismus können wir populär in die Worte zusammenfassen: Freiheit und Brot für alle. Das ist es, was die Massen von ihm erwarten, weshalb sie für ihn eintreten. Die Freiheit ist nicht minder wichtig wie das Brot. Auch wohlhabende, selbst reiche Klassen haben für ihre Freiheit gekämpft, sich nicht selten die schwersten Opfer an Gut und Blut für ihre Gesinnung auferlegt. Das Bedürfnis nach Freiheit, nach Selbstbestimmung liegt im Menschen ebenso von Natur aus, wie das nach Nahrung.

Bisher bot die Sozialdemokratie den Volksmassen den Anschauungsunterricht, daß sie der unentwegteste Verfechter der Freiheit aller Unterdrückten war, nicht bloß der Lohnarbeiter, sondern auch der Frauen, der verfolgten Religionen und Rassen, der Juden, Neger und Chinesen u. s. w. Durch diesen Anschauungsunterricht hat sie Anhänger geworben weit über den Kreis der Lohnarbeiter hinaus.

Nun soll, sobald die Sozialdemokratie zur Macht gelangt, dieser Anschauungsunterricht durch den entgegengesetzten verdrängt werden. Ihre ersten Taten sollen in der Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts und der Preßfreiheit bestehen, in der Entrechtung breiter Volksmassen, denn darum, darauf muß immer wieder hingewiesen werden, handelt es sich bei der Ersetzung der Demokratie durch die Diktatur. Um den politischen Einfluß der oberen Zehntausend zu brechen, bedarf es nicht ihrer Ausschließung vom Wahlrecht. Diesen Einfluß üben sie nicht durch ihre persönliche Stimmenabgabe.

Alle die Kleinhändler, Handwerker, die mittleren und größeren Bauern, der größte Teil der Intellektuellen werden, sobald die Diktatur des Proletariats sie entrechtet, durch diese Art Anschauungsunterricht geradezu in Feinde des Sozialismus verwandelt, auch soweit sie es nicht von vornherein sind. Ebenso werden zu Feinden der proletarischen Diktatur alle jene, die dem Sozialismus aus dem Grunde anhingen, weil er für die Freiheit aller kämpfte.

Gewonnen werden kann dadurch niemand, der nicht schon bisher Sozialist war. Es können nur die Feinde des Sozialismus vermehrt werden.

Aber freilich, er verheißt ja nicht bloß Freiheit, sondern auch Brot. Das soll diejenigen versöhnen, denen die kommunistische Diktatur die Freiheit nimmt.

Es sind nicht die besten Massen, die für Brot und Spiele den Verlust der Freiheit verschmerzen. Aber zweifellos würde materieller Wohlstand viele dem Kommunismus zuführen, die ihm zweifelnd gegenüberstanden oder ihm durch seine Entrechtungspolitik entfremdet worden sind. Nur muß dieser Wohlstand auch wirklich kommen, und zwar rasch, nicht als Verheißung der Zukunft, wenn er die Wirkungen des Anschauungsunterrichtes üben soll.

Wodurch soll dieser Wohlstand erzielt werden? Die Notwendigkeit der Diktatur setzt voraus, daß eine Minderheit der Bevölkerung sich der Staatsgewalt bemächtigt hat. Eine Minderheit, bestehend aus Besitzlosen. Die große Waffe der Proletarier ist aber ihre Zahl, in normalen Zeiten können sie nur dadurch wirken, können sie die Staatsgewalt nur erobern, wenn sie die Ueberzahl bilden. Als Minderheit werden sie ans Staatsruder nur gelangen durch ein Zusammentreffen außergewöhnlicher Umstände, durch Katastrophen, in denen eine Staatsgewalt zusammenbricht, die den Staat verkommen ließ und ihn verelendete.

Der Sozialismus, das heißt allgemeiner Wohlstand innerhalb der modernen Kultur, wird nur möglich durch die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte, die der Kapitalismus mit sich bringt, durch die enormen Reichtümer, die er schafft und die sich in den Händen der kapitalistischen Klasse konzentrieren. Ein Staatswesen, das diese Reichtümer durch eine unsinnige Politik, etwa einen erfolglosen Krieg, vergeudet hat, bietet von vornherein keinen günstigen Ausgangspunkt für die rascheste Verbreitung von Wohlstand in allen Schichten.

Wenn als Erbe der bankrotten Staatsgewalt nicht ein demokratisches, sondern diktatorisches Regime auftritt, verschlimmert es noch die Situation, da es den Bürgerkrieg zur notwendigen Folge hat. Was da an materiellen Mitteln noch übrig bleibt, wird durch die Anarchie verwüstet.

Endlich bedeutet Wohlstand für alle ununterbrochenen Fortgang der Produktion. Die Zerstörung des Kapitalismus ist noch nicht Sozialismus. Wo kapitalistische Produktion nicht sofort in sozialistische übergeführt werden kann, muß jene weiterbestehen, sonst wird der Produktionsprozeß unterbrochen und damit das Massenelend produziert, das der moderne Proletarier als allgemeine Arbeitslosigkeit so sehr fürchtet.

Nur wo das Proletariat eine Schulung in genossenschaftlicher, gewerkschaftlicher, städtischer Selbstverwaltung und in Anteilnahme an staatlicher Gesetzgebung und Regierungskontrolle durchgemacht hat und zahlreiche Intellektuelle bereit sind, der sozialistischen Produktion ihre Dienste zu leihen, vermag diese sofort ohne Störungen den Kapitalismus überall dort zu ersetzen, wo unter den neuen Verhältnissen kapitalistische Produktion unmöglich wird.

In einem Lande, das ökonomisch noch so wenig entwickelt ist, daß das Proletariat nur eine Minderheit bildet, ist diese Reife des Proletariats nicht zu erwarten.

Es ist also von vornherein anzunehmen, daß überall dort, wo das Proletariat sich an der Staatsmacht nur behaupten kann durch die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie, die Schwierigkeiten, die sich dem Sozialismus entgegenstellen, so groß sind, daß es geradezu ausgeschlossen erscheint, die Diktatur könne rasch allgemeinen Wohlstand bringen und auf diese Weise die durch sie politisch entrechteten Volksmassen mit dem Gewaltregime versöhnen.

In der Tat sehen wir, daß die Sowjetrepublik nach neun Monaten des Bestehens statt allgemeinen Wohlstand zu verbreiten, sich gezwungen fühlte, zu erklären, woher der allgemeine Notstand herrühre.

Wir haben vor uns liegen „Thesen über die sozialistische Revolution und die Aufgaben des Proletariats während seiner Diktatur in Rußland", die von bolschewistischer Seite herrühren. Ein Abschnitt behandelt: „Die Schwierigkeit der Lage." Da heißt es als 28. These:

> 28. Das Proletariat führt die organische positive Arbeit unter den größten Schwierigkeiten aus. Die Schwierigkeiten innerer Natur sind: Abnutzung und ungeheure Erschöpfung der Volkswirtschaft, sogar ihre Auflösung infolge des Krieges; die Politik der Kapitalistenklasse vor der Oktoberrevolution (die bewußte Politik der Desorganisation, um nach der „Anarchie" bürgerlich-diktatorische „Ordnung" zu schaffen); die allgemeine Sabotage der Bourgeoisie und der Intelligenz nach der Oktoberrevolution; die permanenten gegenrevolutionären bewaffneten und unbewaffneten Aufstände der gewesenen Offiziere, der Generäle, der Bourgeoisie; Mangel an technischen Kräften und an Schulung der Arbeiterklasse selbst*); Mangel organisatorischer Erfahrung; das Vorhandensein von großen Schichten des Kleinbürgertums, das eine desorganisatorische Klasse par excellence ist u. s. w."

Das alles ist sehr richtig. Bezeugt es aber etwas anderes als die Unreife der Verhältnisse? Und beweist es nicht schlagend, daß an einem „Anschauungsunterricht" im Sinne des Sozialismus unter diesen Umständen im jetzigen Rußland nicht zu denken ist? Ein famoser Anschauungsunterricht, der theoretische Auseinandersetzungen darüber notwendig macht, warum das, was gezeigt werden soll,

---

*) Im Original gesperrt.

augenblicklich noch nicht sichtbar zu machen ist. Sollen dadurch diejenigen bekehrt werden, die dem Sozialismus bisher widerstrebten und die nur durch praktische Erfolge zu überzeugen sind?

Natürlich kann ein jedes neue Regime auf unerwartete Schwierigkeiten stoßen. Man täte Unrecht, sie von vornherein diesem Regime zur Last zu legen und sich dadurch ohne nähere Prüfung der Sachlage entmutigen zu lassen. Aber soll man trotz der Schwierigkeiten ausharren, dann muß man vorher schon eine starke Ueberzeugung der Richtigkeit und Notwendigkeit dieses Regimes gewonnen haben. Nur dann wird man sich an ihm nicht irremachen lassen. Die Erfolgsanbeter sind stets unsichere Kantonisten.

So kommen wir auch hier wieder auf die Demokratie zurück, die uns zwingt, danach zu streben, daß wir die Massen durch intensivste Propaganda aufklären und überzeugen, ehe wir an die Durchführung des Sozialismus herangehen. Wir müssen auch hier wieder die Methode der Diktatur ablehnen, die an Stelle der Ueberzeugung den Anschauungsunterricht der Gewalt setzt.

Damit soll nicht gesagt sein, daß der Anschauungsunterricht bei der Verwirklichung des Sozialismus nichts zu leisten vermöge. Im Gegenteil, er kann und wird dabei eine große Rolle spielen, aber nicht durch Vermittlung einer Diktatur.

Die verschiedenen Staaten der Welt stehen auf sehr verschiedenen Stufen ökonomischer und politischer Entwicklung. Je kapitalistischer ein Staat auf der einen Seite, je demokratischer auf der anderen Seite, desto näher steht er dem Sozialismus. Je mehr seine kapitalistische Industrie entwickelt ist, desto höher seine Produktivkräfte, desto größer sein Reichtum, desto gesellschaftlicher die Arbeit, desto zahlreicher sein Proletariat. Und je demokratischer ein Staat, desto besser organisiert und geschult ist sein Proletariat. Die Demokratie hemmt mitunter sein revolutionäres Denken, ist aber das unentbehrliche Mittel, ihm jene Reife zu erleichtern, deren es bedarf zur Gewinnung der politischen Macht und zur Durchführung der sozialen Revolution. In keinem Lande bleiben Konflikte aus zwischen dem Proletariat und den herrschenden Klassen, aber je vorgeschrittener kapitalistisch und demokratisch ein Land, desto größer die Aussicht für das Proletariat, in einem solchen Konflikt, nicht bloß vorübergehend zu siegen, sondern den Sieg auch zu behaupten.

Wo ein Proletariat unter solchen Bedingungen an das Staatsruder gelangt, wird es ausreichend materielle und ideelle Machtmittel vorfinden, um sofort der ökonomischen Entwicklung die Richtung zum Sozialismus zu geben und sofort den allgemeinen Wohlstand zu vermehren.

Das gibt dann einen wahrhaften Anschauungsunterricht für die ökonomisch und politisch rückständigen Länder. Die Masse ihrer Proletarier wird nun einmütig Maßnahmen in gleichem Sinne verlangen, aber auch alle anderen Schichten der ärmeren Klassen, sowie zahlreiche Intellektuelle werden verlangen, daß der Staat den gleichen Weg zum Wohlstand aller einschlage. So wird durch den Anschauungsunterricht des vorgeschrittenen Landes die Sache des Sozialismus auch in Ländern unwiderstehlich werden, die heute noch nicht so weit sind, daß ihr Proletariat aus eigener Kraft allein die Staatsmacht zu erobern und den Sozialismus durchzuführen vermöchte.

Und wir brauchen diesen Zeitpunkt nicht in eine ferne Zukunft zu versetzen. In einer Reihe von Industriestaaten scheinen

bereits die materiellen und ideellen Vorbedingungen des Sozialismus in ausreichendem Maße vorhanden zu sein. Die Frage der politischen Herrschaft des Proletariats ist bloß noch eine Frage der Macht, vor allem der Geschlossenheit des Proletariats zu entschlossenem Klassenkampf. Aber Rußland gehört nicht zu diesen führenden Industriestaaten. Was sich dort jetzt abspielt, ist tatsächlich die letzte der bürgerlichen, nicht die erste der sozialistischen Revolutionen. Das zeigt sich immer deutlicher. Nur dann hätte seine jetzige Revolution sozialistischen Charakter annehmen können, wenn sie mit einer westeuropäischen sozialistischen Revolution zusammenfiel.

Daß durch einen derartigen Anschauungsunterricht der höher entwickelten Nationen der Gang der sozialen Entwicklung beschleunigt werden kann, darauf wies schon Marx im Vorwort zur ersten Auflage seines „Kapital“ hin:

> „Eine Nation soll und kann von der anderen lernen. Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist... kann sie naturgemäß Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern.“

Unsere bolschewistischen Freunde scheinen diesen Satz trotz ihrer zahlreichen Berufungen auf Marx ganz vergessen zu haben, denn die Diktatur des Proletariats, die sie predigen und üben, ist nichts als ein grandioser Versuch, naturgemäße Entwicklungsphasen zu überspringen und wegzudekretieren. Sie meinen, das sei die schmerzloseste Methode, den Sozialismus zu gebären, seine „Geburtswehen abzukürzen und zu mildern“. Aber wenn man im Bilde bleiben will, dann gemahnt uns ihre Praxis mehr an eine schwangere Frau, die die tollsten Sprünge vollführt, um die Dauer ihrer Schwangerschaft, die sie ungeduldig macht, abzukürzen und eine Frühgeburt herbeizuführen.

Das Produkt eines solchen Verfahrens ist in der Regel kein lebensfähiges Kind.

Marx spricht hier von dem Anschauungsunterricht, den eine Nation der anderen erteilen kann. Für den Sozialismus kommt jedoch noch eine andere Art Anschauungsunterricht in Betracht, diejenige, die eine höher entwickelte Betriebsform für rückständige erteilen kann.

Wohl trachtet die kapitalistische Konkurrenz überall danach, die rückständigen Betriebe auszurotten, aber das ist unter kapitalistischen Bedingungen ein so qualvoller Prozeß, daß die von ihm Bedrohten ihn mit allen Mitteln abzuwehren suchen. Die sozialistische Produktionsweise wird daher noch eine Menge Betriebe vorfinden, die technisch überlebt sind. Namentlich in der Landwirtschaft, wo der Großbetrieb nur geringe Fortschritte macht, stellenweise sogar zurückgeht.

Sozialistische Produktion läßt sich aber nur auf der Grundlage des Großbetriebes entwickeln. Die sozialistische Landwirtschaft wird sich zunächst auf die Vergesellschaftung der Großbetriebe, die sie vorfindet, beschränken müssen. Erzielt sie dabei gute Resultate, wie zu erwarten ist, wenn sie an Stelle der Lohnarbeit, die in der Landwirtschaft nur unzureichende Resultate erzielt, die Arbeit freivergesellschafteter Menschen setzt, gestalten sich die Verhältnisse der Arbeiter in den sozialistischen Großbetrieben günstiger, als die der kleinen Bauern, dann darf man mit Bestimmtheit erwarten, daß

diese massenweise freiwillig zur neuen Produktionsweise übergehen, wenn die Gesellschaft ihnen die dazu nötigen Mittel liefert. Früher nicht. In der Landwirtschaft arbeitet der Kapitalismus dem Sozialismus nur ungenügend vor. Und es ist ganz aussichtslos, bäuerliche Besitzer theoretisch von den Vorzügen des Sozialismus überzeugen zu wollen. Bei der Sozialisierung der bäuerlichen Landwirtschaft kann nur der Anschauungsunterricht helfen. Dieser setzt jedoch eine gewisse Ausdehnung landwirtschaftlicher Großbetriebe voraus. Der Anschauungsunterricht wird um so rascher und gründlicher wirken, je ausgedehnter der Großbetrieb im Lande.

Das Ziel der kleinbürgerlichen Demokraten, das von den Sozialdemokraten Davidscher Färbung aufgenommen und womöglich noch schärfer ausgeprägt wird: die Vernichtung jeglichen landwirtschaftlichen Großbetriebes und seine Aufteilung in Zwergbetriebe, es wirkt dem Sozialismus in der Landwirtschaft und damit in der Gesellschaft überhaupt aufs stärkste entgegen.

Das auffallendste Merkmal der jetzigen russischen Revolution ist ihre Arbeit im Sinne von Eduard David. Er und nicht Lenin gibt dort die eigentliche Richtung der Revolution an.

Das ist der sozialistische Anschauungsunterricht, den sie erteilt. Er bezeugt ihren in Wahrheit bürgerlichen Charakter.

9. Die Hinterlassenschaft der Diktatur.

a) Die Landwirtschaft.

Die Diktatur soll nicht nur den besten Anschauungsunterricht für die sozialistische Propaganda liefern, sondern auch den Weg zum Sozialismus durch ihre Taten selbst in dem Falle abkürzen, daß sie sich nicht zu behaupten vermag und zusammenbricht, ehe sie ihr Ziel erreicht hat. Sie wird, so erwarten ihre Anhänger, vieles hinterlassen, was sich nicht wieder beseitigen, vieles aus dem Wege geräumt haben, was sich nicht wieder aufbauen läßt.

Auch diese Auffassung, wie so manche andere, fußt auf der Beobachtung der großen französischen Revolution, der *bürgerlichen* Revolution, in deren Bann immer noch jene stehen, die alles, was ihnen nicht paßt, als „bürgerlich" brandmarken und verwerfen, denen die Demokratie nur ein bürgerliches Vorurteil ist.

Die Beobachtung ist richtig, aber die Schlüsse, die aus ihr zu ziehen, sind andere als die der Verfechter der Diktatur. Diese vermag manches radikaler zu besorgen als die Demokratie, aber was dabei herauskommt, ist gerade nicht immer das, was die Diktatoren wollten. So hoch diese über allen anderen Gewalten im Staate stehen mögen, von einer bleiben sie stets abhängig: *von den materiellen Grundlagen der Gesellschaft*. Diese Grundlagen, und nicht der Wille der Diktatoren, entscheiden darüber, welches schließlich die sozialen Wirkungen der Diktatur sein werden.

Die stärkste Triebkraft der Schreckensherrschaft in der französischen Revolution waren die Proletarier und die halbproletarischen Kleinbürger von Paris. Was sie wollten, war die Ausgleichung der Vermögen, die Zerstörung der großen Vermögen. Das ist ihnen auch vielfach gelungen. Aber sie zerstörten nur weit gründlicher, als es anderswo in Europa geschehen ist, die feudalen Ueberreste und ebneten damit am wirksamsten den Weg für das Aufkommen der neuen kapi-

kalistischen großen Vermögen, die auch sofort nach dem Sturze der Schreckensherrschaft wie Pilze in die Höhe schossen. Das und nicht etwa die ökonomische Gleichheit war die Hinterlassenschaft jener Diktatur der Gleichmacher.

Um zu erfahren, welches die ökonomische Erbschaft der jetzigen Diktatur der Sowjets sein wird, müssen wir ebenfalls nicht bloß deren Absichten und Wünsche und Maßregeln in Betracht ziehen, sondern die ökonomische Struktur des Reiches. Sie ist entscheidend.

Diese Untersuchung mag manchem als langweilige Schulmeisterei erscheinen, die nicht zu vereinbaren sei mit dem revolutionären Feuer, das in einem Marx loderte. Niemand kann mit Bestimmheit sagen, was Marx in der jetzigen Situation gedacht und getan hätte. Sicher aber erweist sich jene langweilige Schulmeisterei als das einzige Verfahren, das vereinbar ist mit dem historischen Materialismus, dessen Begründung zu den unvergänglichsten Verdiensten von Karl Marx gehört. Einen Menschen, der glaubte, bei Fragen der Erkenntnis stehe der bloße Enthusiasmus höher als die Sachkunde, hätte Marx als leeren Phraseur beiseite geschoben.

Die ökonomische Grundlage Rußlands ist heute noch die Landwirtschaft, und zwar der bäuerliche Kleinbetrieb. Von ihm leben etwa vier Fünftel, vielleicht sogar fünf Sechstel seiner Bewohner. Im Jahre 1913 berechnete man in Rußland (ohne Finnland) die städtische Bevölkerung auf 24 Millionen und die auf dem Lande wohnende auf 147 Millionen. Die ungeheure Mehrzahl der letzteren sind Bauern. An diesem Verhältnis hat sich durch die Revolution nichts geändert. Es hat sich in dem letzten Jahre eher noch verstärkt. Zahlreiche Arbeiter sind auf das Land zurückgewandert. In den Städten hat der Hunger viel ärger gewütet wie bei den Bauern.

Bis zur Revolution lebte der Bauer unter einem halbfeudalen Drucke. Wohl hatte die Reform von 1861 die Leibeigenschaft aufgehoben, den Bauern zu einem formell freien Manne gemacht. Aber sie war nicht das Werk einer Revolution, sondern das Werk eines patriarchalischen Absolutismus, der väterlich dafür sorgte, daß die großen Grundbesitzer bei der Reform nichts verloren, eher gewannen. Der Bauer mußte seine Freiheit mit dem Verlust eines Teiles des Bodens bezahlen, den er bis zur Reform benutzt hatte, und mußte den Boden, der ihm zugewiesen wurde, teuer bezahlen. Wohl war der durchschnittliche Umfang einer Bauernwirtschaft größer als in Westeuropa. In Rußland machten vor der Revolution die Wirtschaften mit weniger als 5 Deßjatinen (5 Hektar) nur 10·6 Prozent aller Bauernwirtschaften aus, in Frankreich dagegen die Wirtschaften von 5 und weniger Hektar 71·4 und in Deutschland 76·5 Prozent (Maßloff: „Die Agrarfrage in Rußland", Stuttgart 1907, Seite 19). Aber die russische Landwirtschaft ist so rückständig durch Unwissenheit des Bauern, primitive Technik, Mangel an Vieh und Dünger, daß sie weit weniger produziert als in Westeuropa. In Frankreich beträgt der Ertrag an Weizen per Deßjatine 70·5 Pud (1 Pud = 16·38 Kilogramm), in Deutschland 77 Pud, in Rußland dagegen bloß 28·2 Pud (Maßloff, Seite 20).

Der Bauer war daher nach seiner Befreiung bald materiell in schlechterer Lage als vorher. Er verarmte, sein Betrieb ging nicht vorwärts, sondern eher zurück. Um nicht zu verhungern, mußte er von Großgrundbesitzern Landstücke pachten oder auf dem Boden, den dieser Besitzer selbst im Großbetrieb bewirtschaftete, Lohnarbeit leisten.

Meist sah er sich gezwungen, Vorschüsse für seine zu leistende Arbeit aufzunehmen, wodurch er in eine Schuldknechtschaft geriet, die oft viel drückender und hoffnungsloser war als die frühere Leibeigenschaft.

Die Sache wurde nicht besser dadurch, daß nun die Produktion des Bauern für den Markt, den inneren wie den äußeren, aufkam. Er bekam damit Geld in die Hand und die Möglichkeit, Geld zu sparen. Das ließ sich aber nur erreichen auf Kosten der Ernährung des Bauern. Ehedem hatte er den größten Teil seiner Produkte selbst verzehrt, weil er keinen Absatz dafür hatte. Nun fand er Absatz, nun verkaufte er so viel als möglich, behielt so wenig als möglich zurück. So wurde jedes Mißjahr zu einem Hungerjahr. Soweit der Bauer dabei Geld sparen konnte, verwendete er es nicht, um seinen Betrieb zu verbessern, sondern um mehr Land zu erwerben.

In der Zeit von 1863 bis 1892 wurden im europäischen Rußland landwirtschaftliche Grundstücke

	gekauft	verkauft
	Millionen	Rubel
von Adeligen	821	1459
„ Kaufleuten	318	135
„ Bauern	335	93

Das Land der Adeligen nahm also ab, das der Bauern wuchs neben dem der städtischen Bourgeoisie. Noch rascher aber wuchs die Landbevölkerung und so nahm die Bodenfläche, die durchschnittlich auf einen Bauern kam, ab, trotzdem das gesamte bäuerliche Areal etwas zunahm. Gleichzeitig verschwand unter der Einwirkung der Geldwirtschaft, der die Gesetzgebung nachhalf, immer mehr der Dorfkommunismus, der von Zeit zu Zeit eine gewisse Ausgleichung der Bodenanteile der einzelnen Bauern herbeigeführt hatte. Einzelne wurden wohlhabend, um so mehr verarmten die anderen. Beide aber, wohlhabende wie arme Bauern, sahen immer gieriger nach dem Lande des großen Grundbesitzers, von dem sie ihre Rettung erwarteten. Der Umsturz der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande war ihr Sehnen, sie wurden eine revolutionäre Klasse. Ihr Sehnen fand Ausdruck und Gestaltung durch die revolutionäre Intelligenz der Städte. Die Sozialisten Rußlands waren sich einig darüber, daß eine Revolution des Grundbesitzes für Rußland ebenso unerläßlich sei, wie ein Umsturz des zaristischen Absolutismus. Doch bildeten sich unter den Sozialisten zwei Richtungen. Die einen meinten, der primitive Dorfkommunismus befähige den Bauern und damit ganz Rußland, sofort in den Sozialismus hineinzuspringen, freilich in einen ganz eigenartigen. Diese Richtung nahm verschiedene Formen an, schließlich die der Sozialrevolutionäre. Ihnen standen die Marxisten gegenüber, die den Grundsatz verfochten, daß Rußland ebenso wenig wie ein anderes Land „naturgemäße Entwicklungsphasen überspringen oder wegdekretieren könne“, daß die kommende Revolution nur die Reste des Feudalismus wegräumen und die kapitalistische Entwicklung beschleunigen könne, auf Grund deren ein durch die neu gewonnene Demokratie geschultes Proletariat heranreife, das dann, auf gleicher Höhe mit dem Proletariat Westeuropas, gleichzeitig mit diesem den Sozialismus zu erringen vermöge.

Alle Sozialisten ohne Unterschied der Richtung waren sich aber darin einig, die Bauernschaft in ihrem Streben nach Beseitigung der Reste des Feudalismus zu unterstützen. Das kam den Bauern deutlich

zum Bewußtsein in der Revolution 1905. Von da an hat das Zusammenwirken der Bauern mit den Sozialisten, namentlich durch Vermittlung der Sozialrevolutionäre immer engere Formen angenommen. So erstand nach der Revolution von 1917 die Organisation der Sowjets als eine nicht bloß proletarische, sondern auch bäuerliche.

Der Großgrundbesitz wurde durch die Revolution unhaltbar. Das trat sofort klar zutage. Ihn der bäuerlichen Bevölkerung zu übergeben, wurde unvermeidlich. Indes war man keineswegs einig darüber, in welchen Formen das geschehen sollte. Verschiedene Lösungen waren denkbar. Vom sozialistischen Standpunkt die rationellste wäre die gewesen, die Großbetriebe in Staatsbesitz zu übernehmen und durch die Bauern, die auf ihnen bisher als Lohnarbeiter tätig gewesen waren, nun in genossenschaftlichen Formen bearbeiten zu lassen. Indessen setzt diese Lösung eine Landarbeiterschaft voraus, wie sie Rußland nicht besitzt. Eine andere Lösung hätte dahingehen können, daß der Großgrundbesitz in Staatseigentum überging, jedoch in kleine Güter verteilt wurde, die von den landarmen Bauern in Pacht genommen wurden. Da wäre noch etwas von Sozialismus dabei verwirklicht worden.

Aber der Kleinbetrieb trachtet, wo er nur kann, nach dem vollen Privateigentum an seinen Produktionsmitteln. Diesen Charakter hat er bisher noch überall gezeigt und der russische Bauer macht keine Ausnahme trotz der Traditionen des Dorfkommunismus. Die Zerschlagung der großen Güter und ihre Aufteilung, das war sein Programm und er war stark genug, es durchzusetzen. Niemand konnte ihn hindern.

Indes wäre es im Interesse der Bauernschaft selbst wünschenswert gewesen, daß die Aufteilung systematisch betrieben wurde, daß das Land denjenigen gegeben wurde, die es am nötigsten brauchten, die es aber auch benützen konnten. Nur eine Autorität gab es, die eine solche systematische Aufteilung hätte durchsetzen können: Die Konstituante, die Vertreterin des Gesamtwillens der Nation, die große Mehrheit der Bauern inbegriffen.

Doch diese ließ zu lange auf sich warten, die Bauern fingen überall an, zur Selbsthilfe zu greifen, wobei viele wertvolle Produktionsmittel zerstört wurden. Die Sowjetorganisation beseitigte dann jede Aussicht auf Regelung der Agrarfrage durch die Konstituante und überließ es den Bauern eines jeden Rayons, mit dem Boden des großen Grundbesitzes anzufangen, was sie wollten und nach ihrem Belieben die Teilung vorzunehmen. Einer der ersten Beschlüsse der Sowjetregierung verordnete:

> „1. Das gutsherrliche Eigentum an Grund und Boden wird ohne Entschädigung sofort aufgehoben.
>
> 2. Die Güter der Grundherren sowie die Apanagen-, Kloster- und Kirchengüter mit ihrem gesamten lebenden und toten Inventar, ihren Wirtschaftsgebäuden und allem Zubehör gehen, bis zur Entscheidung der Bodenfrage durch die konstituierende Versammlung, in die Verfügung der Bezirksbodenkomitees und der Kreisräte der Bauerndeputierten über."

Die Verweisung auf die konstituierende Versammlung blieb toter Buchstabe. Tatsächlich konnten die Bauern der einzelnen Bezirke mit dem Gutsbesitz anfangen, was sie wollten.

Damit war von vornherein eine Ausgleichung zwischen reichen Bezirken mit vielen großen Bauern und armen mit lauter Zwerg-

bauern ausgeschlossen. Es war aber auch innerhalb des einzelnen Bezirks keine Gewähr dafür gegeben, wer den Boden bekam. Wo die reichen Bauern dominierten, ob durch ihre Zahl oder nur durch ihren Einfluß, zogen sie den Löwenanteil des großen Grundbesitzes an sich. Eine allgemeine Statistik der Bodenverteilung gibt es nicht. Aber vielfach wird behauptet, daß die reichen Bauern in der Regel bei der Aufteilung des Landes am besten weggekommen seien.

Sicher ist, daß auch die Sowjetrepublik nicht eine Lösung der Agrarfrage im Sinne der Ausgleichung des Bodenbesitzes gebracht hat. Das erkennt sie selbst an. In ihren Anfängen bildeten die bäuerlichen Sowjets die Organisationen der Bauernschaft überhaupt. Heute verkündet sie, die Sowjets stellten die Organisationen der Proletarier und der armen Bauern dar. Die Wohlhabenden verlieren das Wahlrecht zu den Sowjets. Der arme Bauer wird hier als dauerndes und massenhaftes Produkt der sozialistischen Agrarreform der „Diktatur des Proletariats" anerkannt. Wohl dürfte er in vielen Dörfern die Minderheit bilden, sonst wäre es zwecklos, ihn durch Abschaffung des Wahlrechts der größeren und mittleren Bauern schützen zu wollen. Aber auf jeden Fall bildet er noch einen sehr erheblichen Bruchteil der russischen Bauernschaft.

Bei dieser Besitzverteilung scheint sich die Sowjetrepublik beruhigen zu wollen. Und sie tut gut daran. Es könnte ihr an den Kragen gehen, wenn sie an das bäuerliche Privateigentum tippen wollte.

Sie greift allerdings in das Verhältnis zwischen reicheren und ärmeren Bauern ein, jedoch nicht durch eine neue Bodenverteilung. Um dem Mangel der Städter an Lebensmitteln abzuhelfen, wurden Abteilungen bewaffneter Arbeiter auf die Dörfer geschickt, die den reicheren Bauern ihren Ueberschuß an Lebensmitteln abnahmen. Ein Teil wurde der städtischen Bevölkerung zugewiesen, ein Teil den ärmeren Bauern. Darin ist wohl nur eine vorübergehende Notstandsmaßregel zu sehen sowie eine bloß auf gewisse Gegenden — die Umgebung der großen Städte — beschränkte. Sie allgemein durchzuführen, wäre die bewaffnete Macht der Städte ganz unzureichend. Auf keinen Fall vermöchte sie den Ausgleich zwischen arm und reich auf dem Lande herbeizuführen, selbst wenn sie regelmäßig, jahraus, jahrein wiederholt würde. Wohl aber wäre sie in letzterem Falle ein wirksames Mittel, die Landwirtschaft gänzlich zu ruinieren.

Wo privat produziert wird und der Produzent damit rechnen muß, daß ihm sein ganzer Produktionsüberschuß über das zur Deckung seiner Bedürfnisse Erforderliche hinaus genommen wird, da schränkt er seine Produktion auf das unerläßlichste Minimum ein. Das ist einer der Gründe des Verfalls der Landwirtschaft in manchen Ländern des orientalischen Despotismus, in denen der Steuerpächter den Bauern jeglichen Ueberschuß über das Unentbehrlichste hinaus abnimmt. Ein gleicher Fall würde in Rußland eintreten. Der Sozialismus will die Ausgleichung der ökonomischen Unterschiede erreichen durch Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und der Produktionsweise. Damit wird die Gesellschaft auch Herrin der Produkte. Sie kann dabei die Produktion aufs höchste steigern und die Produkte nach den Gesichtspunkten gesellschaftlicher Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit verteilen.

Dagegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die private Produktion fortbestehen lassen und die von den Produ-

zenten erzielten Ueberschüsse regelmäßig mit Beschlag belegen, heißt nur, die Produktion ruinieren, gleichviel, ob damit einem orientalischen Despoten oder einer proletarischen Diktatur gedient werden soll.

Nicht dasselbe gilt natürlich von dem Verfahren dort, wo es nur als eine gelegentliche Notstandsmaßregel gedacht ist. Da mag es mitunter unentbehrlich sein. Anders sind wohl auch die jetzigen Expropriierungen wohlhabender Bauern nicht gedacht. Sie ändern nicht das mindeste am sozialen Aufbau der russischen Gesellschaft. Nur tragen sie ein neues Element der Unruhe und des Bürgerkrieges in den Produktionsprozeß hinein, der zu seiner Gesundung der Ruhe und Sicherheit dringend bedarf.

Indes, selbst wenn die Diktatur der Sowjets die Kraft und den Willen hätte, eine neue Landverteilung vorzunehmen und den Boden völlig gleichmäßig zu verteilen, wäre damit den Bauern nicht viel geholfen, da bei der heutigen primitiven Produktion das Kulturland Rußlands nicht ausreicht, einem jeden Bauern soviel Land zu geben, daß er der Armut entzogen würde.

Mit Recht sagt Maßloff in dem schon mehrfach zitierten Buche:

„Der Versuch, die Wirtschaften auszugleichen, ist nur auf dem Boden allgemeiner Armut zu verwirklichen. Bei Aufrechterhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln alle reich zu machen, ist eine kleinbürgerliche und vulgäre Utopie. Wenn diese Art Gleichheit unausführbar ist, so existiert im Gegensatz dazu die Gleichheit der Armut in vielen Gegenden, und die Ausdehnung eines solchen Zustandes wird wohl schwerlich irgendwen begeistern. In welchem Umfange man auch den bäuerlichen Grundbesitz ausdehnen mag, es wird immer zu wenig Boden geben, um alle Bauernwirtschaften wohlhabend machen zu können.

Das Streben, das Bauernleben in den Rahmen des kleinbürgerlichen Ideals — einer ökonomischen Gleichheit aller kleinen Eigentümer — einzuzwängen, ist nicht nur utopistisch, sondern auch reaktionär (S. 240)."

Die Bauernschaft Rußlands in ihrer Gesamtheit wirtschaftlich zu heben, das kann bei der gegebenen Bevölkerungszahl und dem vorhandenen Kulturboden durch keinerlei Art Landverteilung geleistet werden. Dazu bedarf es des Uebergangs zu höheren Betriebsformen, die eine verbesserte allgemeine Bildung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und ihre vermehrte Ausstattung mit Vieh, Werkzeugen, Maschinen, künstlichem Dünger erheischen — alles Bedingungen, die sich auf der Grundlage allgemeiner Zwergwirtschaft am schwersten und langsamsten erreichen lassen.

Sind die Bedingungen zu intensiver kapitalistischer Landwirtschaft in Rußland nur schwach entwickelt und durch die Revolution vorübergehend in mancher Beziehung noch verschlechtert, so sind die Bedingungen für sozialistische Produktion dort noch gar nicht gegeben, die nur auf der Grundlage des Großbetriebs bei hoch entwickelter landwirtschaftlicher Technik erstehen kann. Nur eine solche Technik, die Anwendung der Wissenschaft und der vollkommensten Maschinen und Verfahren sowie weitgehende Arbeitsteilung machen den Großbetrieb vorteilhaft und eine neue Produktionsweise wird nur dort übernommen und festgehalten, wo sie vorteilhaft ist, entweder höheres Produkt liefert oder Arbeit erspart. Auf Grundlage der primitiven Technik und der Unwissenheit des russischen Kleinbauern einen landwirtschaftlichen Großbetrieb aufbauen zu wollen, wäre ganz zwecklos. Wohl spricht man in bolschewistischen Kreisen

hin und wieder von der Einführung einer sozialistischen Landwirtschaft, nachdem man die großen Güter zerschlagen und unter die Bauern aufgeteilt hat. Wir haben schon der Thesen über die sozialistische Revolution und die Aufgaben des Proletariats während seiner Diktatur in Rußland gedacht. Die 24. unter ihnen lautet:

„Dann muß die vollständige Enteignung der Großgrundbesitzer erwähnt werden. Grund und Boden wurde zum „Allgemeingut" erklärt. Die weiteren Aufgaben sind folgende: Organisation des staatlichen Ackerbaues: kollektive Bearbeitung der früheren Latifundien: die Vereinigung der kleinen Wirtschaften in größere Einheiten mit Kollektivverwaltung (die sogenannten „landwirtschaftlichen Kommunen") rc."

Damit, daß man etwas für eine Aufgabe erklärt, ist sie leider noch nicht gelöst. Die kollektive Landwirtschaft ist in Rußland einstweilen noch dazu verurteilt, auf dem Papier zu bleiben. Noch nirgends und zu keiner Zeit sind Kleinbauern auf Grund theoretischer Ueberzeugungen zu kollektiver Produktion übergegangen. Die bäuerlichen Genossenschaften erfassen alle möglichen Zweige der Wirtschaft, nur nicht den grundlegenden: die Bodenbestellung. Der Ackerbau auf der Basis kleinbäuerlicher Technik erzeugt überall mit Naturnotwendigkeit das Streben nach Absonderung einzelner kleiner Betriebe voneinander und nach dem Privateigentum an Grund und Boden. So ist es in Europa gegangen, in Amerika, es wiederholt sich in der ganzen Welt. Sollte gerade der russische Bauer ein solcher phänomenaler Ausnahmsmensch sein, daß er sich dem allgemeinen Gesetz entzieht? Wer ihn als gewöhnlichen Menschen betrachtet und mit den Bauern der übrigen Welt vergleicht, wird die Erwartung für eine Illusion erklären, auf der Basis der heutigen Landwirtschaft Rußlands könne eine sozialistische Wirtschaft eingerichtet werden.

Die Revolution hat vielmehr jetzt in Rußland dasselbe geleistet, was sie 1789 in Frankreich leistete und ihre Nachwehen in Deutschland leisteten. Sie hat durch Hinwegfegung der Reste des Feudalismus das Privateigentum am Boden reiner und stärker zum Ausdruck gebracht, als es vorher gewesen. Sie hat den Bauern, der bisher am Umsturz des Grundeigentums, das heißt des großen, interessiert war, nun zum energischesten Verteidiger des neu geschaffenen Grundeigentums gemacht, das private Eigentum an den Produktionsmitteln sowie die Warenproduktion neu befestigt: beides aber bildet die Grundlagen, auf denen mit Naturnotwendigkeit kapitalistische Produktion immer wieder von neuem entspringt, wie sehr sie auch zeitweise gestört und selbst zerstört werden mag.

Selbst die ärmeren Bauern denken nicht daran, das Prinzip des Privateigentums am Boden aufzugeben. Nicht durch kollektiven Betrieb wollen sie ihre Lage verbessern, sondern durch Vermehrung ihres Bodenanteils, also ihres Privateigentums. Die Gier nach Land, die den Bauern immer kennzeichnet, sie wird jetzt, nach der Zertrümmerung der großen Güter, zur stärksten Stütze des Privateigentums. Als solche erweist sich der Bauer in allen Staaten, in denen der Feudalismus überwunden ist. Als solche wird er von den besitzenden Klassen als ihre zuverlässigste Schutztruppe gehegt und gepflegt. In Rußland wird es nicht anders gehen.

Das wird das sicherste und dauerndste Ergebnis der jetzigen „Diktatur des Proletariats und der ärmsten Bauern" in Rußland sein.

Das Interesse des Bauern an der Revolution erlischt daher, sobald sein neues Privateigentum gesichert ist. Er wird sich gegen jede Macht erheben, die auf seine Kosten den alten Großgrundbesitz wieder herstellen wollte. Er hat aber kein Interesse, darüber hinauszugehen.

Und wie sein Interesse für die Revolution, schwindet sein Interesse für seinen bisherigen Verbündeten, das städtische Proletariat.

Je mehr die Produktion des Bauern für den Selbstgebrauch zurückgeht, je mehr er für den Markt produziert und auf sein Geldeinkommen angewiesen ist, um so größer sein Interesse an der Höhe der Preise seiner Produkte. Das wird nach der Ueberwindung des Feudalismus das ihn beherrschende Interesse. Das bringt ihn aber in Gegensatz nicht zum Großgrundbesitz, der vielmehr mit ihm dies Interesse gemein hat, darin sein Bundesgenosse ist, sondern zu der nicht landwirtschaftlichen, städtischen, industriellen Bevölkerung. Vor allem zu den Arbeitern, die einen größeren Teil ihres Einkommens als die Bourgeois auf Nahrungsmittel ausgeben müssen, die an niedrigen Lebensmittelpreisen daher das größte Interesse haben.

Solange der Feudalismus dauert, sind die Bauern und die unteren Klassen der Städte die besten Bundesgenossen. Das erweisen sie in ihren Kämpfen vom deutschen Bauernkrieg von 1525 an bis zur französischen Revolution von 1789. Sobald die bürgerliche Revolution vollzogen ist, beginnt der Uebergang der Bauern in das dem städtischen Proletariat feindliche Lager. Nicht nur die großen Bauern ebenso wie der große Grundbesitz sind dort zu finden, sondern auch die kleinen Bauern, selbst in den demokratischen Republiken, wie der Schweiz.

Der Uebergang der Kleinbauern in dieses Lager hat sich nicht mit einem Schlage vollzogen, sondern allmählich, in dem Maße, in dem die Traditionen des Kampfes gegen den Feudalismus zurücktraten und die Produktion für den Selbstgebrauch durch die Produktion für den Markt verdrängt wurde. So hat sich auch in unseren Reihen lange die Auffassung erhalten, die Marx noch 1871 in seiner Schrift über den Bürgerkrieg in Frankreich vertrat, als könnten die Bauern an der kommenden proletarischen Revolution ebenso teilnehmen, wie sie in den bürgerlichen Revolutionen Hand in Hand mit dem Proletariat gegangen waren. Heute noch suchen die Regierungssozialisten nach einem Agrarprogramm, das heißt nach einem Programm, das den Bauern ein Interesse am proletarischen Klassenkampf einflößt. Die Praxis aber zeigt überall einen wachsenden Gegensatz zwischen Proletariat und Bauernschaft.

Auf dem Lande haben nur jene Elemente ein gleiches Interesse mit dem städtischen Proletariat, die selbst Proletarier sind, das heißt, die nicht vom Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten, sondern vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, von der Lohnarbeit.

Der Sieg des Proletariats hängt ab von der Ausdehnung der Lohnarbeit auf dem Lande — einem Prozeß, der nur langsam, oft gar nicht durch Zunahme des landwirtschaftlichen Großbetriebs, sehr schnell aber durch Verlegung von Industriebetrieben auf das flache Land vor sich geht. Daneben hängt der proletarische Sieg davon ab, daß die städtische und industrielle Bevölkerung rascher wächst als die ländliche und landwirtschaftliche. Und das ist ein Prozeß, der rapid vorwärts geht. In den meisten Industriestaaten nimmt die ländliche Bevölkerung nicht bloß relativ, sondern sogar absolut ab. Im

Deutschen Reich betrug die Landbevölkerung 1871 noch 26·2 von 41 Millionen, 64 Prozent der Gesamtbevölkerung, 1910 nur noch 25·8 von 65 Millionen, 40 Prozent. Die landwirtschaftliche Bevölkerung ist noch geringer als die Landbevölkerung. Sie machte bei der ersten Berufszählung 1882 noch 19·2 von 45·2 Millionen aus, 42·5 Prozent der Gesamtbevölkerung, 1907 nur noch 17·7 von 61·7 Millionen, 28·7 Prozent. Von diesen 17·7 Millionen gehörten zu den Selbständigen nur 11·6 Millionen, zu den Lohnarbeitern 5·6 Millionen, der Rest zu den Angestellten. Die bäuerliche Bevölkerung beträgt also nur ein Sechstel der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches. Die proletarische machte dagegen mit rund 34 Millionen schon 1907 mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Sie ist seitdem sicher noch stark gewachsen, wird nicht mehr weit davon entfernt sein, zwei Drittel der Bevölkerung auszumachen.

Ganz anderer Art sind die Verhältnisse in Rußland. Wir haben schon oben gezeigt, wie ungeheuer dort das Uebergewicht der Bauernschaft ist. Daß sie mit dem Proletariat zusammenging, ermöglichte den Sieg der Revolution, bezeugte aber auch den bürgerlichen Charakter dieser Revolution. Je mehr sie sich als solche vollendet und befestigt, das heißt je sicherer das neugewonnene bäuerliche Privateigentum wird, desto mehr wird der Boden bereitet, auf der einen Seite für eine kapitalistische Wirtschaft und auf der anderen Seite für einen wachsenden Gegensatz zwischen Bauern und Proletariern. Die ökonomischen Tendenzen, die in dieser Richtung wirken, sind in dem Stadium des heutigen Rußland übermächtig und selbst die gewalttätigste Diktatur vermöchte sie nicht zu brechen. Sie wird sie vielmehr als Diktatur der Bauern noch fördern.

b) Die Industrie.

Anderer Art als die Landwirtschaft ist die Industrie Rußlands. Auch sie weist noch viele primitive Formen auf, aber der kapitalistische Teil dieser Industrie zeigt gerade wegen seiner Jugend ihre modernsten und höchstentwickelten Formen. Und auch die industrielle Arbeiterschaft Rußlands weist neben zahlreichen Analphabeten, die vom Lande stammen und noch ganz in der Enge dörflicher Auffassungen befangen sind, nicht wenige Elemente auf, die sich das Gesamtmaß moderner Bildung angeeignet haben, das dem Proletarier heute überhaupt zugänglich ist; die von demselben theoretischen Interesse erfüllt sind, das Marx vor einem halben Jahrhundert bei dem deutschen Arbeiter rühmend hervorhob, die von einem Bildungshunger getrieben werden, den bei westeuropäischen Arbeitern die demokratische Kleinarbeit nur zu häufig ertötet.

Sollte sich auf diesen Grundlagen nicht schon eine sozialistische Produktionsweise aufrichten lassen?

Man könnte so meinen, wenn der Sozialismus darin bestände, daß die Arbeiter einzelner Fabriken und Bergwerke diese sich aneigneten, um jede von ihnen besonders zu bewirtschaften.

Eben, wie ich das schreibe (5. August), wird aus Moskau eine Rede Lenins vom 2. August mitgeteilt, in der er gesagt haben soll:

> „Die Arbeiter halten die Fabriken fest in ihren Händen und die Bauern werden das Land den Gutsbesitzern nicht zurückgeben."

Die Parole: „Die Fabrik den Arbeitern, der Boden den Bauern" war bisher nicht eine sozialdemokratische, sondern eine

anarchisch-syndikalistische Forderung. Die Sozialdemokratie forderte: Die Fabriken und der Boden der Gesellschaft.

Der einzelne Bauer kann zur Not sein Gut bewirtschaften ohne Zusammenhang mit anderen Betrieben Eine moderne Fabrik steht dagegen mitten in einem Netze gesellschaftlicher Zusammenhänge und ist isoliert undenkbar. Es genügt nicht, daß die Arbeiter einer Fabrik sie in Besitz nehmen, auch wenn sie intelligent und diszipliniert genug sind, sie richtig zu verwalten. Die Fabrik kann keinen Tag in Betrieb sein ohne Zufuhren von anderen Betrieben, ohne Rohstoffe, ohne Kohlen, ohne Hilfsstoffe aller Art, ohne regelmäßigen Absatz ihrer Produkte. Versagen die Rohstoffproduzenten, die Bergwerke oder das Transportwesen, dann versagt auch die Fabrik. Ihr Betrieb als sozialistischer setzt voraus, daß ein ganzes Netz gesellschaftlicher Produktion geschaffen wird. Nur wenn die Gesellschaft das vermag, ist sozialistische Produktion möglich.

Die Sozialdemokratie fordert nicht die Auslieferung der Fabrik an ihre Arbeiter, sondern sie strebt gesellschaftliche Produktion, Produktion für den Selbstbedarf der Gesellschaft an Stelle der Warenproduktion an und das ist nur erreichbar durch gesellschaftlichen Besitz der Produktionsmittel. Auch die Bolschewiki verkünden bisher die Nationalisierung der Fabriken, nicht ihren Uebergang in die Hände der Arbeiter. Das letzte würde nur den Uebergang zu einer neuen Form des Kapitalismus bedeuten, wie die Erfahrungen mit zahlreichen Produktivgenossenschaften gezeigt haben. Die neuen Besitzer würden ihren Besitz als eine privilegierte Stellung gegenüber arbeitsuchenden Zuzüglern verteidigen, wie sie namentlich die russische Bauernschaft mit ihren unzureichenden Landanteilen immer wieder von neuem hervorbringen muß.

Eine dauernde Ueberwindung des Kapitalismus ist nicht möglich dadurch, daß man die Fabriken den in ihnen beschäftigten Arbeitern übergibt, sondern nur durch Uebergabe der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft, das heißt der Gesamtheit der Konsumenten, damit für deren Bedürfnisse produziert werde. Also in den Besitz des Staates oder, bei nur lokalen Produktionsmitteln, der Gemeinde, eventuell auch von Konsumgenossenschaften.

Diesen Weg hat man ja auch versucht, jetzt in Rußland zu gehen. Wie weit man dabei kommt, ist noch nicht abzusehen. Diese Seite der Sowjetrepublik ist jedenfalls von höchstem Interesse für uns, doch schwebt sie leider noch völlig im dunkeln. An Dekreten fehlt es freilich nicht, wohl aber an zuverlässigen Nachrichten über das Wirken der Dekrete. Eine sozialistische Produktion ist unmöglich ohne eine umfassende, detaillierte, zuverlässige und rasch informierende Statistik. Zu einer solchen hat aber bisher die Sowjetrepublik noch nicht kommen können. Was wir über ihr ökonomisches Wirken erfahren, ist höchst widerspruchsvoll und entzieht sich jeder Nachprüfung.

Auch das ist eine der Wirkungen der Diktatur und der Unterdrückung der Demokratie. Da die Freiheit der Presse und des Wortes fehlt, kein zentraler Repräsentationskörper vorhanden ist, in dem alle Klassen und Parteien vertreten sind und sich äußern können, liegt für die tatsächlichen Diktatoren die Versuchung nahe, nur Nachrichten an die Oeffentlichkeit dringen zu lassen, die ihnen zusagen. Ob sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen oder nicht, das Vertrauen zu ihren Mitteilungen fehlt. Dabei schweigt nicht die Kritik, sie sucht bloß unterirdische Kanäle. Sie verbreitet sich durch Wiedergabe von

Mund zu Mund fast ebenso rasch wie bei öffentlicher Kundgebung, aber ohne die Kontrolle der Oeffentlichkeit. Das Gerücht kennt keine Schranken. So werden wir von rechts und links mit Nachrichten überschüttet, die einander widersprechen und müssen ihnen allen zunächst mit Mißtrauen gegenüberstehen.

Welches Ergebnis die sozialistischen Versuche der Sowjetregierung zeitigen werden, läßt sich also zurzeit noch nicht feststellen, nicht einmal annähernd vermuten. Sollte sie aber auf diesem Gebiet etwas schaffen können, das sich nicht wieder rückgängig machen ließe, das sie überdauern würde, wenn sie sich nicht zu behaupten vermöchte?

Daß sie den Kapitalismus radikal vernichtet, nimmt wohl niemand mehr an. Sie kann sicher viel kapitalistisches Eigentum vernichten, viele Kapitalisten in Proletarier verwandeln, aber das ist nicht gleichbedeutend mit Herstellung einer sozialistischen Produktion. Soweit diese nicht gelingt, wird der Kapitalismus wieder erstehen, erstehen müssen, wird wahrscheinlich sehr rasch wieder erstehen und die Diktatur des Proletariats bloß einen Personenwechsel herbeiführen. An Stelle der bisherigen Kapitalisten, die zu Proletariern wurden, treten Proletarier oder Intellektuelle, die zu Kapitalisten werden. Diejenigen haben dabei Aussicht, den meisten Rahm abzuschöpfen, die sich rechtzeitig auf Seite derjenigen Regierung stellen, die in dem Chaos sich als die letzte behaupten und es in normale Zustände überleiten wird. Jetzt schon hat sich die Sowjetregierung zu verschiedenen Kompromissen dem Kapital gegenüber gedrängt gesehen. Bereits am 28. April gestand Lenin in seiner schon zitierten Rede (mitgeteilt im Nachrichtendienst der „Internationalen sozialistischen Kommission"), man sei mit der Expropriierung des Kapitals zu rasch vorgegangen.

> „Wenn wir mit der Enteignung in gleichem Tempo fortfahren würden, würden wir bestimmt eine Niederlage erleiden. Die Organisierung der Produktion unter proletarischer Kontrolle ist offenkundig hinter der Expropriierung des großen Kapitals zurückgeblieben."

Auf diese Organisierung aber kommt es an. Nichts leichter für einen Diktator, als zu expropriieren. Aber einen großen Organismus gesellschaftlicher Arbeit herzustellen und in Gang zu bringen, dazu genügt nicht ein Dekret und die Rote Garde.

Noch mehr wie vor dem russischen Kapital mußte aber die Sowjetrepublik vor dem deutschen zurückweichen und seine Ansprüche anerkennen. Wie weit das Kapital der Entente sich in Rußland wieder durchsetzen wird, ist noch fraglich. Alles sieht danach aus, als hätte die „Diktatur des Proletariats" das russische Kapital bloß vernichtet, um Platz für das deutsche und amerikanische zu schaffen.

Immerhin, wie dem auch sein möge, es ist zu erwarten, daß die Verstaatlichung mancher Industriezweige, die von der Sowjetregierung angebahnt wurde, sich erhält, auch wenn diese gestürzt werden sollte, und daß darin neben der Zertrümmerung des großen Grundbesitzes die zweite große Maßregel der Diktatur des Proletariats zu suchen ist, die sich nicht wieder rückgängig machen läßt. Das ist um so wahrscheinlicher, als wir hier eine Bewegung sehen, die sich in allen modernen Staaten vollzieht, auch den kapitalistischen. Die Not des Krieges hat sie erzeugt — wir erinnern an die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Amerika — die Not des Friedens wird sie fortsetzen. Ueberall müssen wir auf fiskalische Monopole gefaßt sein.

Aber das bezeugt schon, daß Staatswirtschaft noch nicht Sozialismus ist. Ob sie es ist oder nicht, das hängt vom Charakter des Staates ab.

Nun ist der russische Staat ein Bauernstaat. Er ist es heute mehr als je, denn der Bauer hat jetzt seine eigene Macht fühlen gelernt. Er ist in Rußland ebensowenig als anderswo imstande, seine Macht direkt im Staate auszuüben, dazu machen ihn seine Lebensbedingungen nicht geeignet. Aber er wird keine Macht mehr dulden, die nicht seine Interessen wahrnimmt — auch gegenüber dem städtischen Proletariat.

Der bäuerlichen Warenproduktion gegenüber wird auch die Staatsindustrie für den Markt produzieren müssen, nicht für den Selbstbedarf des Staates. Ihr vornehmstes Absatzgebiet, ihren inneren Markt, wird eben die Bauernschaft bilden.

Ebensosehr wie der Bauer an hohen Preisen der landwirtschaftlichen Produkte, die er verkauft, ist er an niederen Preisen der Industrieprodukte interessiert, die er kauft. Der privaten Industrie gegenüber kann es ihm gleichgültig sein, wie diese niederen Preise zustande kommen, ob auf Kosten des Arbeitslohnes oder des Profits. Er hat kein Interesse an hohen Profiten des industriellen privaten Kapitals.

Anders steht es jedoch mit der Staatswirtschaft. Je höher deren Profite, desto niedriger der Betrag der Staatseinnahmen, der durch Steuern zu decken ist und der in einem Bauernstaat vornehmlich von der Bauernschaft aufgebracht werden muß. Der Bauer ist demnach ebensosehr interessiert an höheren Profiten der Staatsbetriebe wie an niederen Preisen ihrer Produkte: das bedeutet aber niedere Arbeitslöhne.

So sehen wir auch hier wieder die Quelle eines Gegensatzes zwischen Bauer und Industriearbeiter, eines Gegensatzes, der sich um so schärfer ausprägen wird, je größere Ausdehnung die Staatswirtschaft annimmt.

Dieser Gegensatz, und nicht der Sozialismus, das wird die wahre Hinterlassenschaft der russischen Revolution sein.

Es wäre freilich falsch, die Schuld daran dem Bolschewismus zuzuschreiben. Vieles von dem, was man ihm vorwirft, ist die notwendige Folge der Verhältnisse, die er vorfand, und wäre bei jedem anderen Regime ebenso sicher eingetreten. Doch gehört es zum Wesen der Diktatur, daß sie alle vorhandenen Gegensätze verschärft und auf die Spitze treibt.

Die Hungersnot ist nicht durch die Diktatur geschaffen, sondern durch die Mißwirtschaft des Zarismus und den Krieg. Aber daß sich Landwirtschaft und Transportwesen in dem Halbjahr nach dem Frieden so wenig erholten, ist eine Folge des Bürgerkrieges, der unter der Diktatur die einzige Form der Opposition ist und daher bei lebhaftem politischen Interesse der Massen unvermeidlich wird.

Auch die Auflösung des Heeres war ein Prozeß, den der Bolschewismus schon vorfand. Doch hat er sich selbst gerühmt, sie auf das lebhafteste gefördert und dadurch den Friedensschluß erzwungen zu haben, einen Frieden, der ihn selbst nicht mehr begeistert.

So war auch die Zerschlagung des großen Grundbesitzes unter die Bauernschaft ein Vorgang, der bereits angebahnt war, ehe die Bolschewiki sich der politischen Gewalt bemächtigten, und den bei der

großen Ueberzahl der Bauern niemand hätte verhindern können. Doch die Ausschaltung der Konstituante hat dazu beigetragen, daß auch die letzte Spur gesellschaftlichen Einflusses auf die Verwendung des enteigneten großen Grundbesitzes verlorenging und seine Aufteilung rein privater Willkür der nächstbeteiligten Interessenten überlassen blieb.

Endlich das Auftauchen des Gegensatzes zwischen Bauer und Industriearbeiter ist auch eine Erscheinung, die sich nicht vermeiden läßt, die mit Naturnotwendigkeit aus den gegebenen ökonomischen Verhältnissen herauswächst. Die bolschewistische Diktatur ist hiefür nicht verantwortlich. Doch auch hier hat ihre Herrschaft Verhältnisse gezeitigt, die den Gegensatz verschärfen und vertiefen. Mit der Auflösung der Konstituante und der Auflösung der Armee gingen die zwei Elemente verloren, die Rußland am ehesten vor dem Zerfall und der Aufteilung schützen konnten. Jetzt sind gerade die landwirtschaftlich reichsten Gegenden des bisherigen Rußland von diesem losgelöst. Bleibt es dabei, dann hört es auf, namentlich wenn auch Sibirien sich abtrennen sollte, ein Getreide oder Nahrungsmittel überhaupt exportierendes Land zu sein. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte Rußlands werden dann nur durch seinen inneren Markt, nicht seinen äußeren bestimmt.

Das ist aber der Zustand, in dem unter der Warenproduktion der Gegensatz zwischen Bauer und Industriearbeiter am ehesten und schroffsten zur Geltung kommt. In Ländern, die einen großen landwirtschaftlichen Export haben, nimmt der Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft eher die Form eines Gegensatzes von Staaten als von Klassen an, die Form eines Gegensatzes zwischen Industriestaat und Agrarstaat. Das eigentliche Rußland hat jetzt durch den Frieden von Brest-Litowsk aufgehört, ein agrarischer Exportstaat zu sein und eine Gestaltung bekommen, die am raschesten und heftigsten ökonomische Kämpfe zwischen Bauern und Industriearbeitern hervorrufen muß.

Indes auf keinen Fall lassen sich diese Kämpfe gänzlich vermeiden. Um so wichtiger wird es für eine vorausschauende Politik, dem Boden, auf dem die Gegensätze ausgefochten werden, eine Gestaltung zu geben, die dem Proletariat die beste Entfaltung seiner Kräfte ermöglicht. Diesen Boden zu schaffen, nicht nur dem Kapital, sondern auch dem Agrariertum gegenüber, das war während der Revolution die wichtigste Aufgabe für die Vertreter des russischen Proletariats. Sie bedeutete aber nichts anderes als die festeste Verankerung der Demokratie.

Diese Aufgabe des proletarischen Befreiungskampfes, die nicht minder wichtig ist als die Herbeiführung gesellschaftlicher Produktion, ist im Gegensatz zu dieser auch in einem Agrarstaat lösbar.

Wie alle arbeitenden Klassen verlangt auch die Bauernschaft nach Demokratie. Sie kann sich sehr wohl befinden in einer demokratischen Republik, wie die Schweiz und die Vereinigten Staaten bezeugen. Aber das politische Interesse des Bauern reicht selten weit über seinen Dorfbezirk hinaus im Gegensatz zum industriellen Proletarier, dessen Befreiung die Beherrschung der ganzen Staatsmaschinerie durch ihn erheischt, die kein lokaler Akt sein kann. Der Bauer kann sich auch für einen Kaiser erwärmen, der ein Bauernkaiser ist, der sein Eigentum schützt, seine Interessen wahrt, wie er das von Napoleon I. annahm. Der russische Bauer wird sich jeder

Wiederkehr eines zaristischen Regimes widersetzen, das für ihn verbunden ist mit der Vorstellung der Wiederkehr der alten, tödlich gehaßten Grundherren. Aber ein Diktator, der ihm seinen Besitz sichert und ihm erlaubt, seine ganze Aufmerksamkeit dem Anbau seiner Felder und dem vorteilhaften Verkauf seiner Produkte zuzuwenden, ein solcher Diktator mag ihm unter Umständen ebenso willkommen sein wie die Republik. Diesem Diktator ebnet man den Weg durch die Beseitigung der Demokratie, durch die Proklamierung der Diktatur einer Klasse, die aber in Wirklichkeit die Diktatur einer Partei ist, und, wie Lenin selbst erklärt, die Diktatur einzelner Personen werden kann. In seiner Rede vom 28. April sagte er:

„Je näher wir der völligen Unterdrückung der Bourgeoisie gelangen, desto gefährlicher wird für uns das Element des kleinbürgerlichen Anarchismus. Der Kampf gegen ihn kann nur mit Gewalt geführt werden. Wenn wir keine Anarchisten sind, müssen wir die Notwendigkeit eines Staates anerkennen, das heißt eines Zwanges zum Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Form des Zwanges wird durch den Grad der Entwicklung der betreffenden revolutionären Klasse bestimmt sowie durch besondere Umstände, wie reaktionären Krieg, die Form des Widerstandes der Bourgeoisie und der Kleinbürger. Daher besteht kein prinzipieller Widerspruch zwischen der Sowjet-, das heißt der sozialistischen Demokratie und der Anwendung diktatorischer Macht durch einzelne Personen."

Es kann für das russische Proletariat auf die Dauer nichts Gefährlicheres geben, als daß man die Bauern mit der Idee vertraut macht, die Diktatur, die Entrechtung jeder Opposition, die Aufhebung des Wahlrechts, der Presse- und Organisationsfreiheit für jede gegnerische Klasse, das sei die den Interessen der arbeitenden Klassen am besten entsprechende Regierungsform. Was wird dann aus den städtischen Arbeitern, wenn sie in Konflikt kommen mit der ungeheuren Masse der russischen Bauernschaft und einer von dieser anerkannten Diktatur?

Und was wird aus den Arbeitern, wenn ihre eigene Diktatur zusammenbricht? Die Alternative der Diktatur einer Partei ist ihre Vernichtung. Die Diktatur führt dazu, daß die am Ruder befindliche Partei sich mit allen Mitteln, reinlichen oder schmutzigen, zu halten suchen muß, weil ihr Sturz gleichbedeutend ist mit ihrem völligen Untergang.

Ganz anders die Demokratie. Sie bedeutet Herrschaft der Mehrheit, aber auch Schutz der Minderheit, denn sie bedeutet Gleichberechtigung, gleiche Teilnahme an allen politischen Rechten für jedermann, welcher Klasse und Partei er immer angehören mag. Das Proletariat hat überall das größte Interesse an der Demokratie. Wo es die Mehrheit darstellt, wird sie sein Herrschaftsinstrument. Wo es in der Minderheit ist, bildet sie seinen besten Kampfesboden, sich zu behaupten, Konzessionen zu erringen, sich zu entwickeln. Es ist kurzsichtigste Real-, das heißt Augenblickspolitik, wenn ein in der Minorität befindliches Proletariat, das durch eine Augenblickskonstellation im Bunde mit einer anderen Klasse zur Herrschaft gekommen ist, diese Konstellation durch Aufhebung der Demokratie, der Rechte der Minorität, der Opposition verewigen will. Es zerstört selbst den Boden, der allein ihm nach dem Vorübergehen dieser Augenblickskonstellation gestatten würde, festen Fuß zu fassen, zu weiterer Arbeit, weiterem Kampf.

Es ist fraglich, ob das russische Proletariat an wirklichen praktischen Errungenschaften, nicht an Dekreten, in der Sowjetrepublik mehr erlangt hat, als es durch die Konstituante erlangt hätte, in der ebenfalls wie in den Sowjets, Sozialisten, wenn auch anderer Färbung, überwogen. Aber sicher ist es, daß, wenn die Sowjetrepublik zusammenbricht, dann auch mit ihr alle Errungenschaften des russischen Proletariats zusammenzubrechen drohen.

Wäre es der Konstituante gelungen, die Demokratie zu befestigen, dann wären damit auch alle Errungenschaften gefestigt worden, die das industrielle Proletariat in ihr und durch sie zu erringen vermochte. Auch heute beruhen unsere Erwartungen, daß das Proletariat Rußlands nicht um alle Früchte der Revolution betrogen wird, nur darauf, daß es der Diktatur nicht gelungen ist, das demokratische Bewußtsein im russischen Volke zu ertöten, daß es sich schließlich nach allen Irrungen und Wirrungen des Bürgerkrieges doch noch siegreich durchringen wird.

Nicht in der Diktatur, in der Demokratie liegt die Zukunft des russischen Proletariats.

10. Die neue Theorie.

Wir haben gesehen, daß die Methode der Diktatur für das Proletariat weder vom allgemeinen Standpunkte der Theorie noch vom besonderen der russischen Verhältnisse gute Erfolge verspricht; trotzdem wird sie gerade durch diese Verhältnisse begreiflich.

Der Kampf gegen den Zarismus war seit langem ein Kampf gegen ein Regierungssystem, das keine Grundlage mehr in den Verhältnissen fand, das sich nur noch durch nackte Gewalt aufrechterhielt, durch Gewalt zu stürzen war. Das konnte leicht zu einem Kultus der Gewalt auch bei den Revolutionären führen, zu einer Ueberschätzung dessen, was die bloße, nicht von den ökonomischen Verhältnissen getragene, sondern durch besondere Umstände über sie erhobene Gewalt zu leisten vermag. Dazu kam, daß der Kampf gegen den Zarismus geheimzuführen war, die Verschwörung entwickelt aber die Sitten und Gewohnheiten der Diktatur, nicht der Demokratie.

Diesen Faktoren wirkt freilich eine andere Wirkung des Kampfes gegen den Absolutismus entgegen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß er, ganz anders als die Demokratie, mit ihrer Fülle von Kleinarbeit für Augenblickszwecke, das Interesse für große Zusammenhänge und große Ziele erweckt, das theoretische Interesse wachruft. Es gibt heute jedoch nur eine einzige revolutionäre Theorie der Gesellschaft, die von Karl Marx.

Sie wurde die Theorie des russischen Sozialismus. Nun lehrt gerade sie die Bedingtheit unseres Wollens und Könnens durch die materiellen Verhältnisse, zeigt die Ohnmacht des stärksten Willens, der sich über sie erheben will. Das wirkte dem Kultus der bloßen Gewalt stark entgegen und brachte es mit sich, daß die Sozialdemokraten sich darin einig waren, ihrem Tun in der kommenden Revolution seien bestimmte Grenzen gesetzt, diese könne bei der ökonomischen Rückständigkeit Rußlands zunächst nur eine bürgerliche sein.

Da kam die zweite Revolution und brachte plötzlich den Sozialisten eine Machtfülle, die sie selbst überraschte, denn diese Revolution führte zu völliger Auflösung der Armee, der festesten Stütze des Eigentums und der bürgerlichen Ordnung. Und gleichzeitig mit den

Gewaltmitteln brachen auch die moralischen Stützen dieser Ordnung völlig zusammen, weder die Kirche noch die Intellektuellen konnten ihr Ansehen behaupten. Die Herrschaft fiel den untersten Klassen im Staate, den Arbeitern und Bauern zu, die Bauern sind aber keine Klasse, die selbst zu regieren vermag. Sie ließen sich willig führen von einer proletarischen Partei, die ihnen sofortigen Frieden, um welchen Preis immer, und sofortige Stillung ihres Landhungers versprach. Der gleichen Partei strömte die Masse der Proletarier zu, da sie ihnen mit dem Frieden auch Brot versprach.

So erlangte die Partei der Bolschewiki die Kraft, die politische Macht an sich zu reißen. War damit nicht endlich die Vorbedingung erreicht, die Marx und Engels für das Kommen des Sozialismus gefordert hatten, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat? Freilich, die ökonomische Theorie sprach dagegen, daß die sozialistische Produktion unter den russischen sozialen Bedingungen sofort erreichbar sei, und nicht minder sprach dagegen die diese theoretische Auffassung bekräftigende Tatsache, daß das neue Regime keineswegs eine Alleinherrschaft des Proletariats bedeutete, sondern die Herrschaft einer Koalition proletarischer und bürgerlicher Elemente, die sich dadurch behauptet, daß jeder Teil den anderen auf seinem Gebiete frei schalten ließ. Die Proletarier legten den Bauern auf dem Lande, die Bauern den Proletariern in den Fabriken nichts in den Weg.

Immerhin, eine sozialistische Partei war die herrschende geworden in einem großen Staate — zum ersten Male in der Weltgeschichte. Sicher ein ungeheures, für das kämpfende Proletariat glorreiches Ereignis.

Wozu aber kann eine sozialistische Partei ihre Macht benützen als zur Durchführung des Sozialismus? Sie mußte sich sofort daran machen und rücksichtslos, ohne Bedenken, alle Hindernisse aus dem Wege räumen, die sich ihr entgegenstellten. Wenn die Demokratie dabei in Konflikt mit dem neuen Regime geriet, das trotz der großen Popularität, die es rasch gewonnen, nicht über die Mehrheit der Stimmen im Reiche verfügte, dann um so schlimmer für die Demokratie. Dann mußte sie ersetzt werden durch die Diktatur, was um so leichter möglich wurde, als die Volksfreiheit in Rußland noch ganz neuen Datums war, noch keine tiefen Wurzeln in den Volksmassen geschlagen hatte. Die Aufgabe der Diktatur war es nun, den Sozialismus durchzuführen. Dieser Anschauungsunterricht mußte nicht nur die noch widerstrebenden Elemente im eigenen Lande fortreißen, sondern auch die Proletarier der anderen kapitalistischen Länder zur Nachahmung reizen und zur Revolution entflammen.

Das war sicher ein Gedankengang von grandioser Kühnheit und bestrickendem Reiz für jeden Proletarier, jeden Sozialisten. Wofür wir ein halbes Jahrhundert gekämpft, was wir oft schon so nahe geglaubt, was sich immer wieder hinausgeschoben hatte, endlich sollte es erreicht sein! Kein Wunder, daß die Proletarier aller Länder dem Bolschewismus zujubelten. Die Tatsache der proletarischen Herrschaft wog schwerer als theoretische Erwägungen. Und das allgemeine Siegesbewußtsein wurde noch gefördert durch die gegenseitige Unwissenheit über die Verhältnisse des Nachbars. Nur wenigen ist es gegeben, fremde Länder zu studieren, die meisten nehmen an, im Auslande stehe es im Grunde ebenso wie bei uns — und wo man das

nicht annimmt, macht man sich erst recht phantastische Vorstellungen vom Ausland.

Daher die bequeme Auffassung, überall herrsche der gleiche Imperialismus, daher auch die Erwartung der russischen Sozialisten, die Völker Westeuropas stünden der politischen Revolution ebenso nahe, wie die Rußlands standen, und anderseits die Erwartung, die Elemente für den Sozialismus seien in Rußland ebenso gegeben, wie in Westeuropa.

Was sich dann vollzog, nachdem einmal die Armee völlig aufgelöst und die Konstituante verjagt war, das bildete nur die Konsequenz der einmal eingeschlagenen Richtung.

Alles das ist sehr begreiflich, wenn auch nicht erfreulich. Weniger begreiflich ist es dagegen, daß unsere bolschewistischen Genossen nicht dabei stehen blieben, ihr Vorgehen aus der eigenartigen Lage Rußlands zu erklären und es mit dem Drange der besonderen Verhältnisse zu rechtfertigen, der ihnen, nach ihrer Ansicht, keine andere Wahl gelassen habe als die Diktatur oder die Abdankung. Sie gingen vielmehr dazu über, zur Begründung ihres Vorgehens eine ganz neue Theorie zu zimmern, für die sie allgemeine Geltung beanspruchen.

Wir erklären uns das aus einem ihrer Züge, der uns sehr sympathisch sein muß, ihrem großen theoretischen Interesse.

Die Bolschewiki sind Marxisten, sie hatten die ihnen zugänglichen Proletarierschichten mit Begeisterung für den Marxismus erfüllt. Ihre Diktatur widersprach jedoch der Marxschen Lehre, daß kein Volk naturgemäße Entwicklungsphasen überspringen oder wegdekretieren könne. Woher demgegenüber eine marxistische Begründung auftreiben?

Da erinnerte man sich rechtzeitig des Wörtchens von der Diktatur des Proletariats, das Marx einmal 1875 in einem Briefe gebraucht hatte. Wohl hatte er damit nur einen politischen Zustand zeichnen wollen, nicht eine Regierungsform. Jetzt wurde das Wort flugs zur Bezeichnung einer solchen angewendet, und zwar gerade derjenigen, die mit der Herrschaft der Sowjets gegeben war.

Nun hatte aber Marx nicht etwa gesagt, daß es unter gewissen Umständen zu einer Diktatur des Proletariats kommen könne, er hatte diesen Zustand als den unvermeidlichen des Ueberganges zum Sozialismus bezeichnet. Freilich hatte er fast gleichzeitig erklärt, in Ländern, wie England und Amerika, sei ein friedlicher Uebergang zum Sozialismus möglich, was doch nur auf der Basis der Demokratie, nicht der Diktatur erreichbar wäre, er hatte also damit selbst bezeugt, daß er mit der Diktatur nicht eine Aufhebung der Demokratie meinte. Die Verfechter der Diktatur ließen sich dadurch nicht verblüffen. Da Marx einmal erklärt hatte, die Diktatur des Proletariats sei unvermeidlich, verkündeten sie, die Sowjetverfassung, die Entrechtung der Gegner der Sowjets sei von Marx selbst als die dem Wesen des Proletariats entsprechende, mit seiner Herrschaft unvermeidlich verbundene Regierungsform erkannt worden. Als solche muß sie so lange dauern, wie die Herrschaft des Proletariats selbst, so lange, bis der Sozialismus allgemein durchgeführt und damit alle Klassenunterschiede verschwunden sind. Die Diktatur erscheint damit nicht als ein vorübergehender Notbehelf, der, sobald ruhigere Zeiten eingetreten sind, der Demokratie wieder Platz machen soll, sondern als ein Zustand, auf dessen längere Dauer wir uns einrichten müssen.

Dementsprechend sagen die neunte und zehnte der „Thesen über die soziale Revolution“:

9. Bisher lehrte man die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, ohne die Form dieser Diktatur untersucht zu haben. Die russische sozialistische Revolution hat diese Form entdeckt. — Es ist die Form der Sowjetrepublik, als Form der dauernden Diktatur des Proletariats und (in Rußland) der ärmeren Schicht des Bauerntums. Dabei ist es wichtig, folgendes zu bemerken: Hier ist die Rede nicht von einer vorübergehenden Erscheinung im engeren Sinne des Wortes, sondern von der Staatsform während einer ganzen historischen Epoche. Es gilt hier gerade eine neue Staatsform zu organisieren, was nicht zu verwechseln mit einigen bestimmten Maßnahmen gegen die Bourgeoisie: Die Maßnahmen sind nur Funktionen der besonderen staatlichen Organisation, die den riesigen Aufgaben und Kämpfen angepaßt sein muß.

10. Der Sinn der proletarischen Diktatur besteht also sozusagen im permanenten Kriegszustand gegen die Bourgeoisie. Es ist also ganz klar, daß alle, die über „Gewalttaten“ der Kommunisten schreien, vollkommen vergessen, was eigentlich Diktatur heißt. Die Revolution selbst ist ein Akt der „rohen Gewalt“. Das Wort Diktatur bedeutet in allen Sprachen nichts anderes als Gewaltregime. Wichtig ist hier der Klasseninhalt der Gewalt. Damit ist die historische Rechtfertigung der revolutionären Gewalt gegeben. Es ist auch ganz klar, daß je schwieriger die Lage der Revolution ist, um so schärfer die Diktatur sein muß.“

Damit ist aber auch gegeben, daß die Regierungsform der Diktatur nicht nur dauernd sein, sondern auch in allen Ländern eintreten soll. Wenn in Rußland jetzt die eben gewonnene allgemeine Freiheit wieder beseitigt wurde, so soll dasselbe nach dem Siege des Proletariats auch in den Ländern vor sich gehen, in denen die Volksfreiheit schon tief gewurzelt ist, wo sie seit einem Jahrhundert und länger besteht, wo das Volk sie in wiederholten blutigen Revolutionen gewonnen und behauptet hat. Das behauptet allen Ernstes die neue Theorie. Und noch sonderbarer, sie findet Anklang nicht nur unter den Arbeitern Rußlands, die sich noch der Drangsalierung des alten Zarismus erinnern, und sich nun freuen, den Stiel einmal umdrehen zu können, ebenso, wie sich Lehrlinge, wenn sie einmal Gesellen wurden, freuten, wenn sie nun ihrerseits den nach ihnen kommenden Lehrlingen die Prügel verabfolgen durften, die sie ehedem selbst erhielten. Nein, die neue Theorie findet Anklang sogar in alten Demokratien, wie der Schweiz. Doch es gibt etwas noch Sonderbareres und noch weniger Begreifliches.

Eine vollkommene Demokratie ist noch nirgends zu finden, überall müssen wir noch nach Veränderungen und Besserungen trachten. Auch in der Schweiz wird um Ausdehnung der Volksgesetzgebung und des Proportionalwahlsystems sowie um das Frauenwahlrecht gekämpft. In Amerika bedarf die Macht und der Modus der Erwählung der obersten Richter dringend einer Einschränkung. Noch weit größer sind die demokratischen Forderungen, die in den großen bürokratischen und militärischen Staaten zugunsten der Demokratie von uns zu erheben und im Interesse des Proletariats durchzusetzen sind. Und mitten in diesen Kämpfen erheben sich die radikalsten der Kämpfer und rufen den Gegnern zu: Das, was wir zum Schutze der Minderheit, der Opposition, fordern, wollen wir nur, solange wir selbst Minderheit, Opposition sind. Sobald wir Mehrheit geworden sind, die Regierungsmacht erlangt haben, wird unsere erste Tat sein,

alles das, was wir bisher für uns gefordert, für euch abzuschaffen: das Wahlrecht, die Preßfreiheit, Organisationsfreiheit u. s. w.

Die Thesen über die sozialistische Revolution sagen darüber ganz unverhüllt:

17. Die frühere Forderung der demokratischen Republik sowie auch allgemeiner Freiheiten (das heißt der Freiheiten auch für die Bourgeoisie) war richtig in der schon verflossenen Epoche, in der Epoche der Vorbereitung und Kraftakkumulation. Der Arbeiter brauchte die Freiheit seiner Presse, während die bürgerliche Presse ihm schädlich war; trotzdem konnte er in dieser Epoche die Forderung der Vernichtung der bürgerlichen Presse nicht aufstellen. Deswegen forderte das Proletariat allgemeine Freiheiten, sogar die Freiheit der reaktionären Versammlungen, der schwarzen Arbeiterorganisationen.

18. Jetzt ist die Epoche der direkten Attacke gegen das Kapital, der direkten Niederwerfung und Zerstörung des imperialistischen Raubstaates, der direkten Unterdrückung der Bourgeoisie eingetreten. Es ist daher absolut klar, daß in der jetzigen Epoche die prinzipielle Verteidigung allgemeiner Freiheiten (das heißt auch für die konterrevolutionäre Bourgeoisie) nicht nur überflüssig ist, sondern geradezu schädlich wirkt.

19. Das gilt auch für die Presse, die führenden Organisationen der Sozialverräter. Die letzteren haben sich als die aktivsten Faktoren der Gegenrevolution demaskiert: Sie gehen sogar gegen die proletarische Regierung mit der Waffe los. Auf die gewesenen Offiziere und den Geldsack des niedergeworfenen Finanzkapitals sich stützend, treten sie als die energischesten Organisatoren verschiedener Verschwörungen auf. Der proletarischen Diktatur stehen sie als Todfeinde gegenüber Deshalb müssen auch sie dementsprechend behandelt werden.

20. Was aber die Arbeiterklasse und das ärmere Bauerntum betrifft, so besitzen diese die vollste Freiheit."

Besitzen sie wirklich die volle Freiheit?

Die „Sozialverräter", das sind doch auch Proletarier und Sozialisten, aber sie machen Opposition und sind daher ebenso rechtlos zu machen wie die bürgerliche Opposition. Müssen wir uns aber nicht auf das lebhafteste darüber entrüsten und mit aller Macht dagegen ankämpfen, dort, wo eine bürgerliche Regierung das gleiche Rezept gegen ihre Opposition zur Anwendung bringen will?

Sicher müssen wir das, wir werden damit jedoch nur einen Lacherfolg erzielen, wenn die bürgerliche Regierung auf sozialistische Stimmen wie die vorliegende und eine dementsprechende Praxis hinweisen kann.

Wie oft haben wir den Liberalen vorgeworfen, daß sie in der Regierung anders sind als in der Opposition, daß sie da alle ihre früheren demokratischen Forderungen preisgeben. Nun, die Liberalen sind wenigstens so klug, jene Forderungen nicht auch formell fallen zu lassen. Sie handeln nach dem Grundsatz: So etwas tut man, doch man sagt es nicht.

Die Verfasser der Thesen sind unleugbar ehrlicher; ob sie klüger sind, darf man bezweifeln. Was soll man aber erst von der Klugheit deutscher Sozialdemokraten halten, die offen verkünden, daß sie die Demokratie, für die sie heute kämpfen, am Tage nach dem Siege preisgeben werden! Daß sie ihre demokratischen Grundsätze dann in ihr Gegenteil verkehren, oder daß sie gar keine demokratischen Grundsätze haben, daß die Demokratie für sie bloß eine Leiter ist, um zur Regierungsallmacht zu streben, eine Leiter, die sie nicht mehr brau-

chen und zurückstoßen, sobald sie oben angelangt sind, daß sie mit einem Wort revolutionäre Opportunisten sind.

Auch für die russischen Revolutionäre ist es kurzsichtige Augenblickspolitik, wenn sie, um sich an der Macht zu erhalten, zu den Methoden der Diktatur greifen, nicht um die gefährdete Demokratie zu retten, sondern um sich gegen diese zu behaupten. Aber das ist doch begreiflich.

Unbegreiflich ist es dagegen, wenn deutsche Sozialdemokraten, die noch nicht an der Macht sind, die vielmehr zurzeit noch eine schwache Opposition darstellen, diese Theorie annehmen. Statt in der Methode der Diktatur und der Entrechtung breiter Volksmassen etwas zu sehen, was wir im allgemeinen verurteilen und was höchstens als Produkt so ausnahmsweiser Verhältnisse, wie sie Rußland bietet, zu begreifen ist, gehen sie vielmehr dazu über, diese Methode zu preisen als einen Zustand, den auch die deutsche Sozialdemokratie herbeizuführen bestrebt ist.

Diese Behauptung ist nicht nur durch und durch falsch. Sie ist aufs höchste verderblich, sie müßte, wenn sie allgemein akzeptiert würde, die propagandistische Kraft unserer Partei aufs tiefste lähmen. Denn außer einer kleinen Schar sektiererischer Fanatiker hängt wohl das gesamte deutsche wie das gesamte internationale Proletariat, an dem Grundsatz der allgemeinen Demokratie. Es wird jeden Gedanken daran entrüstet zurückweisen, seine Herrschaft mit der Bildung einer neuen privilegierten Klasse und einer neuen entrechteten Klasse zu beginnen. Es wird jeden Gedanken daran zurückweisen, sein Verlangen nach allgemeinem Rechte des gesamten Volkes mit einem geistigen Vorbehalt zu versehen und in Wirklichkeit nur Vorrechte für sich anzustreben. Und nicht minder wird es die komische Zumutung zurückweisen, heute schon selbst feierlich zu erklären, daß seine Forderung der Demokratie eine bloße Lüge ist.

Die Diktatur als Regierungsform ist in Rußland ebenso begreiflich wie ehedem der bakunistische Anarchismus. Aber begreifen heißt noch nicht anerkennen, wir müssen jene ebenso entschieden ablehnen wie diesen. Die Diktatur erweist sich nicht als ein Mittel einer sozialistischen Partei, die in einem Staate im Gegensatz zur Mehrheit des Volkes zur Herrschaft kommt, diese dort zu sichern, sondern nur als ein Mittel, sie vor Aufgaben zu stellen, die ihre Kräfte übersteigen, an deren Lösung sie sich erschöpft und aufreibt; wobei sie nur zu leicht den Gedanken des Sozialismus selbst kompromittiert, seinen Fortschritt nicht fördert, sondern hemmt.

Glücklicherweise muß ein Mißerfolg der Diktatur noch nicht gleichbedeutend sein mit einem Zusammenbruch der Revolution. Er wäre es nur dann, wenn die bolschewistische Diktatur die bloße Einleitung bildete zu einer bürgerlichen Diktatur. Die wesentlichen Errungenschaften der Revolution werden gerettet, wenn es rechtzeitig gelingt, die Diktatur zu ersetzen durch die Demokratie.



„Vorwärts", Wien V.



Kriegsschriften von Karl Kautsky

Die Internationalität und der Krieg

40 Seiten — Leipzig 1915 — Kr. —·34 = Mk. —·20

Nationalitätenstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund

80 Seiten — Nürnberg 1915 — Kr. —·85 = Mk. —·50

Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas

56 Seiten — Stuttgart 1916 — Kr. 1·28 = Mk. —·75

Die Befreiung der Nationen

Zweite Auflage — 56 Seiten — Stuttgart 1917 — Kr. 1·28 = Mk. —·75

Elsaß-Lothringen

Eine historische Studie

86 Seiten — Stuttgart 1917 — Kr. 2·55 = Mk. 1·50

Serbien und Belgien in der Geschichte

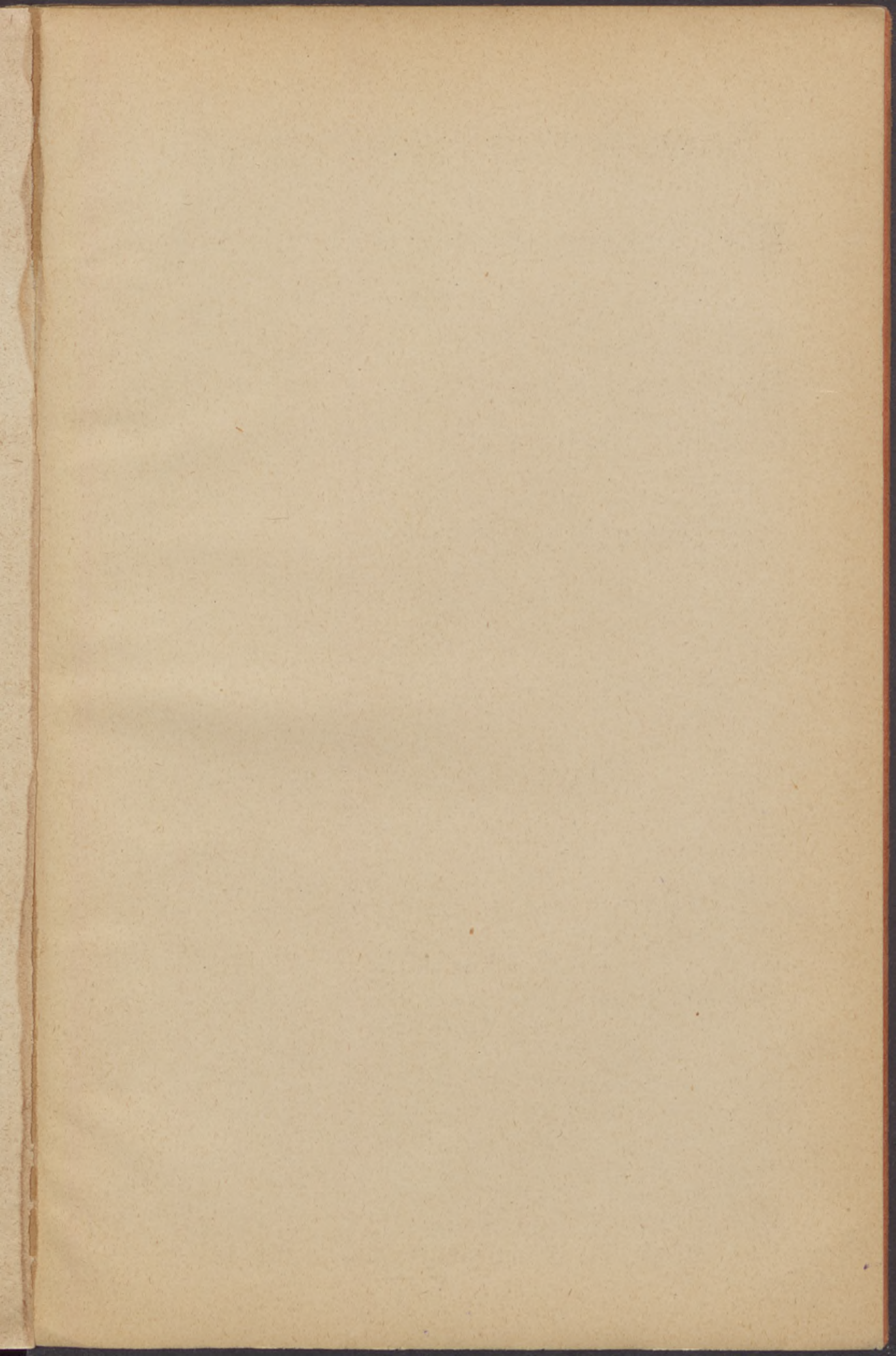
Historische Studien zur Frage der Nationalitäten und der Kriegsziele

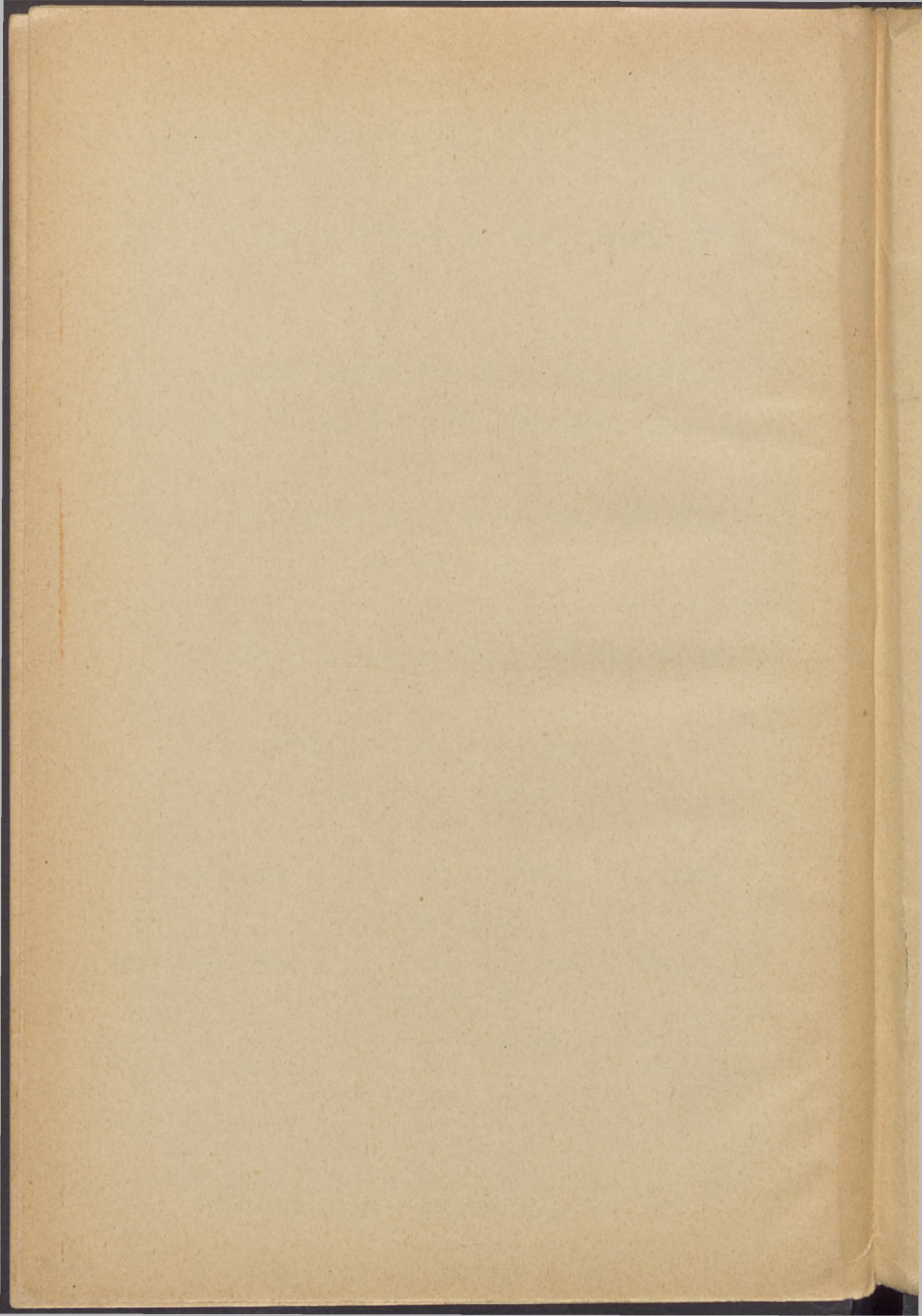
96 Seiten — Stuttgart 1917 — Kr. 2·55 = Mk. 1·50

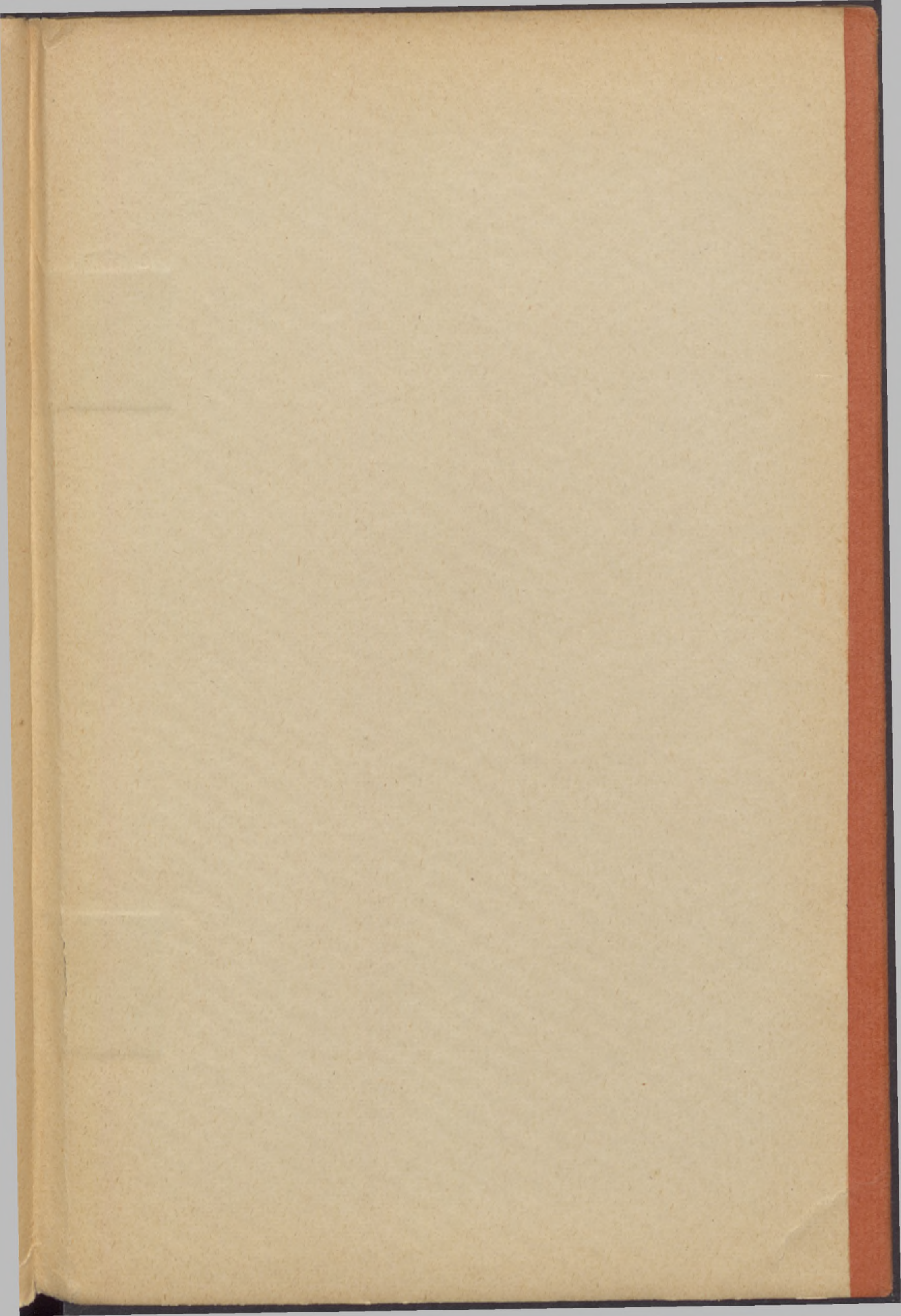
Zu den angegebenen Preisen kommen noch 10 Prozent Teuerungszuschlag hinzu

Zu beziehen durch die

Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI, Gumpendorferstraße Nr. 18







Soeben sind erschienen:

Die Erneuerung der Internationale

Von Friedrich Adler

Aufsätze aus der Kriegszeit. Mit einem Vorwort von K. Kautsky

216 Seiten stark Preis Kronen 7·20 Mark 4·50

Die russische Revolution und das europäische Proletariat

Von Heinrich Weber

Inhaltsverzeichnis: Klassen und Parteien vor [illegible] Klassenkämpfe in der Revolution — Die Revolution und der Krieg — Die Revolution und die Internationale

40 Seiten stark Preis 1 Krone = 1 Mark

Kriegsmarxismus

Eine theoretische Grundlegung der Politik des 4. August. Beleuchtet von Karl Kautsky

86 Seiten stark Preis Kronen 2·40 = Mark 1·50

Marx-Studien

Blätter für Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus
Herausgegeben von Dr. Max Adler und Dr. Rudolf Hilferding

Vierter Band — Erster Halbband

1. **Die sozialistische Idee der Befreiung bei Karl Marx**
   Zu seinem hundertsten Geburtstage am 5. Mai 1918
   Von Max Adler
2. **Der Marxismus in der Praxis**
   Von Gustav Eckstein. Vorwort von Heinrich Weber
3. **Der Kriegsmarxismus**
   Eine theoretische Grundlegung der Politik des 4. August
   Beleuchtet von Karl Kautsky

206 Seiten stark Preis Kronen 8·— = Mark 5·—

Zu den angegebenen Preisen kommen noch 10 Prozent Teuerungszuschlag hinzu

---

Sämtliche Schriften sind zu beziehen durch die

Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI, Gumpendorferstraße 18

Soeben sind erschienen:

Die Erneuerung der Internationale

Von Friedrich Adler

Aufsätze aus der Kriegszeit. Mit einem Vorwort von K. Kautsky

216 Seiten stark Preis Kronen 7·20 Mark 4·50

Die russische Revolution und das europäische Proletariat

Von Heinrich Weber

Inhaltsverzeichnis: Klassen und Parteien vor
Klassenkämpfe in der Revolution — Die Revolution und der Krieg —
Die Revolution und die Internationale

40 Seiten stark Preis 1 Krone = 1 Mark

Kriegsmarx

Eine theoretische Grundlegung der Po
von Karl Kau

86 Seiten stark P

Marx-Stu

Blätter für Theorie und Politik des
Herausgegeben von Dr. Max Adler u

Vierter Band — Er

1. **Die sozialistische Idee der Be**
   Zu seinem hundertsten Geburt
   Von Max Ad
2. **Der Marxismus i**
   Von Gustav Eckstein. Vorwor
3. **Der Kriegsma**
   Eine theoretische Grundlegung d
   Beleuchtet von Karl

206 Seiten stark

Zu den angegebenen Preisen komm
rungszuschlag

Sämtliche Schriften sind zu beziehen durch die

Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., Wien VI, Gumpendorferstraße 18